Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

2

Februar 1994

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

46. Jahrgang · Februar 1994

ISSN 0934–6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (0211) 9449-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9402

Inhalt

Handel	Handelspartner in Osteuropa: Ungarn	59
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Januar 1994	69
	Aktuelle Ergebnisse	90
Verkehr	Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Juli 1993	69
	Aktuelle Ergebnisse	94
Produzierendes Gewerbe	Beschäftigte im Bauhauptgewerbe am 30. Juni 1993	78
	Bauproduktion im November 1993	69
	Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im IV. Quartal 1993	85
	Industrieproduktion im Dezember 1993	77
	Auftragseingänge in der Industrie im Dezember 1993	77
	Aktuelle Ergebnisse	92
Finanzen	Bilanz- und Haushaltsansatzstatistik – Zwei Statistiken nach dem neuen Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG)	75
	Aktuelle Ergebnisse	91
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Bruttoinlandsprodukt 1993	78
	Das Bruttoinlandsprodukt in den Regionen der Europäischen Union	79
Gebiet und Bevölkerung	NRW-Fläche am 1. Januar 1993 nach Nutzungsarten	78
	Aktuelle Ergebnisse	88
Gastgewerbe	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Januar – November 1993	78
Zahlenspiegel	*Ausgewählte Eckzahlen für Nordrhein-Westfalen im Zeitvergleich*	96

Zentrale Information und Beratung ☏ (0211) 9449-2495/2525

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Dr. Sigurd Duckwitz

Handelspartner in Osteuropa: Ungarn

Seit dem großen politischen Umbruch in der 2. Hälfte der 80er Jahre in den östlichen Nachbarländern durchlaufen die meisten der früheren RGW-Staaten einen politischen und ökonomischen Umwandlungsprozess; er ist verbunden mit der behutsamen Einführung einer Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild, dessen Ende und Ausgang noch nicht gänzlich abzusehen sind. Der Handel mit diesen Ländern muß deshalb neu betrachtet werden, und er wird mittelfristig einen neuen Aufschwung erleben, wenn auch die augenblickliche Rezession in den westlichen Ländern diesen Aufschwung zu bremsen scheint[1].

Einführung in die Problemstellung

Bis zur politischen Wende Ende der 80er Jahre sind die osteuropäischen Länder von zwei wichtigen wirtschaftspolitischen Fakten geprägt: Zum einen sind sie eingebunden in den "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) – im Westen auch unter dem Namen Comecon bekannt –, zum anderen setzte Ende der 60er Jahre in der sozialistischen Staatengemeinschaft eine Welle national geprägter sog. "Neuer ökonomischer Mechanismen" ein. Dieser Versuch, seinen eigenen wirtschaftspolitischen Weg zu gehen, mag als ein Versuch der jeweiligen politischen Führung interpretiert werden, den unter der Vorherrschaft der UdSSR verbliebenen nationalen Handlungsspielraum zur Entwicklung eines eigenen Wirtschaftssystems extensiv zu nutzen.

1) In einer regelmäßig erscheinenden Reihe soll der Außenhandel NRWs im Zahlenvergleich mit der BRD und der EG mit ausgesuchten osteuropäischen Ländern dargestellt werden. Nach einer generellen Einführung in die Problemstellung, die für alle osteuropäischen Länder gilt, wird mit einem kurzen Einblick in die Geschichte und in die wirtschaftlichen Verhältnisse des jeweiligen Landes begonnen. Danach wird der Handel aus der Sicht des betrachteten Landes dargestellt, und anschließend wird ein Überblick über die Handelsentwicklung der EG, der BRD und NRWs mit diesem Land gegeben.

1. Der RGW

Im Januar 1949 wurde der Rat für gegenseitige Wirtschatshilfe auf einer in Moskau abgehaltenen internationalen Wirtschaftskonferenz von Bulgarien, Polen, Rumänien, der Sowjetunion (SU), der Tschechoslowakei und Ungarn gebildet. Später kamen hinzu: Albanien (1949 – 1961), die DDR (1950), die Mongolische Volksrepublik (1962) und Kuba (1972). 1964 wurde Jugoslawien (teil-)assoziiertes Mitglied.

Der RGW war die erste internationale Organisation sozialistischer Staaten. Die Zielvorstellungen waren mehr politischer denn wirtschaftlicher Art: Eine Beteiligung der SU am Marshall-Plan kam nicht in Betracht, weil sie die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA auf jeden Fall vermeiden wollte. Als Gegengewicht zu den westlichen Integrationsbestrebungen kam der SU eine Wirtschaftsorganisation der osteuropäischen Länder gerade recht.

Aufgaben und Ziele des RGW waren wenig durchsichtig, wenn man von den allgemeinen Aussagen des Artikel 1 des RGW-Statutes einmal absieht, in dem die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft, die Beschleunigung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts, die Hebung des Industrialisierungsniveaus, die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität und die kontinuierliche Hebung des Wohlstandes aller RGW-Länder angestrebt wird.In der Realität stand am Anfang lediglich der Austausch von wirtschaftlichen und technischen Dokumenten im Vordergrund, erst später wurde das Gewicht mehr auf bilaterale Handelsbeziehungen der Mitgliedstaaten gelegt. Die nationalen Wirtschaftspläne, später auch die Neuen Wirtschaftsmechanismen (NWM), sollten koordiniert werden, um den Zusammenhalt zu stärken. Zu diesem Zweck wurde 1963 die Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) in Moskau gegründet und der Transfer-Rubel als gemeinsame Währungseinheit eingeführt.

Mit der Umsetzung der gesteckten Ziele des RGW ging es nur mäßig voran. Haupthinderungsgrund war die Tatsache, daß die SU als größtes und politisch wie wirtschaftlich wichtigstes Land die anderen kleineren Mitgliedsländer bevormundete. Zudem waren wiederum die abhängigen kleineren Länder auch nicht bereit, nationale Souveränitätsrechte der Integration zu opfern. Ebenso mußte auch erkannt werden, daß der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Mitgliedsländer zu unterschiedlich war: Die DDR und die CSSR entwickelten sich relativ schnell zu hochindustrialisierten Ländern, während Bulgarien und Rumänien am wenigsten industrialisiert waren. Auch die Energie- und Rohstoffressourcen sind sehr unterschiedlich verteilt: Während die SU und – mit Abstand – auch Polen über entsprechende Reserven verfügen, müssen andere Länder wie Bulgarien und Ungarn ihren Bedarf duch Importe decken.

Wegen des Bedeutungsverlustes, den der RGW seit der Wende erfahren hat, soll auf ihn nicht weiter eingegangen werden[2].

2. Der NWM – der ungarische Weg

Mitte der 60er Jahre erkannte man in Ungarn die Mängel des zentraladministrativen Lenkungssystems. Der 2. Fünfjahresplan, der 1965 zu Ende ging, erfüllte nicht die gesteckten Erwartungen; im Verlauf des 3. Fünfjahresplanes wurde deutlich, daß auch dieser in seinen Planzielen nicht eingehalten werden konnte. Das wirt-

2) Dem interessierten Leser sei dazu der aufschlußreiche Aufsatz von Heinrich Machowski empfohlen, erschienen im Heft 2 des Vierteljahresheftes zur Wirtschaftsforschung des DIW, 1985.

schaftliche Wachstum verlangsamte sich zusehends. Während das produzierte Nationaleinkommen des RGW durchschnittlich im Jahr noch um 6,1 % zunahm, lag die Rate in Ungarn im Jahresdurchschnitt nur bei 4,4 %, gegenüber 7,8 % in den 50er Jahren.

Unter Kádár wurde 1968 die Wirtschaftsreform eingeleitet. In Anlehnung an das "Neue ökonomische System" der DDR nannte man jetzt die neue "Wirtschaftswunderwaffe", die man glaubte gefunden zu haben, den "Neuen Wirtschaftsmechanismus" (NWM). Dieser NWM wurde getragen von der Einsicht, daß "tägliches Wirtschaften nur möglich sei, wenn die Werktätigen auch selber wollen, was sie von Staats wegen sollen." (Denis Silagi). Mit diesem NWM sollte eine sozialistische Marktwirtschaft zugelassen werden im Sinne einer freien Preisbildung und Regulierung der Löhne und Gehälter nach der Ertragslage der Unternehmen.

War man auch von einer sozialistischen Marktwirtschaft noch weit entfernt, da die zentrale Planung weiterhin tonangebend war, so erkennt man dennoch Elemente eines freien Marktes: Den Betrieben ließ man mehr Entscheidungsbefugnisse zukommen. So hoffte die Partei Planwirtschaft und Marktelemente gewinnbringend miteinander zu verbinden. Die Planziele sollten dabei durch ein System ökonomischer Regulative in der Preis-, Lohn-, Kredit- und Devisenpolitik verwirklicht werden. Die Produktionsmengen durften von den Unternehmen selbst bestimmt werden, um vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und sich an der Nachfrage zu orientieren.

Der NWM beschränkte sich aber nicht nur auf binnenwirtschaftliche Maßnahmen. Auch der Außenhandel sollte davon profitieren. Noch vor dem Wirksamwerden des NWM erhielten die Betriebe Anweisungen, welche Produkte in welche Länder auszuführen waren. Jetzt durften die Unternehmen dies selbst entscheiden, der Staat behielt sich lediglich die Genehmigung vor. Die neuen Maßnahmen wirkten sich positiv auf den Außenhandel aus: In den ersten Jahren nach der Wirtschaftsreform war ein deutlicher Zuwachs des Exports von jährlich durchschnittlich 10 % und des Imports von jährlich durchschnittlich 14 % zu erkennen.

Die Reform hielt jedoch nicht lange an. 1973 griff der Staat ein. Die genauen Gründe sind schwer zu analysieren, vermutlich war das Gleichgewicht "Plan und Markt" aus den Fugen geraten, und die Betriebe agierten den Planern zu selbständig.

In den folgenden Jahren geri :t die Außenhandelsbilanz noch schneller ins Ungleichgewicht. Die Ölkrise von 1974 verteuerte die Importe von Rohöl, und es mußten mehr Auslandskredite aufgenommen werden. Der Handel mit den westlichen Industrieländern verlief zusehends defizitär, die Lebenshaltungskosten stiegen an, und das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich.

Als Folge davon nahm die politische Führung 1980 schließlich die Idee des NWM wieder auf. Zahlreiche Neuerungen wurden zugelassen: Es war nun möglich, Kleinbetriebe und sog. Arbeitsgemeinschaften, die auch betriebsintern gebildet werden konnten, zu gründen. Damit konnten wesentlich höhere Löhne erzielt werden; es sollte das persönlich Engagement gefördert und nebenbei die "Schattenwirtschaft" (Second Economy) legalisiert werden. Als man auch Privatunternehmen erlaubte, bis zu 500 Mitarbeitern (bisher nur 30) zu beschäftigen, zeichnete sich ein allmähliches Wachstum in Ungarns Wirtschaft ab. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch intensivere Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen z. B. in Joint-Ventures.

Zusammenfassend muß man feststellen, daß die Erfolge des ungarischen NWM sehr wechselhaft waren: Zu den negativen Seiten gehört, daß der NWM eine nicht unerhebliche Preisinflation erzeugte, sowie steigende Einkommens- und Vermögensunterschiede. Außerdem gelang es nicht, den Einsatz der Produktionsmittel und die Verteilung der Arbeit in wirtschaftlicher Hinsicht effinzienter zu steigern.

Im Außenhandel konnten bestehende Engpässe im Wachstum nur schwer überwunden werden. Handelsüberschüsse, die in den 80er Jahren erreicht wurden, sind weniger auf Exportsteigerungen als auf Importkürzungen zurückzuführen.

Zu den positiven Seiten gehört, daß die privaten Wirtschaftsbetriebe nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt wurden. Unmittelbare Folge war, daß die Bevölkerung besser versorgt und die Qualität der Güter gesteigert werden konnte.

Nicht zuletzt muß ein Erfolg des ungarischen Weges mit seinem NWM auch darin gesehen werden, daß es möglich war, in der Öffentlichkeit über wirtschaftspolitische Probleme zu diskutieren. Damit war letztendlich auch der Weg für den 1989 einsetzenden politischen und wirtschaftlichen Umwandlungsprozeß vorbereitet.

Geschichtlicher Abriß

Ende des 9. Jahrhunderts strömten die Madjaren aus den Steppen des heutigen Südrußlands über die Karpaten kommend ins Donaubecken ein und Versuchten sich dort in einer germanischen, slawischen und romani-

schen Umgebung zu behaupten. Bereits im Jahre 1000 gründete ihr erster ungarischer König, Stephan I, ein Königreich, welches damals noch das Gebiet der heutigen Slowakei, südliche Teile der heutigen Ukraine, große Teile des heutigen Rumäniens (Siebenbürgen) und im Süden Teile von Kroatien, Slowenien und des Banat umfaßte. Diese sogenannte Stephansreich hielt über Jahrhunderte und hatte in seinen Grenzen fast unverändert bis nach dem Ende des 1. Weltkrieges Bestand.

Daran konnte selbst die über anderthalb Jahrhunderte bestehende Dreiteilung Ungarns in ein Königreich Ungarn, ein Fürstentum Siebenbürgen und ein türkisch besetztes Gebiet im 16. und 17. Jahrhundert unter der osmanischen Herrschaft nichts ändern, obwohl während dieser Zeit die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Ungarns stark beeinträchtigt wurden. Die türkische Herrschaft in Zentralungarn wurde schließlich 1697 nach einem Sieg Prinz Eugens von Savoyen bei Zentra an der Theiß endgültig gebrochen.

1699 wurde Ungarn (Königreich Ungarn, Siebenbürgen, das vordem besetzte Zentralungarn, ohne das Banat) österreichisches Kronland (Haus Habsburg). Die Jahre danach bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts waren für das ungarische Volk nicht erfreulich. Das Land hatte noch lange unter den Auswirkungen der Türkenkämpfe zu leiden. Unter Kaiserin Maria Theresia war Ungarn für Österreich hauptsächlich ein Lebensmittel- und Rohstofflieferant. Nach einer Reformära, die 1825 einsetzte und vor allem die Aushöhlung der Ständeorganisationen zum Ziel hatte, begann das Land sich von innen heraus zu regen. Es formierte sich eine liberale Opposition, die für politische Mitbestimmung, auf einen Bruch mit Wien und auf nationale Unabhängigkeit hinarbeitete.

Die Unabhängigkeitsbewegung hatte unter Kossuth 1848/49 ihren Höhepunkt, wurde aber von Rußland und Österreich gemeinsam niedergeworfen, mit dem Ergebnis, daß Ungarn und Österreich 1867 eine Doppelmonarchie gründeten.

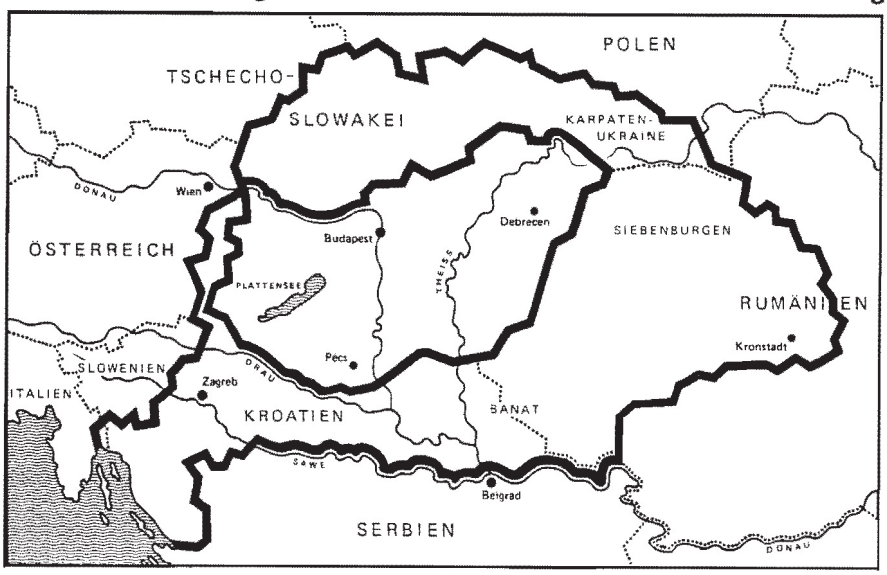
Die Jahre bis zum 1. Weltkrieg waren geprägt von einem Wandel der Gesellschaftsordnung: Der magyarische Charakter des Staates, wirtschaftliches Wachstum, soziale Umschichtungen und ein reges Kulturleben traten in den Vordergrund.

Mit dem Ende des 1. Weltkrieges brach das Königreich Österreich-Ungarn auseinander. Am 16. November 1918 wurde Ungarn Republik. Die Nachbarländer nutzten die Gunst der Stunde: Nordungarn wurde von tschechoslowakischen Einheiten okkupiert, Teile Südungarns kamen unter serbische, kroatische und slowenische Besetzung, und Siebenbürgen wurde Rumänien einverleibt. Das Banat kam je zur Hälfte zu Serbien und Rumänien. Ungarn schrumpfte am 1. August 1919 von ehemals 352 411 km² auf eine Größe von 93 073 km² Fläche zusammen. Dieser Verlust des Staatsgebietes von über 70 % und ein Bevölkerungsrückgang auf 64 % der Vorkriegsgröße wurde im Friedensvertrag von Trianon am 4. Juni 1920 besiegelt.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen begann sich das Land unter dem Reichsverweser Horthy zu konsolidieren. Die Industrie entwickelte sich eindrucksvoll. Nach einem Einbruch zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 überstieg ab 1938 der Anteil der Industrie am Volkseinkommen den der Landwirtschaft. Auch die Lage der Arbeiterschaft verbesserte sich zusehends: 48 Stundenwoche, bezahlter Jahresurlaub, Mindestlohn und Kranken- sowie Altersversorgung gehörten zu den sozialen Errungenschaften.

Während der unheilvollen Jahre des Anschlusses Ungarns ans Deutsche Reich zwischen 1941 und 1944 wuchs das Staatgebiet Ungarns kurzfristig durch Einverleibung der Südslowakei und Siebenbürgens auf 172 000 km² an. Der Zuwachs ging jedoch, da Ungarn zu den Verlierern des 2. Weltkrieges gehörte, mit Ende des Krieges wieder verloren.

Die Grenzen Ungarns vor und nach dem Ersten Weltkrieg



Nach dem 2. Weltkrieg gehörte Ungarn zum kommunistischen Machtbereich. Im Friedensvertrag von Paris am 10. Februar 1947 wurde die Vorkriegsgrenze wiederhergestellt. Ungarn verlor noch einmal 40 km² an Land (nahe Preßburg) und kam somit auf seinen auch heute noch gültigen Gebietsstand von 93 033 km².

1956 versuchte das ungarische Volk sich von der Umklammerung durch die Sowjetunion zu befreien. Nach erbittertem politischem Machtkampf und Hinhalten der sowjetischen Führung über ihr Vorgehen, schlug die Sowjetmacht am 4. November zu und setzte der Revolution ein blutiges Ende. Imre Nagy, der sich auf die Seite des Volkes geschlagen hatte, mußte gehen und seinem politischen Gegenspieler János Kádár, der eine prosowjetische Regierung bildete, den Platz räumen.

Unter Kádár wurde der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorangetrieben. Jedoch führten die halbherzig durchgeführte Wirtschaftsreform, die innenpolitischen Instabilitäten und ein Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung schließlich in den 80er Jahren zum Zerfall des Sozialismus. Die Wende wurde 1987 eingeleitet mit einer Neubesetzung der Führungsspitze. Im Mai 1988 wurde Kádár als Generalsekretär von Károly Grosz abgelöst, es bildeten sich neue Parteien, der Weg zum Mehrparteiensystem in Ungarn war frei. Am 2. Mai 1989 fiel der Eiserne Vorhang entlang der Grenze zu Österreich, am 11. September 1989 öffnete Ungarn seine Grenzen für DDR-Flüchtlinge und ließ sie in die BRD weiterreisen. Am 23. Oktober 1989 wurde Ungarn in "Republik Ungarn" unbenannt. Am 2. Mai 1990 wure der kürzlich verstorbene József Antall von der MDF (Ung. Demokr. Forum) Ministerpräsident des Landes. Zum neuen Ministerpräsidenten wurde der bisherige Innenminister Boross gewählt.

Bevölkerung

Das heutige ungarische Volk sind die eingentlichen Madjaren oder Magyaren, wie sie sich selbst nennen. Der internationale Name Ungarn geht auf den türkischen Völkernamen onogur (was soviel heißt wie "zehn Stämme", in die das madjarische Volk sich in seinen Anfängen teilte) zurück.

Ca. 7 % der heutigen Bevölkerung Ungarns gehören sprachlichen und ethnischen Minderheiten an, von denen die Deutschen mit über 200 000 hauptsächlich im Raum um Pécs (Fünfkirchen) die größte Gruppe bilden. Die Slowaken mit über 100 000 hauptsächlich im Norden Ungarns, die Südslawen (vor allem Serben und Kroaten) im Süden mit rund 100 000 und die Rumänen mit ca. 25 000 im Osten des Landes sind die nächst stärkeren Minderheitengruppen. Eine besondere ethnische Gruppe bilden die Zigeuner, deren Zahl auf 200 000 bis 300 000 geschätzt wird. Ihre Muttersprache ist ungarisch.

Die Bevölkerung Ungarns stieg seit 1960 jährlich um durchschnittlich 0,36 % an und erreichte 1980 mit 10,71 Mill. Einwohnern ihren Höchststand. Bis Mitte 1993 verringerte sich die Zahl um jährlich etwa 0,31 % auf 10,31 Mill. Das ergibt eine Bevölkerungsdichte von heute 114,5 Menschen/km² (zum Vergleich die Bundesrepublik Deutschland: 223).

Knapp zwei Millionen Ungarn leben in Rumänien (was heute zu erheblichen politischen Differenzen mit dem Nachbarland führt), etwa 500 000 Ungarn wohnen im ehemaligen Jugoslawien und etwas weniger in der Slowakei.

Ballungszentrum ist die Landeshauptstadt Budapest mit über zwei Millionen Einwohnern. Die nächstgrößte Stadt sind mit Abstand Debrecen im Osten Ungarns mit 215 000, Miscolc im Nordosten mit 195 000, Szeged im Südosten mit 176 000 und Pécs im Süden mit 170 000 Einwohnern. Etwa 60 % der Bevölkerung leben auf dem Lande bzw. in Kleinstädten unter 50 000 Einwohnern.

Land- und Forstwirtschaft

1945 übernahm die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) die politische Macht. Nach sowjetischem

Republik Ungarn	
Fläche	93 033 km²
Bevölkerung	10,31 Mill. Einwohner
Hauptstadt	Budapest mit 2,1 Mill. Einwohnern
Verwaltungsbezirke	20 Komitate
Staatspräsident	Arpád Göncz (seit 3. 8. 1990)
Ministerpräsident	József Antall (2. 5. 1990 – 12. 12. 1993) Peter Boross (seit 21. 12. 1993)
Nachbarstaaten	Österreich, Slowakei, Ukraine, Rumänien, Slowenien, Kroation, Bosnien-Herzegowina, Serbien, (Restjugoslawien)
Wirtschaftsdaten	
Bruttoinlandsprodukt 1992	2 200 Mrd. Forint (vorl.) ohne Berücksichtigung kleinerer Betriebe unter 50 Beschäftigte
Export 1992	844 Mrd. Forint = 10 Mrd. US-$
Import 1992	878 Mrd. Forint = 10,4 Mrd. US-$
Auslandsschulden 1992	21,4 Mrd. US-$ (brutto)
Arbeitslosigkeit Mai 1993	13 % (steigende Tendenz)
Landeswährung	Forint, 1 DM = 55,31 Forint (Stand: Mai 1993)
Inflationsrate 1992	23 ‰ (fallende Tendenz)
1993	ca. 1 % je Monat nach Einführung der Mehrwertsteuer

Muster setzte eine Bodenreform ein, die zur Enteignung der Großgrundbesitzer führte und Grund und Boden in das Privateigentum von Kleinbauern führte. Mit Inkrafttreten der neuen Verfassung im August 1949, die praktisch einen Vollzug der Sowjetisierung Ungarns bedeutete, änderte sich dieses Bild der kleinbäuerlichen Privatbetriebe, von denen es ca. 2 Mill. gab. Die kleinbäuerlich geprägte Landwirtschaft wurde nach sowjetischem Vorbild kollektiviert, die Privatbetriebe wurden in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zusammengeschlossen. Die Folge war ein Rückgang der Agrarproduktion auf das Niveau von 1945. Bis Ende 1956 wurde ca. die Hälfte der LPGs wieder aufgelöst und reprivatisiert.

Bereits im Jahre 1959 setzte eine neue Kollektivierungswelle ein, die diesmal mit materiellen und finanziellen Mitteln gefödert wurde. Ihr war ein größerer Erfolg beschieden. Bis 1970 wuchs die Zahl der LPGs auf rund 2 800 an, die Zahl der ihr gleichgestellten Staatsgüter stieg auf über 180. Beide bedeckten mit ca. 5 Mill. Hektar mehr als die Hälfte der Gesamtfläche Ungarns, das entspricht etwa 95 % der Ackerfläche des Landes. Der Rest befand sich in privater Hand.

Bis 1990 nahm die Zahl der LPGs stetig bis auf etwa 1 400 ab. Die Zahl der Staatsgüter verringerte sich bis 1985 auf 128 und stieg bis 1990 wieder auf über 170 an. Danach begann ein Privatisierungsprozeß der LPGs und der Staatsgüter, der bis heute anhält.

Den Mitgliedern der LPGs stand ein besonderes Recht zu: Sie durften in privater Regie eine eigene kleine, nicht ganz einen Hektar große Acker- und Obstbaufläche hauswirtschaftlich betreiben. Diese sog. Haus- oder Hoflandwirtschaften trugen 1970 immerhin 22 % und 1984 sogar 33 % zur gesamten ungarischen Agrarerzeugung bei. Damit konnte die Nahrungsmittelnachfrage im Lande befriedigt werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft drückte sich auch in der Zahl der in ihr Beschäftigten aus: Etwa jeder fünfte Erwerbstätige findet hier Arbeit. Die Landwirtschaft und die von ihr abhängige Nahrungsmittelindustrie werden auch weiterhin ein gewichtiger Wirtschaftssektor in Ungarn bleiben, zumal das Klima und die Bodenverhältnisse günstige Bedigungen dafür bieten.

Produzierendes Gewerbe

Die 50er und 60er Jahre waren geprägt vom Aufbau einer starken Industrie gemäß dem wirtschaftspolitischen Konzept der Partei nach dem Muster der sowjetischen Planwirtschaft. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte wurden der industriellen Produktion zugeführt. Chemische Industrie, Maschinenbau, Eisen- und Stahlindustrie und Baumaterialindustrie wuchsen kontinuierlich an. Erkauft wurde dieser Fortschritt allerdings mit einer Verschlechterung der Versorgungslage und der Reallöhne sowie einem Konsumverzicht der Bevölkerung.

Dieser rasch vorangetriebene Aufbau einer Schwerindustrie vor dem Hintergrund einer spärlichen natürlichen Ressourcenausstattung des Landes zeigte sich jedoch bald als politischer Irrweg.

Mit Einführung des NWM versuchte man deshalb die Wirtschaft neu anzukurbeln und die Produktivität zu erhöhen. Energie und Rohstoffe sollten eingespart, die Produktion durch Rationalisierung und Modernisierung gesteigert werden. Nach anfänglichen Erfolgen wurde der NWM jedoch gestoppt. Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet von der weltweiten Ölkrise, von der auch Ungarn nicht verschont blieb. Mit der Anknüpfung an den 1973 abgebrochenen NWM trat Ungarn ab 1980 in eine neue Reformphase: Man versuchte die Weltmarktpreise auf die ungarische Wirtschaft zu übertragen in dem Sinne, daß die Preise für Rohstoffe und Energie an die Importpreise und die Preise für Güter des Produzierenden Gewerbes an die beim Export erzielten Preise angepaßt werden. Man erreichte damit, daß die ungarischen Güter auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger wurden.

Allmählich schälten sich dadurch auch die wichtigsten Wirtschaftszweige der Industrie heraus: die Maschinenindustrie mit der Spezialisierung auf den Bau von Werkzeugmaschinen, Lastwagen und Omnibussen, Elektromotoren und Feinmechanikererzeugnissen; die chemische Industrie mit Nutzung der eigenen Erdgasvorkommen für die Petrochemie, die Pharmaindustrie mit hohem Weltexportanteil und die Kunstdüngerproduktion. Neben der weiter oben erwähnten Nahrungsmittelindustrie mit weltweitem Ruf ihrer Fleisch- und Geflügelprodukte sind noch die Textilindustrie sowie die Leder- und Pelzindustrie von Bedeutung.

Die sich 1988 abzeichnende Wende in der Produktionsentwicklung hatte politische Ursachen. Der sich anbahnende politische Umsturz im Osten mußte zwangsläufig seine Auswirkungen auf das Handelssystems der Ostblockstaaten haben. Solange Ungarn dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) angehörte (seit 1949), war der Bezug von Energieträgern und Rohstoffen aus der Sowjetunion einigermaßen gesichert. Im Gegenzug war die Sowjetunion ein fester Abnehmer für Lebensmittel und Industriegüter.

Als die Lieferfähigkeit der RGW-Länder nach Ungarn rapide abnahm, traten Produktionsminderungen bis zu 20 % auf (1991). Dieser Trend setzt sich bis heute, allerdings abgeschwächt, fort.

Außenhandel Ungarns

Die ungarische Wirtschaft und der Handel waren geprägt von dem 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der Ostblockländer. Der RGW bot Ungarn einen abgeschotteten Wirtschaftsraum, in dem die notwendigen Rohstoffe (fast ausschließlich aus der Sowjetunion) unter Weltmarktpreisen zu bekommen und die eigenen Produkte unterzubringen waren.

Während in den Vorkriegsjahren fast 3/5 der ungarischen Ausfuhren Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie waren und je etwa 1/5 der Ausfuhren auf Industrieprodukte sowie auf Rohstoffe (vor allem Bauxit) und Energie entfielen, hat sich wegen der starken Industrialisierung in den Nachkriegsjahren das Bild bis 1970 gewandelt: Die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie waren nur noch mit etwas mehr als 1/5 an der Ausfuhr beteiligt.

Diese Verhältnisse von 1970 haben sich bis heute im wesentlichen nicht geändert. Der Anteil der Industrieprodukte (incl. Rohstoffe, die kaum ins Gewicht fallen, da Ungarn nur wenige natürliche Rohstoffreserven hat und das meiste einführen muß, incl. Halbfertigwaren, Maschinen, Transportmittel und Erzeugnissen der Konsumgüterindustrie) hat sich bis heute auf 3/4 der Gesamtausfuhr mit leicht fallender Tendenz gefestigt, während landwirtschaftliche Erzeugnisse und Erzeugnisse aus der Lebensmittelindustrie (incl. Lebendvieh) mit leicht steigender Tendenz 1/4 Anteil an den Ausfuhren haben.

Bei der Entwicklung der Einfuhren sieht das Verhältnis von industriellen Erzeugnissen und Rohstoffen zu Lebensmitteln und Agrarprodukten wesentlich krasser aus. Während es sicher erfreulich für Ungarn ist, daß es relativ wenige Lebensmittel einführen muß, seine Bevölkerung also mit den wichtigsten Lebensmitteln selbst versorgen kann, mangelt es an Rohstoffen, chemischen Erzeugnissen, bearbeiteten Waren, Maschinen, Fahrzeugen etc.

Aufgrund des naturbedingten Mangels an mineralischen Rohstoffen und Energieträgern betreibt Ungarn eine außenhandelsintensive Wirtschaft. Das sozialistische Wirtschaftssystem und die Einbindung in den RGW brachten es jedoch mit sich, daß der Staat das Außenhandelsmonopol innehatte. Entscheidend waren die Direktiven des Außenwirtschaftsministeriums, welches sich das Genehmigungsrecht für jedes Außenhandelsgeschäft vorbehielt. Die administrativen Eingriffe verzerrten die Leistungsrelationen auf der Ausfuhr- und auf der Einfuhrseite. Präferenzen und Ausnahmeregelungen verführten die Unternehmer zu einer Subventionsmentalität, bei der es nur noch darauf ankam, die bestmögliche Antragsbegründung für staatliche Gelder zu finden. Die eigentlichen unternehmerischen Fähigkeiten wurden nicht honoriert.

Erst ab 1976, mit Beginn des 5. Fünfjahresplanes, war durch Kooprationsverträge mit westlichen Unternehmen, denen die ungarische Außenhandelspolitik jetzt eine viel größere Bedeutung beimaß, ein rascher Anstieg der Ein- und Ausfuhren zu verzeichnen. Die Gründung gemeinsamer Unternehmen im Rahmen der Regelung über Joint-Ventures gab dem sozialistischen Wirtschaftssystem mehr Möglichkeiten einer Produktionssteigerung. Jedoch waren Devisenmangel und steigende Auslandsverschuldung die Folge.

Der in den 80er Jahren einsetzende Versuch einer verstärkten Umstellung auf eine soziale Marktwirtschaft nach westlichem Muster beginnt allmählich zu greifen und die ungarische Wirtschaft und den Handel zu stärken. Die Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Mai 1982 und die Mitgliedschaft in der Weltbank seit Juli 1982 brachten durch Kreditaufnahmen Entlastung und unterstützten diese Entwicklung.

Ab 1982 profitierte Ungarn von einem Ausfuhrüberschuß, der bis Ende 1990 fast stetig anstieg. Eine Ausnahme bildeten die beiden Jahre 1986 und 1987, die von einem Einfuhrüberschuß gekennzeichnet waren, verursacht durch den Rückgang der Ausfuhren in die ehemaligen RGW-Länder, die teilweise zum Erliegen kamen, und die verstärkte Umorientierung zu den westlichen Industrieländern und die damit verbundene Abrechnung auf Dollarbasis. Auch der Kostenvorteil beim Bezug von Erdöl aus der Sowjetunion (Abrechnung auf Rubelbasis oder Warenaustausch) ging durch Einkauf des Rohöls auf dem Weltmarkt verloren.

Die Öffnung des Marktes, das Gestatten freier Unternehmen, eine Kapitalbeteiligung von Ausländern und eine langsame Loslösung vom RGW brachten Ungarn im Außenhandel ab 1988 wieder einen Exportüberschuß ein. Wegen oder trotz großer Auslandsschulden, die 1990 22 Milliarden Dollar erreichten, und der relativ hohen Inflationsrate von fast 24 % honorierten die Weltbank, der IWF, die EG und westliche Industrienationen den ungarischen Weg zur Demokratie mit großzügigen Krediten und helfen damit der Republik Ungarn, ihre Wirtschaftslage zu stabilisieren.

Der Export stieg zu Beginn der 90er Jahre kontinuierlich an. Er beruhte hauptsächlich auf dem Handel mit den Industrieländern: 1991 exportier-

Außenhandel Ungarns 1985 – 1993

Merkmal a = Mrd. US-$ b = Mrd. Forint		1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 Januar – Juli
Ausfuhr	a	8,3	8,9	9,2	9,7	9,6	9,6	10,0	10,8	.
	b	410,3	406,2	432,6	492,3	571,3	603,6	764,3	843,6	392,5
Einfuhr	a	7,9	9,3	9,5	9,1	8,8	8,6	11,2	11,2	.
	b	394,7	425,2	444,0	460,9	523,5	544,9	855,6	878,5	598,0
Handelsvolumen[1]	a	16,2	18,2	18,7	18,9	18,4	18,2	21,4	22,0	.
	b	805,0	831,2	876,6	953,2	1 094,8	1 148,5	1 619,9	1 722,1	990,5
Deckungsquote[2]	%	103,9	95,6	97,4	106,8	109,0	110,8	89,9	96,0	65,6

1) Ausfuhr plus Einfuhr – 2) (Ausfuhr/Einfuhr) x 100

te Ungarn Waren im Gesamtwert von 9,97 Mrd. Dollar, das bedeutet eine Steigerung von 4,5 % gegenüber 1990. 1992 erhöhte sich der Export um weitere 8,3 % auf 10,8 Mrd. Dollar. In den Monaten Januar bis Juli 1993 lagen die Exporte noch um 19 % unter dem Ergebnis der Vergleichszeit des Vorjahres. Dabei waren vor allem Rückgänge im Ernährungs- und im Konsumgüterbereich zu verzeichnen. Ungarn nutzte die Agrarhandelmöglichkeiten mit der EG nicht voll aus. Hinzu kam ein von der EG für einige Monate erlassenes Verbot der Einfuhr von tierischen Erzeugnissen. Es stellt sich die Frage, ob Ungarn aufgrund der verstärkt einsetztenden Rezession den positiven Trend der Vorjahre bei den Ausfuhren fortsetzen kann.

Die Einfuhren stiegen 1991 um 30 % auf 11,2 Mrd. Dollar an. In Forint gerechnet nahmen die Einfuhren aus ungarischer Sicht sogar um fast 54 % zu (inflationsbedingt). 1992 konnte dieser Wert gehalten werden. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1993 nahmen die Einfuhren um 13,5 % (Forint) zu. Auf Dollarbasis liegen noch keine Werte vor, die negative Handelsbilanz wird aber bestehenbleiben.

Im März 1990 räumte die EG Ungarn einen auf fünf Jahre laufenden Kredit von 870 Mill. ECU ein, und der IWF gewährte einen 206 Mill. Dollar-Kredit zur Unterstützung der Wirtschaft. Als unmittelbare Folge war zu erkennen, daß die Handelsbeziehungen mit den EG-Ländern auflebten, und der Handel Ungarns mit der EG den Handel mit den osteuropäischen Ländern (Albanien, Bulgarien, CSFR, Polen, Rumänien und die GUS, also den ehemaligen RGW-Ländern ohne die DDR, Kuba, Vietnam und die Mongolei) überholte. 1991 importierte Ungarn aus den osteuropäischen Ländern für 191 Mrd. Forint (26,4 % mehr gegenüber dem Vorjahr) und aus den EG-Ländern für 352 Mrd. Forint (+68,3 %) und exportierte in die osteuropäischen Länder für 149 Mrd. Forint (–12,3 %) und in die EG für 349 Mrd. Forint (+56 %).

Mit Inkrafttreten des Assoziierungsvertrages mit der EG (1. März 1992)

Außenhandel Ungarns 1985 – 1993 nach ausgewählten Ländern
Mrd. Forint

Land	1985			1990			1991			1992[1]			Januar – Juli 1993[1]		
	Ausfuhr	Einfuhr	Dekkungsquote[2]	Ausfuhr	Einfuhr	Dekkungsquote[2]	Ausfuhr	Einfuhr	Dekkungsquote[2]	Ausfuhr	Einfuhr	Dekkungsquote[2]	Ausfuhr	Einfuhr	Dekkungsquote[2]
Bundesrepublik Deutschland	33,8	47,1	71,3	101,9	94,8	107,5	205,3	183,1	112,1	233,8	206,9	113,0	97,5	132,6	73,5
DDR (bis 1990)	25,8	26,5	97,3	18,8	31,8	59,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sowjetunion (GUS ab 1991)	142,4	122,9	115,9	121,8	103,9	117,2	102,3	131,3	77,9	111,1	148,1	75,0	54,1	107,2	50,5
Österreich	22,8	26,3	86,7	45,3	54,2	83,6	82,9	114,2	72,6	90,1	126,3	71,3	41,1	75,5	54,4
Italien	12,5	11,5	108,7	35,4	22,1	160,2	57,8	62,0	93,2	80,3	55,4	144,9	37,0	36,0	102,8
CSFR (ab 1993 CS u. SK)	24,0	20,3	118,2	25,0	25,4	98,4	16,5	35,5	46,5	22,8	37,7	60,5	13,2	22,5	58,6
Frankreich	5,7	7,6	75,0	16,3	11,2	145,5	21,9	22,8	96,1	27,0	26,9	100,4	12,9	21,5	60,0
Niederlande	3,9	5,3	73,6	9,1	11,4	79,8	15,8	23,3	67,8	18,8	26,1	72,0	7,7	17,4	44,3
USA	9,8	12,2	80,3	21,3	14,4	147,9	24,2	22,3	108,5	27,1	25,6	105,9	15,4	31,9	48,3
Großbritannien	6,1	7,9	77,2	12,2	11,5	106,1	15,5	21,1	73,5	16,8	25,4	66,1	8,9	15,2	58,6
Schweiz	8,5	8,1	104,9	11,3	16,8	67,3	13,4	27,7	48,4	15,6	25,4	61,4	7,3	18,7	39,0
Japan	1,4	6,9	20,3	6,9	11,3	61,1	13,1	23,5	55,7	7,7	20,9	36,8	4,3	16,7	25,7
Polen	16,3	19,2	84,9	10,0	13,0	76,9	15,7	16,3	96,3	11,2	14,2	78,9	5,9	7,4	79,7
Jugoslawien	15,2	14,5	104,8	28,6	12,3	232,5	28,0	11,1	252,3	29,8	11,1	268,5	11,4	6,7	170,1

1) vorläufige Ergebnisse – 2) (Ausfuhr/Einfuhr) x 100

wurden für den Handel mit Agrargütern Erleichterungen geschaffen. Die EG baute ihre Importschranken ab, was die vermehrte Ausfuhr ungarischer Ernährungsgüter zur Folge hatte. Die Importe stiegen dagegen nur leicht an wegen der schwachen Inlandsnachfrage. So stieg 1992 der Import aus der EG auf 375 Mrd. Forint (vorl.), das sind 6,7 % mehr gegenüber dem Vorjahr. Damit erzielte Ungarn mit der EG einen Handelsbilanzüberschuß von 45 Mrd. Forint (etwa 850 Mill. DM).

Am 1. März 1993 traten die Freihandelsabkommen mit Polen, der Slowakischen und der Tschechischen Republik provisorisch in Kraft. Ab 1. Juli 1993 gilt der Assoziierungsvertrag mit den EFTA-Ländern. Deren Auswirkungen sind abzuwartgen, werden aber generell als positiv bewertet.

Die drei wichtigsten Handelspartner für Ungarn sind ab 1991 der Reihenfolge nach die Bundesrepublik Deutschland, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und Österreich. Bis 1990 war die Sowjetunion der bedeutendste Handelspartner, während die alte Bundesrepublik an zweiter stelle lag. Nach Österreich folgte dann die ehemalige DDR. Interessant ist, daß Ungarn nur in die Länder BRD, Italien, USA und Jugoslawien mehr Waren exportiert als importiert.

Der Außenhandel mit Ungarn

– aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaft

Der Außenhandel der Europäischen Gemeinschaft mit Ungarn ist geprägt von einem stetigen Anwachsen des Handelsvolumens. Machte der Handel 1985 noch 4,33 Mrd. ECU aus, so stieg er bis 1992 auf 7,96 Mrd. ECU an. Bis Ende 1989 war ein Handelsüberschuß zwischen 10 % und 20 % zu verzeichnen. In den Jahren 1990/91 war der Handelsüberschuß leicht negativ, 1992 waren es wieder 4 %, das entspricht 156 Mill. ECU oder ca. 300 Mill. DM. Bei der Interpretation des weiter oben zitierten ungarischen Handelsbilanzüberschusses für 1992 von 850 Mill. DM ist zu beachten, daß es sich zum einen um vorläufige Angaben handelt und zum anderen Ungarn nur Zahlenangaben zum sog. Generalhandel (d. h. Einfuhr für den inländischen Verbrauch und Einfuhr zur Lagerung, Ausfuhr von inländischen Erzeugnissen einschließlich aller Wiederausfuhren) macht. Die Ausfuhr wird von der EG hingegen als Spezialhandel betrachtet, d. h. die Wertangaben beziehen sich auf den Wert frei Grenze ohne die Zollabgabe. (Siehe Tabelle Seite 74.)

Unter den EG-Staaten sticht die Bundesrepublik mit über 57 % Anteil am Handelsvolumen besonders hervor. Ihr folgen mit Abstand Italien (16,4 %) und Frankreich (7 %). Die Bemühungen der Benelux-Länder und Spaniens, ihre Handelsbeziehungen zu Ungarn zu intensivieren, sind beachtenswert.

– aus der Sicht Deutschlands

Ungarn ist für Deutschland ein bedeutender Handelspartner und nimmt den 26. Platz unter den fast 200 möglichen Partnerländern ein. Unter den osteuropäischen Ländern liegt Ungarn nach Polen, der ehemaligen Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Republik (bis Ende 1992) auf dem vierten Rang. Das ist insofern erstaunlich, als Ungarn kein unmittelbares Nachbarland ist.

Generell zeichnete sich der Handel Deutschlands mit Ungarn in den letzten 10 Jahren durch einen Exportüberschuß aus, der jedoch Anfang der 90er Jahre geringer wurde und sich nach einem Negativsaldo 1991 von 57,8 Mill. DM nur noch leicht positiv zeigt (1992: 62,8 Mill. DM). Verursacht wurde dieser Einbruch 1991 durch eine immens hohe Einfuhr von Erzeugnissen des Produzierenden Gewerbes (+60 % im Investitionsgüterbereich und +27 % im Verbrauchsgüterbereich gegenüber 1990).

Betrachtet man den Zeitraum von 1989 bis 1992, so muß beachtet werden, daß auch die ehemalige DDR 1989 noch für 2,6 Mrd. DM und 1990 für 2,7 Mrd. DM nach Ungarn exportiert und für 2,4 Mrd. DM (1989) und für 1,2 Mrd. DM (1990) aus Ungarn importiert hat. Damit sieht das Bild einer gesamtdeutschen Bilanz anders aus: Export/Import 1989: 6,3/5,1 Mrd., 1990: 6,1 / 4,5 Mrd., 1991: 4,2 / 4,3 Mrd. und 1992: 4,7 / 4,7 Mrd. DM. Der Export ging damit seit 1989 um ca. 25 % und der Import um ca. 8 % zurück.

Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland mit Ungarn 1987 – 1992

Jahr	Ausfuhr				Einfuhr				Saldo
	Rang	Mill. DM[1]	Anteil an der Gesamtausfuhr %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Rang	Mill. DM[1]	Anteil an der Gesamteinfuhr %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Mill. DM
1987	25	2 891,7	0,5	– 3,5	29	2 154,4	0,5	+ 3,5	+737,3
1988	30	2 758,6	0,5	– 4,6	30	2 262,4	0,5	+ 5,0	+496,2
1989	27	3 650,3	0,6	+32,3	30	2 686,4	0,5	+18,7	+963,9
1990	28	3 363,6	0,5	– 7,9	29	3 254,0	0,6	+21,1	+109,6
1991	27	4 218,9	0,6	+25,4	28	4 276,7	0,7	+31,4	– 57,8
1992	26	4 685,9	0,7	+11,1	26	4 623,1	0,7	+ 8,1	+ 62,8

1) nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – Spezialhandel –

Entwicklung des Außenhandels Nordrhein-Westfalens mit Ungarn 1987 – 1992

Jahr	Ausfuhr[1]				Einfuhr[2]			
	Rang	Mill. DM	Anteil NRWs[3] %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Rang	Mill. DM	Anteil NRWs[3] %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %
1987	26	800,1	27,7	– 3,9	33	457,5	20,5	+ 4,6
1988	29	748,6	27,1	– 6,4	33	492,7	21,2	+ 7,7
1989	28	924,5	25,3	+23,5	34	592,7	21,2	+20,3
1990	29	763,9	22,7	–17,4	33	6891,	21,0	+16,3
1991	33	774,5	18,4	+ 1,4	31	818,9	18,8	+18,8
1992	26	908,4	19,4	+17,3	28	934,6	20,1	+14,1

1) Spezialhandel – 2) Generalhandel – 3) Anteil NRWs an der Bundesrepublik Deutschland

Die Hauptausfuhrgüter waren in den letzten zwei Jahren (nach der Wiedervereinigung) Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes mit 19,7 % an Insgesamt, darunter chemische Erzeugnisse mit 68,7 % (13,5 % an Insgesamt), Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit 50,6 %, darunter Maschinenbauerzeugnisse mit 35 % (18,1 %), Straßenfahrzeuge mit 24,1 % (12,2 %) und elektrotechnische Erzeugnisse mit 22,9 % (11,6 %) und Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes mit 23,5 %, darunter Textilien mit 47,4 % (11,1 %). (Siehe Tabelle Seite 70.)

Die Haupteinfuhrgüter für den gleichen Zeitraum sind von Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes (Anteil von 15,8 % an Insgesamt) wiederum die chemischen Erzeugnisse mit 33,6 % (5,3 %), vom Investitionsgüterbereich (30,0 %) die elektrotechnischen Erzeugnisse mit 34,2 % (10,3 %) und vom Verbrauchsgütermarkt (31,8 %) die Bekleidung mit 36,1 % (11,5 %), Textilien mit 18,9 % (6,0 %) und Schuhe mit 17,4 % (5,5 %). (Siehe Tabelle Seite 71.)

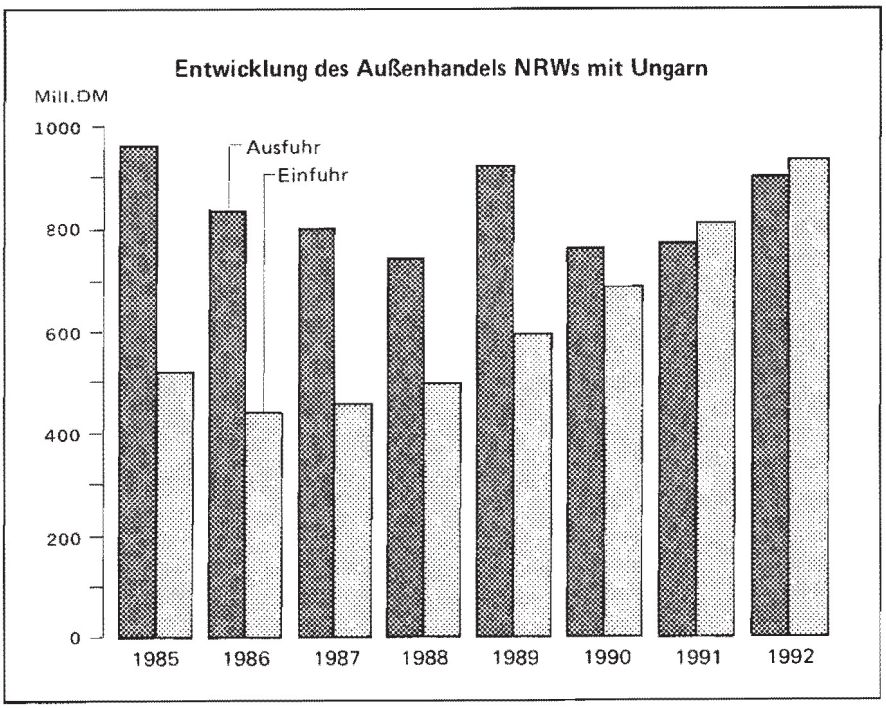
Für das 1. Quartal 1993 liegen noch keine verläßlichen Daten vor. Jedoch ist erkennbar, daß die Importe stark rückläufig sind, während die Exporte stagnieren.

– aus der Sicht Nordrhein-Westfalens

Vom Gesamthandel NRWs in die osteuropäischen Staaten (Ausfuhr 1992: 6 632 Mill. DM, Einfuhr: 7 374 Mill. DM) nimmt Ungarn nach Polen (Ausfuhr: 1 960 Mill. DM, Einfuhr: 2 506 Mill. DM), der ehemaligen SU (1 727 Mill., 1 774 Mill.) und der CSSR (1 414 Mill., 1 153 Mill.) mit 908,4 Mill. beim Export und mit 934,6 Mill. DM beim Import den 4. Platz ein, wie auch in der Statistik für das Bundesgebiet insgesamt.

Die Entwicklung des Außenhandels mit Ungarn in den letzten Jahren ist durchaus positiv, wenn auch die Einfuhren im Verlauf der letzten Jahre schneller zunahmen als die Ausfuhren, die relativ großen Schwankungen unterworfen sind. Es ist zu vermuten, daß die großen Handelsbilanzüberschüsse der ausgehenden 80er Jahre sich nicht so schnell wieder einstellen werden, zumal die allgemeine Rezession noch anhält.

Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Exporten der Bundesrepublik nach Ungarn ist seit 1987 (27,7 %) langsam auf 19,4 % zurückgegangen. Diese Tendenz setzt sich auch ins Jahr 1993 weiter fort. Dieser Trend zeigt sich vor allem bei den chemischen Erzeugnissen (1990: –23,8 %, 1991: –2,8 %, 1992: –4,8 %), den Maschinenbauerzeugnissen (1990: –7,4 %,



1991: −14,9 %, 1992: −22,3 %) und bei Eisen und Stahl (1990: −25,5 %, 1991: −8,9 %, 1992: −16,4 %), während diese Erzeugnisse bei den Ausfuhren der Bundesrepublik wesentlich kleineren Schwankungen unterworfen waren.

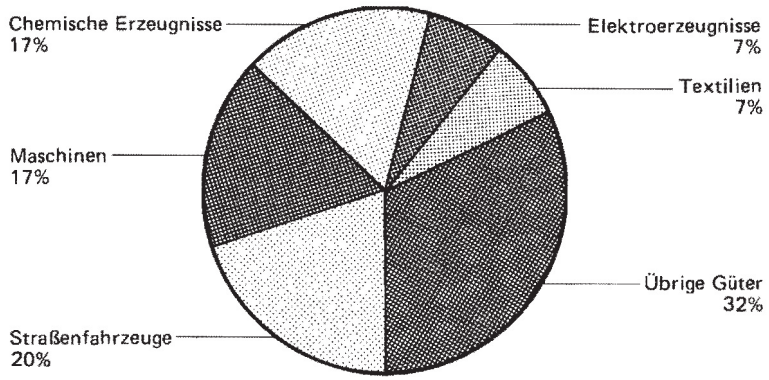
Bei den chemischen Erzeugnissen ist es 1992 vor allem ein Ausfuhrrückgang bei den organischen Stoffen (−7,4 %), den anorganischen Stoffen (−30 %) und den Kunststoffen in Primärform (−12,5 %). Bei den Maschinenbauerzeugnissen sind die Metallbearbeitungsmaschinen (−46 %) und Geräte für die Nachrichtentechnik (−32 %) rückläufig.

Deutliche Zuwächse sind dagegen bei der Ausfuhr nach Ungarn bei den Straßenfahrzeugen zu verzeichnen: die Werte sind von 53,1 Mill. DM (BRD: 456,5 Mill. DM) in 1991 auf 183,3 Mill. DM (BRD: 632,6 Mill. DM) in 1992, also mit einer Zuwachsrate von 245 % (BRD: +38,6 %) angewachsen. Sie erreichten damit einen Anteil von 20 % an den Gesamtausfuhren (BRD: 13,5 %). (Siehe Tabelle Seite 72.)

Anhand dieser Zahlen machen sich auch die Stärken NRWs im Investitionsgüterbereich bemerkbar. Der Trend geht heute dahin, daß zunehmend mehr Vormaterialien in die osteuropäischen Länder exportiert und dort wegen der niedrigeren Lohnkosten weiterverarbeitet werden. Dies zeigt sich auch bei elektrotechnischen Erzeugnissen, deren Export 1992 um 17,7 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat und damit wieder auf dem Stand von 1990 ist. Bei den feinmechanischen Erzeugnissen ist ein Zuwachs von 13,9 % und bei Eisen- und Metallwaren von 22,4 % zu verzeichnen.

Der Wert der aus Ungarn nach NRW eingeführten Waren war 1992 um 14,1 % höher als im Vorjahr. Der Anteil an der BRD ist mit 20,1 % etwa

Hauptausfuhrgüter NRWs nach Ungarn 1992



wie in den verhergehenden Jahren. Die Haupteinfuhrgüter sind aus dem Verbrauchsgüterbereich (1992: 289,9 Mill. DM) Bekleidung (129 Mill., +29,2 %) und Holzwaren (58,5 Mill., +8 %), aus dem Investitionsgüterbereich (331 Mill.) Maschinenbauerzeugnisse (84,8 Mill., −13,9 %), Straßenfahrzeuge (58,8 Mill., +153 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (58,7 Mill., 18,1 %). Einen leichten Rückgang um 5 % gab es bei den Ernährungsgütern von 124,1 Mill. in 1991 auf 117,9 Mill. in 1992. Hier sind es vor allem die Fleischprodukte mit −5 % sowie Gemüse und Früchte mit −27 %. Damit liegt NRW im Bundestrend (−7,7 %). (Siehe Tabelle Seite 73.)

Ausblick

Die letzten vier Jahre waren in der Republik Ungarn gezeichnet von einer sinkenden Binnennachfrage und einer Krise der Landwirtschaft. Dennoch haben die marktwirtschaftlichen Reformen einen großen Fortschritt gemacht. Kapitalzuflüsse aus den westlichen Industrienationen und Kredite des IWF, der EG und der Weltbank haben zu einem Anstieg der Devisenreserven beigetragen. Vorteilhaft sind auch ein Handelsüberschuß und beträchtliche Einnahmen aus der Tourismusbranche.

Nach einer Studie[3] der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird Ungarn für das Jahr 1994 ein Wirtschaftswachstum von ein bis drei Prozent mit einem Handelsüberschuß von drei bis sechs Mrd. Dollar prognostiziert.

Allerdings werden Arbeitslosigkeit und Inflationsrate sich weiterhin auf hohem Niveau bewegen. Die OECD empfiehlt in ihrem Bericht, das kostenintensive Sozialsystem effizienter zu gestalten, das Steuerwesen zu verbessern und Betriebe noch mehr als bisher zu privatisieren, um den Haushalt zu entlasten. Außerdem fordert die OECD die Regierung in Budapest auf, eine marktkonforme Industriepolitik zu betreiben, die nicht nur auf die Stützung einzelner Betriebe, sondern auf die Schaffung eines positiven wirtschaftlichen Umfeldes ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang sind auch die Unzulänglichkeiten der ungarischen Statistik zu erwähnen, die

3) OECD, Wirtschaftsbericht Ungarn 1993

privatwirtschaftliche Betriebe mit unter 50 Beschäftigten außer acht läßt, obwohl diese nach Schätzungen rund 30 % zum Bruttoinlandprodukt beitragen.

Literaturhinweis

1) Jörg K. Hoensch, Ungarn – Geschichte Politik Wirtschaft, Fackelträger-Verlag Gmbh, Hannover 1991
2) Denis Silagi, Ungarn, Edition Zeitgeschehen, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1972
3) Joachim Ahrens, Die Rolle westlicher Industriestaaten bei der Transformation sozialistischer Volkswirtschaften, LIST-Forum, Band 19 (1993) Heft 2
4) Statistisches Bundesamt, Ungarn 1992, Länderbericht, Metzler-Pöschel-Verlag
5) Peter-Udo Rosenau, Wirtschaftslage zu Ungarn, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfAi)
6) OECD, Wirtschaftsbericht Ungarn 1993
7) Handbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW)
8) Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung Heft 2 (1985), herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

■

Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Juli 1993

Mitte 1993 waren in Nordrhein-Westfalen 9 703 916 Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zugelassen; das waren 2,2 % mehr als Mitte 1992. In den letzten zehn Jahren ist somit der Kfz-Bestand um mehr als ein Viertel gestiegen (exakt: +28,4 % seit Mitte 1983). Der Bestand an Kombinationskraftwagen erhöhte sich dabei binnen Jahresfrist um 7,7 % auf 1,13 Millionen; gegenüber Juli 1983 hat er sich mehr als verdoppelt (+120,8 %).

Nahezu neun Zehntel des derzeitigen Kfz-Bestandes in NRW entfallen auf Pkws (einschl. Kombis und Kleinbussen); der Anteil der Motorräder (Krafträder, Kraftroller, zulassungsfreie Leichtkrafträder mit amtlichem Kennzeichen) liegt bei 4,2 % und jener der Lkws bei 3,9 %. Omnibusse stellen 0,2 % des Bestandes; 2,2 % entfallen auf Zugmaschinen und 1,1 % auf übrige Kraftfahrzeuge, wie Wohnmobile, Krankenwagen, selbstfahrende Arbeitsmaschinen.

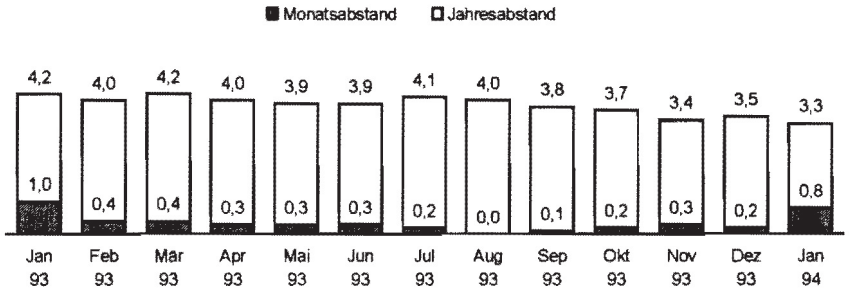
Preisindex für die Lebenshaltung im Januar 1994

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte Januar/Mitte Dezember) um +0,8 % auf 120,5 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (Januar 1993) beträgt die Indexveränderung +3,3 %. Im Dezember 1993 hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +3,5 % gelegen.

An dem überdurchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus gegenüber Dezember haben administrative Maßnahmen wesentlichen Anteil (z. B. Anhebung von Mineralölsteuer, Kfz-Steuer für Diesel-Pkw, Kohlepfennig beim Strompreis, Arzneimittelbeteiligung, Friedhofsgebühren); auch Prämienerhöhungen der Versicherungen (Kfz-, Kranken-, Hausratversicherungen) trugen zu der Entwicklung spürbar bei. Daneben verteuerten sich vor allem Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten) und saisonabhängige Nahrungsmittel. – Verbraucherfreundlich entwickelten sich hauptsächlich die Preise für leichtes Heizöl und einige sonstige Nahrungsmittel (z. B. Fleisch, Butter).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit **mittlerem Einkommen** betrug die Indexveränderung gegenüber dem Vormonat +0,9 % (auf 120,0 Punkte) und in Jahresfrist +3,3 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit **höherem Einkommen** (auf 121,7 Punkte) +0,9 % bzw. +3,4 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit **geringem Einkommen** (auf 119,9 Punkte) +0,9 % bzw. +3,5 %.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
- Veränderungen in Prozent -



Grafik: LDS NRW

Bauproduktion im November 1993

Die Produktion im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe lag im November 1993 um 5 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Dabei erreichte der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Index der Nettoproduktion im Hochbau annähernd das Vorjahresniveau, im Tiefbau zeigte sich eine Abnahme um 10 %.

Im Bereich des Hochbaus entwickelten sich die Bauleistungen im Wohnungsbau (+9 %) anhaltend positiv; Rückgänge zeigten sich demgegenüber im gewerblichen und industriellen Hochbau (–5 %) sowie im öffentlichen Hochbau (–3 %). Innerhalb des Tiefbaus wurden für den Straßenbau (–13 %) die höchsten Verluste gemeldet, gefolgt vom gewerblichen und industriellen Tiefbau (–10 %) und dem sonstigen öffentlichen Tiefbau (–7 %).

Ausfuhr*) der Bundesrepublik Deutschland nach Ungarn 1985 – 1992 nach Gütergruppen des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistik Mill. DM

Güter-gruppe, -zweig	Güterbezeichnung	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	**17,5**	**26,8**	**46,0**	**16,2**	**16,3**	**43,3**	**66,8**	**32,1**
	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**27,2**	**4,9**
	Bergbauliche Erzeugnisse	**82,3**	**36,3**	**5,1**	**5,9**	**5,4**	**3,6**	**42,5**	**10,2**
211	Kohle, Briketts, Koks, Rohteer	74,2	27,8	0,7	2,7	0,3	0,3	37,0	7,5
212	Erdöl, Erdgas, Bitume, Gesteine	–	–	–	–	0	–	–	0
213	Eisenerze	–	–	–	–	–	–	–	0
214	NE-Metallerze und Schwefelkies	4,3	4,2	2,0	1,5	3,7	2,3	1,9	1,0
215	Kalisalze und Rohphosphate	1,8	2,4	0,7	0,4	0,2	0,3	2,3	0,8
216	Stein-, Hütten- und Salinensalz	0	0	0	0	0,1	0,1	0,4	0,1
217	Fluß- und Schwerspat, Graphit etc.	1,9	1,9	1,6	1,1	1,1	0,7	0,9	0,6
218	Torf	–	0	0	0,1	–	–	0	0,1
	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	**990,7**	**938,2**	**872,0**	**850,6**	**929,9**	**775,9**	**874,7**	**879,6**
22	Mineralölerzeugnisse	2,3	2,2	2,0	1,3	1,7	2,3	6,2	15,8
24	Spalt- und Brutstoffe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	4,3	0,8	0,8
25	Steine und Erden, Asbestwaren etc.	35,6	32,4	31,5	32,4	33,9	30,1	28,9	28,8
27	Eisen und Stahl	86,1	68,6	68,7	71,0	85,1	68,1	76,8	73,3
28	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	67,5	46,3	49,7	39,0	45,2	34,5	48,2	56,7
291	Eisen-, Stahl- und Temperguß	6,0	5,4	4,1	6,2	4,3	6,3	5,0	6,9
295	NE-Metallformguß	2,5	2,3	0,9	0,4	1,6	0,6	1,3	2,2
301	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	23,9	25,3	21,3	22,1	26,1	19,3	16,0	19,6
40	Chemische Erzeugnisse	683,6	680,4	621,6	610,9	648,4	535,3	608,2	597,2
53	Schnittholz, Sperrholz und anderes bearbeitetes Holz	1,7	1,7	2,1	5,0	5,7	7,1	14,2	9,2
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	46,7	40,7	41,4	38,4	48,5	39,6	38,2	36,0
59	Gummiwaren	34,6	32,7	28,4	23,6	29,1	28,4	30,9	33,0
	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	**1 276,3**	**1 301,2**	**1 316,5**	**1 230,6**	**1 893,0**	**1 655,2**	**2 108,0**	**2 399,2**
302	Erzeugnisse der Stahlverformung	22,5	21,1	19,3	23,0	31,8	30,2	40,8	50,0
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	15,1	7,6	9,9	11,3	18,7	19,9	51,3	40,5
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	652,3	646,7	683,8	570,6	749,9	783,5	833,1	780,0
33	Straßenfahrzeuge	137,1	169,2	133,3	122,6	442,9	233,8	456,5	632,6
34	Wasserfahrzeuge	0,1	0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,8	0,4
35	Luft- und Raumfahrzeuge	0,1	0,1	0,1	1,0	0,6	0,3	1,8	1,3
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	296,8	301,4	317,1	346,5	444,9	395,5	445,4	588,1
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	53,0	56,6	52,9	55,5	69,4	59,5	88,6	86,7
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	80,1	69,0	57,6	54,0	75,0	74,9	105,8	144,4
50	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	19,2	29,4	42,4	46,0	59,8	57,3	83,8	75,0
70	Fertigteilbauten im Hochbau	0	0	0	0	0	0,1	0	0,2
	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	**568,1**	**557,7**	**531,0**	**539,4**	**649,1**	**760,3**	**951,2**	**1 138,2**
39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, etc.	25,5	18,9	20,9	14,6	16,5	20,6	36,0	36,3
51	Feinkeramische Erzeugnisse	4,3	4,8	3,4	4,1	5,8	4,0	3,7	5,8
52	Glas und Glaswaren	31,4	15,6	14,4	13,5	19,2	16,8	32,2	28,9
54	Holzwaren	3,4	3,3	4,0	5,3	7,6	13,6	16,6	35,5
56	Papier- und Pappewaren	16,6	19,1	16,7	25,2	30,9	31,1	42,8	53,2
57	Druckerzeugnisse, Vervielfältigungen	11,7	10,2	12,4	13,0	15,1	23,1	28,7	33,5
58	Kunststofferzeugnisse	54,1	59,9	59,2	65,3	73,1	79,6	108,6	142,7
61	Leder	49,6	52,2	50,0	55,1	73,3	89,8	110,1	122,6
621	Lederwaren (einschl. Reiseartikel)	1,8	2,0	2,4	2,2	2,3	4,3	4,8	7,3
625	Schuhe	9,7	11,1	7,9	5,6	14,5	24,4	37,5	35,0
63	Textilien	310,6	313,4	298,8	292,8	333,5	384,2	450,2	539,7
64	Bekleidung	49,3	47,1	41,1	42,7	57,3	68,7	80,1	97,5
	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	**86,9**	**97,5**	**70,5**	**87,5**	**107,6**	**89,2**	**94,6**	**176,8**
68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	85,1	96,0	68,1	85,2	103,3	84,3	93,5	165,4
69	Tabakwaren	1,8	1,6	2,4	2,3	4,3	4,9	1,1	11,4
	Sonstige Waren	**40,7**	**39,1**	**50,6**	**28,5**	**48,9**	**36,0**	**53,8**	**45,0**
	Insgesamt	**3 062,5**	**2 996,7**	**2 891,7**	**2 758,6**	**3 650,3**	**3 363,6**	**4 218,9**	**4 685,9**

*) Spezialhandel

Einfuhr*) der Bundesrepublik Deutschland aus Ungarn 1985 – 1992 nach Gütergruppen des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistik Mill. DM

Güter-gruppe, -zweig	Güterbezeichnung	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	**234,1**	**199,6**	**210,2**	**191,5**	**217,4**	**190,3**	**292,5**	**254,7**
	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	**0**	**–**	**0**	**0**	**–**	**–**	**–**	**0**
	Bergbauliche Erzeugnisse	**0,7**	**0,4**	**0,1**	**1,3**	**1,3**	**2,5**	**1,3**	**2,8**
211	Kohle, Briketts, Koks, Rohteer	–	–	0,1	1,2	1,1	2,2	1,3	2,4
212	Erdöl, Erdgas, Bitume, Gesteine	–	–	–	–	–	–	–	–
213	Eisenerze	–	–	–	–	–	–	–	–
214	NE-Metallerze und Schwefelkies	0,7	0,4	0	0,1	0,1	0	0	0,2
215	Kalisalze und Rohphosphate	–	–	–	–	0,1	0,3	–	0,2
216	Stein-, Hütten- und Salinensalz	–	–	0	–	–	–	–	–
217	Fluß- und Schwerspat, Graphit etc.	0	–	–	–	0	0	–	–
218	Torf	–	–	–	0	–	0	0	0,1
	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	**687,0**	**566,5**	**549,6**	**573,9**	**662,5**	**755,6**	**719,1**	**706,3**
22	Mineralölerzeugnisse	144,5	156,8	118,0	90,3	110,1	115,8	127,9	87,4
24	Spalt- und Brutstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0
25	Steine und Erden, Asbestwaren etc.	3,9	5,8	9,0	13,3	16,3	17,4	16,8	24,0
27	Eisen und Stahl	91,7	84,0	90,5	112,2	130,1	167,4	114,0	108,2
28	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	94,2	65,5	82,1	102,7	123,0	147,3	116,3	128,8
291	Eisen-, Stahl- und Temperguß	4,7	5,6	3,8	4,5	6,1	8,5	13,5	15,3
295	NE-Metallformguß	2,4	2,7	3,2	4,9	5,1	6,6	11,1	16,4
301	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	7,0	9,3	7,7	10,1	13,6	17,0	17,9	16,2
40	Chemische Erzeugnisse	310,9	205,8	200,9	199,1	204,7	226,0	241,8	236,9
53	Schnittholz, Sperrholz und anderes bearbeitetes Holz	6,6	4,6	5,3	5,6	8,5	8,8	8,8	13,6
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	3,8	7,2	9,4	8,0	14,4	11,2	16,4	13,3
59	Gummiwaren	17,2	19,2	19,6	23,2	30,7	29,5	34,4	46,3
	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	**330,8**	**366,6**	**389,1**	**446,8**	**576,2**	**770,4**	**1 233,4**	**1 469,3**
302	Erzeugnisse der Stahlverformung	11,7	15,4	11,5	17,5	19,5	29,7	54,6	91,6
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	5,3	8,4	25,0	15,8	21,3	42,9	83,9	99,6
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	139,4	165,0	146,9	160,4	228,0	291,1	417,4	375,9
33	Straßenfahrzeuge	7,8	7,6	12,1	20,0	27,2	34,3	87,9	161,7
34	Wasserfahrzeuge	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,9	0,2
35	Luft- und Raumfahrzeuge	0	0,1	0,1	0,7	2,8	3,0	3,8	4,0
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	107,9	108,5	121,4	158,1	200,3	270,7	412,8	511,3
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	14,3	15,3	16,2	17,1	17,2	16,0	26,4	38,9
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38,6	40,5	49,8	50,6	53,3	75,3	133,4	175,6
50	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	5,0	3,9	3,8	4,2	4,6	5,3	8,7	7,4
70	Fertigteilbauten im Hochbau	0,4	1,8	2,1	2,3	1,7	1,8	3,6	3,0
	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	**642,6**	**662,8**	**700,4**	**724,9**	**835,0**	**1 064,9**	**1 352,9**	**1 508,6**
39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, etc.	8,1	12,3	13,4	13,4	15,9	18,5	23,9	29,3
51	Feinkeramische Erzeugnisse	9,9	10,7	10,3	11,1	12,8	18,4	21,5	23,4
52	Glas und Glaswaren	26,3	25,6	24,1	25,1	28,8	36,5	63,0	51,0
54	Holzwaren	63,1	72,0	84,6	92,8	93,0	117,8	156,1	173,7
56	Papier- und Pappewaren	0,7	1,2	1,0	1,3	2,6	4,4	6,2	6,7
57	Druckerzeugnisse, Vervielfältigungen	6,7	7,0	8,6	8,8	8,7	11,2	15,5	21,3
58	Kunststofferzeugnisse	6,3	10,8	11,9	14,5	22,9	28,6	46,8	57,2
61	Leder	5,7	9,8	5,7	3,9	6,6	14,8	15,5	15,7
621	Lederwaren (einschl. Reiseartikel)	20,9	22,3	20,0	23,5	23,4	28,0	32,1	30,6
625	Schuhe	90,6	94,9	106,1	97,8	132,5	179,2	233,5	263,6
63	Textilien	105,0	110,9	130,3	125,2	133,8	199,7	252,0	288,9
64	Bekleidung	299,2	285,3	284,3	307,3	353,9	407,8	486,8	547,3
	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	**417,1**	**323,4**	**323,4**	**340,8**	**423,1**	**448,6**	**666,7**	**615,3**
68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	417,1	323,4	323,4	340,7	423,0	447,2	666,6	615,3
69	Tabakwaren	–	–	0	0,1	0,1	1,4	0,2	0
	Sonstige Waren	**46,4**	**50,1**	**62,5**	**50,3**	**80,0**	**51,8**	**84,4**	**97,7**
	Insgesamt	**2 358,7**	**2 169,4**	**2 235,3**	**2 329,4**	**2 795,6**	**3 284,0**	**4 350,3**	**4 654,8**

*) Generalhandel

Ausfuhr*) Nordrhein-Westfalens nach Ungarn 1985 – 1992
nach Gütergruppen des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistik
Mill. DM

Güter-gruppe, -zweig	Güterbezeichnung	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	**0,2**	**0,6**	**0,6**	**0,5**	**0,2**	**0,8**	**0,9**	**1,1**
	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	–	–	–	–	–	–	–	–
	Bergbauliche Erzeugnisse	**51,1**	**13,5**	**1,0**	**0,5**	**0,3**	**0,3**	**5,6**	**0,2**
211	Kohle, Briketts, Koks, Rohteer	50,7	12,9	0,7	0,5	0,3	0,2	5,6	0,1
212	Erdöl, Erdgas, Bitume, Gesteine	–	–	–	–	–	–	–	–
213	Eisenerze	–	–	–	–	–	–	–	–
214	NE-Metallerze und Schwefelkies	0,4	0,6	0,3	–	–	–	0	0
215	Kalisalze und Rohphosphate	–	–	–	–	–	–	–	–
216	Stein-, Hütten- und Salinensalz	–	–	–	–	–	–	0	0
217	Fluß- und Schwerspat, Graphit etc.	–	0	–	–	0	0,1	0	0
218	Torf	–	–	–	–	–	–	–	–
	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	**418,2**	**366,3**	**332,5**	**331,4**	**353,9**	**270,3**	**244,3**	**233,8**
22	Mineralölerzeugnisse	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
24	Spalt- und Brutstoffe	–	–	–	–	–	0	0	–
25	Steine und Erden, Asbestwaren etc.	11,0	10,9	11,9	7,0	8,3	8,2	5,0	4,4
27	Eisen und Stahl	67,4	45,2	43,1	45,9	52,6	39,2	35,7	29,9
28	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	17,8	15,9	15,0	12,4	16,6	8,9	9,4	13,4
291	Eisen-, Stahl- und Temperguß	2,9	2,8	2,1	2,5	1,7	1,2	1,0	0,4
295	NE-Metallformguß	2,4	2,2	0,8	0,3	1,3	0,4	0,1	0,2
301	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	19,1	20,3	14,0	14,8	18,8	12,1	9,6	13,4
40	Chemische Erzeugnisse	263,3	240,8	217,1	220,6	223,3	170,2	165,3	157,4
53	Schnittholz, Sperrholz und anderes bearbeitetes Holz	0,1	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	1,2	2,7
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	22,8	17,3	18,9	17,7	21,7	20,2	12,6	7,6
59	Gummiwaren	11,2	10,5	9,3	10,0	9,2	9,4	4,1	4,0
	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	**382,3**	**353,9**	**363,4**	**293,2**	**439,2**	**376,3**	**375,3**	**492,9**
302	Erzeugnisse der Stahlverformung	14,0	12,6	10,7	9,9	13,1	9,5	17,4	25,5
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	9,6	4,6	6,3	5,7	8,3	8,2	9,4	8,4
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	261,9	241,9	238,0	173,4	245,2	227,0	193,3	150,2
33	Straßenfahrzeuge	16,3	17,6	9,9	14,6	60,3	32,5	53,1	183,3
34	Wasserfahrzeuge	–	–	0	0	–	0	0,3	0,2
35	Luft- und Raumfahrzeuge	–	–	–	0	0	0,1	0,2	0,5
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	42,1	40,7	68,7	62,0	71,7	64,4	54,0	63,6
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	5,8	4,4	5,7	5,5	7,1	6,9	7,5	8,5
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	30,6	26,4	19,6	19,7	29,1	25,5	37,5	45,9
50	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	2,0	5,6	4,5	2,3	4,4	2,1	2,7	6,9
70	Fertigteilbauten im Hochbau	–	–	0	–	0	0	0	0
	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	**86,2**	**77,7**	**77,4**	**97,9**	**92,1**	**92,4**	**109,9**	**148,0**
39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, etc.	0,9	0,7	0,6	1,3	0,9	1,2	2,5	3,3
51	Feinkeramische Erzeugnisse	0,7	0,5	0,3	1,3	1,0	0,4	0,5	0,5
52	Glas und Glaswaren	12,2	5,6	4,8	6,2	5,7	6,2	4,3	4,9
54	Holzwaren	0,3	0,3	0,4	0,6	0,8	2,2	3,1	9,0
56	Papier- und Pappewaren	6,3	7,4	6,1	9,4	12,2	8,4	8,5	12,5
57	Druckerzeugnisse, Vervielfältigungen	1,9	1,4	1,6	2,1	2,0	2,1	2,8	7,3
58	Kunststofferzeugnisse	10,1	11,1	12,8	15,2	18,7	14,1	20,7	27,1
61	Leder	3,3	1,8	3,2	5,1	3,2	3,1	5,0	8,5
621	Lederwaren (einschl. Reiseartikel)	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,3	0,3	0,5
625	Schuhe	0	0,2	0	0	0,1	0,4	0,4	0,7
63	Textilien	47,9	45,8	45,1	52,2	44,0	50,2	57,9	67,0
64	Bekleidung	2,4	2,9	2,5	4,2	3,4	3,9	3,8	6,7
	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	**11,4**	**14,0**	**10,4**	**12,8**	**12,9**	**17,1**	**18,4**	**22,7**
68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	11,4	14,0	10,4	12,8	12,9	17,1	18,4	22,7
69	Tabakwaren	1–	–	0	–	0	0	0	0
	Sonstige Waren	**10,4**	**6,5**	**14,7**	**12,4**	**26,0**	**6,6**	**20,1**	**9,8**
	Insgesamt	**959,8**	**832,4**	**800,1**	**748,6**	**924,5**	**763,9**	**774,5**	**908,4**

*) Spezialhandel

Einfuhr*) Nordrhein-Westfalens aus Ungarn 1985 – 1992
nach Gütergruppen des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistik
Mill. DM

Güter-gruppe, -zweig	Güterbezeichnung	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	**30,2**	**17,9**	**21,9**	**20,1**	**28,7**	**24,8**	**39,1**	**26,9**
	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	**0**	**–**	**–**	**0**	**–**	**–**	**–**	**–**
	Bergbauliche Erzeugnisse	**–**	**–**	**0**	**–**	**0,1**	**0**	**–**	**0**
211	Kohle, Briketts, Koks, Rohteer	–	–	–	–	0,1	–	–	0
212	Erdöl, Erdgas, Bitume, Gesteine	–	–	–	–	–	–	–	–
213	Eisenerze	–	–	–	–	–	–	–	–
214	NE-Metallerze und Schwefelkies	–	–	0	–	–	0	–	–
215	Kalisalze und Rohphosphate	–	–	–	–	–	–	–	–
216	Stein-, Hütten- und Salinensalz	–	–	–	–	–	–	–	–
217	Fluß- und Schwerspat, Graphit etc.	–	–	–	–	–	–	–	–
218	Torf	–	–	–	–	–	–	–	0
	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	**162,2**	**98,2**	**97,1**	**105,1**	**140,3**	**179,9**	**140,9**	**168,7**
22	Mineralölerzeugnisse	28,5	7,0	6,2	5,6	8,6	19,3	10,6	7,8
24	Spalt- und Brutstoffe	0	–	–	–	–	–	–	–
25	Steine und Erden, Asbestwaren etc.	1,4	1,6	1,4	3,0	3,3	3,4	2,9	5,0
27	Eisen und Stahl	12,7	8,7	9,0	14,7	21,8	28,6	14,9	23,8
28	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	53,4	33,2	35,7	37,7	49,5	51,3	42,8	63,4
291	Eisen-, Stahl- und Temperguß	0,9	1,9	0,7	1,1	1,9	2,8	3,2	2,8
295	NE-Metallformguß	1,3	1,2	1,6	2,4	3,3	3,6	2,8	3,5
301	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	0,8	2,3	3,2	4,1	3,0	4,6	3,2	3,5
40	Chemische Erzeugnisse	56,9	36,3	33,9	28,8	37,6	51,2	47,5	44,5
53	Schnittholz, Sperrholz und anderes bearbeitetes Holz	0,8	0,5	0,7	0,6	1,3	1,4	0,9	2,7
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	0	0,7	1,1	1,6	2,5	1,9	2,2	2,0
59	Gummiwaren	5,4	4,8	3,5	5,3	7,5	11,9	10,0	9,7
	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	**114,6**	**131,2**	**132,0**	**147,2**	**170,5**	**200,2**	**255,5**	**331,0**
302	Erzeugnisse der Stahlverformung	5,2	6,4	4,7	8,6	9,5	11,9	23,6	57,0
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	2,6	3,1	14,0	5,8	7,8	14,2	20,7	25,3
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	68,8	80,0	63,3	65,5	78,8	88,2	98,5	84,8
33	Straßenfahrzeuge	0,5	0,8	2,2	5,3	7,0	12,0	23,2	58,8
34	Wasserfahrzeuge	–	–	–	–	–	–	0	–
35	Luft- und Raumfahrzeuge	–	–	–	0	0	0	0,5	0,4
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	21,5	23,4	28,5	43,4	49,6	51,8	49,7	58,7
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1,1	1,1	0,6	1,7	1,1	0,7	0,9	1,9
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	12,4	14,0	15,8	14,3	14,8	17,8	33,1	41,6
50	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	2,5	2,3	2,5	2,4	2,0	3,1	4,9	2,4
70	Fertigteilbauten im Hochbau	0	0,2	0,5	0	–	0,3	0,3	0,1
	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	**133,0**	**129,8**	**141,1**	**150,6**	**164,4**	**197,3**	**256,7**	**289,8**
39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, etc.	1,5	1,5	1,8	1,4	1,4	1,7	2,9	2,8
51	Feinkeramische Erzeugnisse	1,2	1,1	0,9	0,7	0,7	2,1	2,5	2,2
52	Glas und Glaswaren	5,7	5,9	4,1	4,5	3,6	7,7	13,1	17,7
54	Holzwaren	19,1	21,9	29,0	30,9	29,7	34,2	54,2	58,5
56	Papier- und Pappewaren	0,1	0,2	0,2	0,4	1,0	0,8	0,9	1,9
57	Druckerzeugnisse, Vervielfältigungen	2,2	2,9	3,1	4,2	4,0	5,5	6,0	4,3
58	Kunststofferzeugnisse	2,4	4,1	3,6	3,5	6,9	8,3	13,2	15,4
61	Leder	0,4	1,0	0,9	0,7	2,5	7,7	5,3	8,0
621	Lederwaren (einschl. Reiseartikel)	1,8	3,1	4,3	4,7	2,2	2,9	3,7	4,3
625	Schuhe	12,5	8,9	13,1	6,0	7,5	9,2	16,7	14,1
63	Textilien	18,7	19,8	22,2	26,9	25,4	30,6	38,3	31,6
64	Bekleidung	67,3	59,4	58,0	66,7	79,7	86,6	99,9	129,0
	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	**76,1**	**59,9**	**65,0**	**69,5**	**88,2**	**86,8**	**124,1**	**117,9**
68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	76,1	59,9	65,0	69,5	88,2	86,8	124,1	117,9
69	Tabakwaren	–	–	–	–	–	–	–	–
	Sonstige Waren	**0,3**	**0,5**	**0,3**	**0,3**	**0,4**	**0,1**	**2,7**	**0,3**
	Insgesamt	**516,5**	**437,5**	**457,5**	**492,7**	**592,7**	**689,1**	**818,9**	**934,6**

*) Generalhandel

Außenhandel der Länder in der Europäischen Gemeinschaft mit Ungarn 1985 – 1992
Mill. ECU

Land	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
				Ausfuhr				
Frankreich	210	178	190	189	236	237	260	274
Belgien und Luxemburg	80	85	113	109	166	128	145	205
Niederlande	130	143	156	159	184	170	203	242
Bundesrepublik Deutschland	1 328	1 352	1 398	1 331	1 765	1 642	2 061	2 325
darunter								
Nordrhein-Westfalen	431	391	386	361	447	372	378	450
Italien	300	264	264	269	342	409	491	628
Großbritannien	163	134	143	197	174	169	185	214
Irland	10	12	12	13	13	10	13	12
Dänemark	37	35	44	46	57	55	53	51
Griechenland	20	19	16	9	16	18	30	27
Portugal	5	4	7	6	6	5	4	7
Spanien	52	48	30	25	29	33	37	72
Insgesamt	**2 337**	**2 275**	**2 372**	**2 354**	**2 988**	**2 875**	**3 481**	**4 057**
				Einfuhr				
Frankreich	189	190	200	214	272	277	290	286
Belgien und Luxemburg	42	59	70	72	96	105	125	156
Niederlande	105	103	99	105	123	139	149	174
Bundesrepublik Deutschland	994	967	1 036	1 089	1 296	1 576	2 060	2 269
darunter								
Nordrhein-Westfalen	232	206	221	238	286	336	399	463
Italien	403	325	351	407	480	538	582	681
Großbritannien	144	116	128	160	170	161	155	167
Irland	3	4	4	4	5	5	4	4
Dänemark	50	45	39	37	33	41	38	39
Griechenland	43	35	43	34	63	48	76	44
Portugal	3	3	4	4	3	3	5	7
Spanien	15	18	23	31	47	41	49	75
Insgesamt	**1 993**	**1 866**	**1 996**	**2 158**	**2 587**	**2 934**	**3 532**	**3 901**
				Deckungsquote[1)]				
Frankreich	111	93	95	88	87	86	90	96
Belgien und Luxemburg	188	145	161	152	173	123	116	131
Niederlande	124	138	156	151	150	122	136	139
Bundesrepublik Deutschland	134	140	135	122	136	104	100	102
darunter								
Nordrhein-Westfalen	186	190	175	152	156	111	95	97
Italien	74	81	75	66	71	76	84	92
Großbritannien	113	115	112	123	102	105	120	128
Irland	307	278	341	359	287	177	342	314
Dänemark	74	79	113	125	173	135	139	130
Griechenland	47	54	38	26	25	37	39	62
Portugal	203	160	187	165	179	152	81	102
Spanien	346	261	131	80	62	80	75	97
Insgesamt	**117**	**122**	**119**	**109**	**115**	**98**	**99**	**104**

1) (Ausfuhr/Einfuhr) x 100

Dipl.-Soz. wiss. Iris Reinhard

Bilanz- und Haushaltsansatzstatistik – Zwei Statistiken nach dem neuen Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG)

Das neue Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG[1]), das am 24. Dezember 1992 verkündet wurde und in Kraft getreten ist, löst das Gesetz über die Finanzstatistik von 1973 und seine nachfolgenden Änderungen ab. Es ist Rechtsgrundlage für die Statistiken vom Erhebungsjahr 1993 an.

Während das Gesetz über die Finanzstatistik in der Vergangenheit lediglich durch Änderungsgesetze an neue Erfordernisse angepaßt wurde, sind die Änderungen und Ergänzungen diesmal derart umfangreich, daß das Gesetz vollständig novelliert wurde. Die grundlegende Überarbeitung wurde wegen der sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983[2] ergebenden datenschutzrechtlichen und verfassungsrechtlichen Anforderungen notwendig. Die in den letzten Jahren eingetretene Tendenz in der kommunalen Praxis, zunehmend Aufgaben aus den Haushalten auszulagern (sog. Budgetflüchtlinge), und die dadurch entstandene Erfassungslücke waren ebenfalls ausschlaggebend für die völlige Neukonzeption des Gesetzes.

Den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts-Urteils zum Volkszählungsgesetz und den Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes entsprechend, regelt das neue Gesetz auch die Erfassung der Hilfsmerkmale, legt u. a. die Auskunftspflicht und die Veröffentlichung fest und ändert Erhebungskatalog und Berichtskreis in weiten Teilen ab.

Das neue FPStatG hat sich bereits auf die im vergangenen Jahr durchgeführten Statistiken ausgewirkt. So wurde z. B. der Erhebungsumfang der Personalstandstatistik zum 30. 6. 1993 um einige wichtige besoldungs- und vergütungsrelevante Merkmale erweitert. Die bisherigen Erhebungsmerkmale wurden um die Dienst- oder Lebensaltersstufe, die Ortszuschlagsstufe und den Kinderanteil im Ortszuschlag sowie den Wohnort der Beamten ergänzt.

Die sog. Personalwechselstatistik, die die Personalzu- und -abgänge bei Bund, Ländern, Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbänden sowie den Krankenhäusern mit kaufmännischer Buchführung, wenn die öffentliche Hand Träger oder mit mehr als 50 v. H. des Nennkapitals beteiligt ist, erfaßte, ist entfallen. Dadurch wurde die Erweiterung der Versorgungsempfängerstatistik um eine Reihe von Erhebungsmerkmalen unumgänglich. Die Aufnahme zusätzlicher Merkmale bei der Versorgungsempfängerstatistik ist auch schon deshalb notwendig, weil die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zu Beginn jeder Legislaturperiode einen Bericht über das beamtenrechtliche Altersicherungssystem, der den Rentenversicherungsbericht ergänzen soll, vorlegen muß.

Haushaltsansatzstatistik

Die Novelle zum Finanz- und Personalstatistikgesetz sieht unter anderem vor, in Zukunft anstelle der kommunalen Finanzplanungsstatistik eine Haushaltsansatzstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände durchzuführen.

Die Kritik an der 1973 bundeseinheitlich eingeführten Finanzplanungsstatistik, ihre Daten hätten wegen Ungenauigkeiten nur eine eingeschränkte Aussagefähigkeit, ließ sich trotz langjähriger Bemühungen nicht ausräumen.

Ursächlich hierfür sind die systemimmanenten Schwächen, da es sich sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben um Planungsdaten handelt. So resultieren die veranschlagten Steuereinnahmen aus der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sich auf die Empfehlungen des Finanzplanungsrates und die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzung" stützen. Absehbare Entwicklungen wie z. B. Steuerrechtsänderungen können in die Planung einbezogen werden; unter- oder überproportionale Zuwächse oder unvorhersehbare Trendwendungen wie konjunkturelle Umschwünge sind dagegen nicht kalkulierbar.

Trotz der jährlich gemeinsam vom Innen- und Finanzministerium herausgegebenen Orientierungsdaten für die Finanzplanungen der Gemeinden/Gemeindeverbände (GV) des Landes NRW wird durch die Neigung der Gemeinden/GV, Ausgaben vorsichtshalber zu hoch und Einnahmen zu niedrig anzusetzen, die tatsächliche finanzwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen verzerrt.

Das Ziel der Finanzplanungsstatistik, einen zutreffenden Überblick über die Gestaltung der Ausgaben und der Einnahmeerwartungen der Gebietskörperschaften in der Planungsperiode zu gewinnen, konnte daher nicht realisiert werden.

Die Verpflichtung der Kommunen zur fünfjährigen Finanzplanung wird davon nicht berührt, da sie nicht aus statistischen Rechtsvorschriften resultiert, sondern als Ausfluß des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG) von 1969 im kommunalen Haushaltsrecht begründet ist.

Die Haushaltsansatzstatistik, die erstmals ab dem Berichtsjahr 1994 erstellt wird, umfaßt die Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern sowie die Kommunalverbände. Der Erhebungsaufwand wird durch die Ein-

1) BGBl. I S. 2119 vom 21. Dezember 1992
2) BVerfGE 65, 1

schränkung des Berichtskreises erheblich vermindert, ohne die Aussagefähigkeit der Ergebnisse stark einzuschränken, weil die Haushaltsstrukturen und die Haushaltsvolumen der kleineren Gemeinden im allgemeinen keine gravierenden Änderungen aufweisen. In NRW wirkt sich die Abschneidegrenze der Berichtspflichtigen überhaupt nicht aus, da hier keine Gemeinden unterhalb der 3 000-Einwohner-Grenze existieren.

Bei den in die Erhebung fallenden Gemeinden und Gemeindeverbänden werden jährlich die Haushaltsansätze, gegliedert nach Einnahme- und Ausgabearten entsprechend dem Gruppierungsplan der kommunalen Haushaltssystematik, sowie die Bauausgaben in der Untergliederung nach Aufgabenbereichen erfaßt. Die zuvor bei der kommunalen Finanzplanungsstatistik praktizierte Zusammenfassung von Merkmalen wird aufgegeben, stattdessen wird jedes Gruppierungsmerkmal einzeln erfaßt. Trotzdem verringert sich für die Gemeinden dadurch der zu betreibende Aufwand, da die einzelnen Positionen auch im Zusammenhang mit dem Vorbericht zum Haushaltsplan zu erarbeiten sind und übernommen werden können.

Der Erhebungsbogen zur Abfrage der Haushaltsansätze unterscheidet sich lediglich in zwei Einzelpositionen, den Gruppierungsziffern 47 und 85 (ansatzspezifische Gruppierungsziffern), von dem der vierteljährlichen Kassenstatistik, so daß auf das bestehende Schema, das nur leicht modifiziert werden muß, zurückgegriffen werden kann. Der Terminrahmen bleibt in Analogie zur Finanzplanungsstatistik bestehen. Im November 1993 wurden die Erhebungsbogen an die Berichtspflichtigen versandt. Spätester Rückgabetermin war der 15. 12. 1993. Nach einer im wesentlichen reibungslosen Erhebung und Erfassung der Daten wird z. Z. die Plausibilitätskontrolle durchgeführt.

Somit wird bei den Erhebungseinheiten der aktuellste und inhaltlich zuverlässigste Planungsstand erfaßt. Durch die planerisch für den Jahreszeitraum gut abschätzbaren Ausgabe- und Einnahmepositionen liefert die Haushaltsansatzstatistik wichtige Informationen zur Beurteilung der gemeindlichen Haushaltslage. Darüber hinaus wird durch die einheitliche Anwendung des Gruppierungsplans für die kommunalen Haushalte die Vergleichbarkeit mit anderen Finanzstatistiken und die statistische Berichterstattung erleichert.

Bilanzstatistik

Das abgelöste Gesetz über die Finanzstatistik beschränkte sich im Bereich der staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen auf die statistische Erfassung der Finanzwirtschaft der Bereiche Versorgung, Entsorgung und Verkehr, die nach Eigenbetriebsrecht geführt werden oder rechtlich selbständig sind, sowie der Krankenhäuser mit kaufmännischer Buchführung, wenn die öffentliche Hand Träger oder mit mehr als 50 v. H. des Nennkapitals an diesen beteiligt ist. In den letzten Jahren hat sich in der kommunalen Praxis der Trend ergeben, daß die Gemeinden immer mehr Aufgaben oder Einrichtungen auch anderer Bereiche aus ihren Haushalten ausgliedern. Bei der finanzstatistischen Darstellung und Auswertung entstanden durch diese verwaltungsorganisatorischen Änderungen einerseits und die Beschränkung der Erfassung von Unternehmen und Einrichtungen auf bestimmte Bereiche andererseits zunehmend Lücken. Der grundlegenden Aufgabe der Finanzstatistik, einen Überblick über die öffentliche Wirtschaft und eine lückenlose Darstellung der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten, um die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger umfassend über die gesamte öffentliche Finanzlage zu unterrichten, konnte nach alter Rechtslage nicht mehr Rechnung getragen werden.

Diese Bereichseinschränkung ist durch das neue FPStatG aufgehoben worden. Es schafft die Voraussetzung, alle staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, für die Sonderrechnungen geführt oder die in rechtlich selbständiger Form betrieben werden, wenn sie sich unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. des Nennkapitals oder des Stimmrechts in öffentlicher Hand befinden, in die finanzstatistische Darstellung zu integrieren und damit die vollständige Erfassung der öffentlichen Finanzen zu ermöglichen.

Die Statistik erfaßt gem. § 3 Nr. 7 FPStatG jährlich die Daten der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, des Anlagennachweises sowie der Behandlung der Jahresergebnisse oder die Ist-Einnahme und Ist-Ausgabe nach Arten sowie Aufgabenbereichen, wenn die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder oder der Gemeinden und Gemeindeverbände angewandt wird. Die Bilanz beinhaltet nur Bestandsgrößen, die Gewinn- und Verlustrechnung gibt dagegen Veränderungen des Vermögens durch Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen wieder. Als zusätzliche Erhebungsmerkmale werden bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, die in rechtlich selbständiger Form geführt werden, Name und Anschrift der unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Anteilseigner und deren Anteil am Nennkapital oder Stimmrecht erhoben. Auskunftspflichtig sind die jeweiligen Leiter oder die Träger der Erhebungseinheiten.

Soweit es sich bei den Erhebungseinheiten um Bundesunternehmen (rechtlich unselbständige Fonds und Einrichtungen des Bundes) bzw. Einrichtungen, an denen der Bund unmittelbar oder mittelbar mit mehr als

50 v. H. des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt ist, handelt, werden die Finanzstatistiken zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet. Erfassung und Aufbereitung der Finanzen aller übrigen Erhebungseinheiten obliegen danach grundsätzlich den statistischen Landesämtern.

Die Erfassung der Adressen aller Einrichtungen, Fonds und Unternehmen, an denen die Gemeinden/GV und Zweckverbände beteiligt sind, ist von den jeweiligen statistischen Landesämtern weitgehend abgeschlossen. In NRW existieren ca. 1 800 aus den Haushalten ausgegliederte Einrichtungen. Schwierigkeiten bereitet die Feststellung der notwendigen Beteiligungsmehrheit aller öffentlichen Haushalte. Vor allem bei gemischten Beteiligungsverhältnissen von verschiedenen öffentlichen Haushalten oder auch zusammen mit Privaten ergeben sich Zuordnungsprobleme. Um eine eventuelle Beteiligungsmehrheit der öffentlichen Hand zu erkennen, werden zunächst die unmittelbaren Beteiligungen von Bund, Ländern, Gemeinden/GV und Zweckverbänden festgehalten. Ist die unmittelbare Beteiligung größer als 50 Prozent, so sind die Fonds, Einrichtungen und Unternehmen berichtspflichtig. Ist die unmittelbare Beteiligung kleiner oder gleich 50 Prozent, muß untersucht werden, ob mittelbare Beteiligungen vorliegen, die zusammen mit der unmittelbaren Minderheitsbeteiligung mehr als 50 v. H. des Nennkapitals oder des Stimmrechts ergeben. Hierzu soll neben der Adreß- eine Beteiligungsdatei erstellt werden, in der alle Beteiligungsverhältnisse der auskunfts- und berichtspflichtigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen gespeichert sind. Hat die unmittelbare und mittelbare öffentliche Beteiligung zusammen einen Prozentsatz von 50 überschritten, besteht Berichtspflicht.

Ausblick

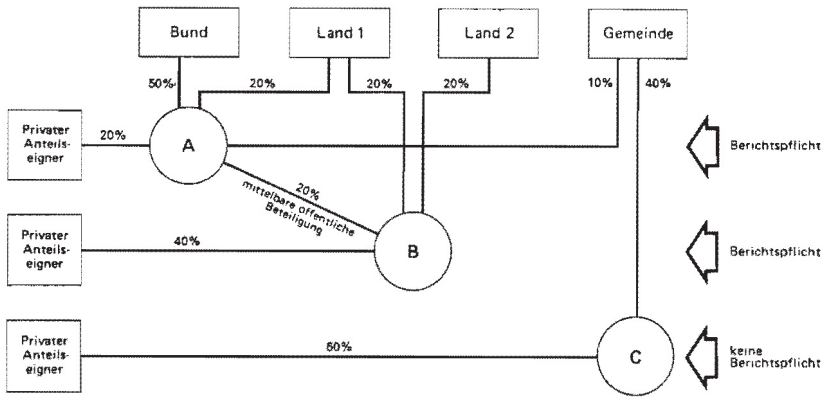
In den kommenden Berichtsjahren muß der maschinellen Datenaufbereitung die regelmäßige Aktualisierung des Berichtskreises, d. h. die Neuaufnahme von berichtspflichtig werdenden und die Streichung nicht mehr berichtspflichtiger Einrichtungen, Fonds und Unternehmen, vorausgehen.

Das Statistische Bundesamt hat den statistischen Landesämtern bereits die abgestimmte endgültige Fassung des Erhebungsprogramms zur Verfügung gestellt. Der Versand der Erhebungsbogen ist für Juli 1994 geplant.

Die Aufbereitung der bilanzstatistischen Daten erfolgt mit bundeseinheitlichen Programmen.

Ein einheitliches Mindestveröffentlichungsprogramm auf Bundes- und Landesebene, das nicht zuletzt aus der Sicht der Konsumenten wünschenswert wäre, wird angestrebt. ■

Ermittlung der öffentlichen Beteiligungsmehrheit



Industrieproduktion im Dezember 1993

Die Produktion der nordrhein-westfälischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau) erreichte im Dezember 1993 in etwa das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Diese Entwicklung beruhte einerseits auf den Produktionssteigerungen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+6 %), an denen die chemische Industrie maßgeblichen Anteil hatte. Gleichzeitig verzeichnete das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe einen Anstieg um 1 %. Demgegenüber mußten im Verbrauchsgütergewerbe und im Investitionsgütergewerbe Produktionseinbußen von 3 bzw. 4 % gegenüber Dezember 1992 hingenommen werden.

Auftragseingänge in der Industrie im Dezember 1993

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie waren im Dezember 1993 um 1 % höher als ein Jahr zuvor. Die rückläufige Inlandsnachfrage (−2 %) wurde durch den starken Anstieg der Auslandsaufträge (+8 %) mehr als ausgeglichen.

Die positive Entwicklung wurde dabei vor allem vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+5 %) getragen. Hier wurde sowohl für die inländischen (+1 %) als auch für die ausländischen Orders (+10 %) ein Anstieg festgestellt. Im Verbrauchsgütergewerbe war ein Plus von 1 % (Inland −1 %, Ausland +8 %) zu verzeichnen. Dagegen konnte im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (−1 %) die Zunahme der Auslandsorders (+6 %) die negative Entwicklung der Inlandsnachfrage (−5 %) nicht kompensieren.

Bruttoinlandsprodukt 1993

Das nordrhein-westfälische Bruttoinlandsprodukt, das ist der Wert der im Lande produzierten Waren und Dienstleistungen, belief sich 1993 nach ersten vorläufigen Schätzungen auf 710 Milliarden DM. Damit war es nominal um 1,0 % höher als 1992; preisbereinigt sank es dagegen um 2,1 %. Im Durchschnitt der alten Bundesländer lagen die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts nach Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" bei +1,4 % (nominal) bzw. −1,9 % (real). Schätzungen für die neuen Bundesländer liegen noch nicht vor.

Wachstumseinbrüche gab es in NRW im Produzierenden Gewerbe sowie im Handel. Stark betroffen waren neben Kohle und Stahl auch andere strukturbestimmende Branchen, wie die chemische Industrie, der Maschinenbau und der Kraftfahrzeugbau. Auch im Baugewerbe, das 1992 noch zu den Wachstumsträgern gehört hatte, verlief die konjunkturelle Entwicklung weniger günstig.

Die ungünstige Wirtschaftslage führte zu einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 1,8 %. Dementsprechend verminderte sich die Arbeitsproduktivität, die sich im realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ausdrückt, leicht um 0,3 %. Je Erwerbstätigen wurde 1993 durchschnittlich ein (nominales) Bruttoinlandsprodukt von 96 000 DM erwirtschaftet.

Bundesland	Bruttoinlandsprodukt 1993[1]	
	nominal (in jeweiligen Preisen)	real (in jeweiligen Preisen)
	Veränderung gegenüber 1992 in %	
Schleswig-Holstein	+3,2	−0,2
Hamburg	+3,6	−0,1
Niedersachsen	+0,9	−2,2
Bremen	+0,5	−2,6
Nordrhein-Westfalen	**+1,0**	**−2,1**
Hessen	+2,6	−1,1
Rheinland-Pfalz	+0,7	−2,2
Baden-Württemberg	+0,4	−2,8
Bayern	+2,0	−1,4
Saarland	+0,4	−2,6
Berlin (West)	+0,7	−2,5
Alte Bundesländer zusammen	+1,4	−1,9

1) Schätzungen des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Januar – November 1993

Die nordrhein-westfälischen Beherbergungsbetriebe (mit mindestens neun Gästebetten) konnten von Januar bis November 1993 10,8 Millionen Gäste begrüßen, die es zusammen auf 33,1 Millionen Übernachtungen brachten. Im Vergleich zu den ersten elf Monaten 1992 ging damit die Zahl der Gäste um 2,6 % und die der Übernachtungen um 2,4 % zurück.

Für die einzelnen Fremdenverkehrsgebiete des Landes ergaben sich recht unterschiedliche Resultate: Während die Region „Münsterland" nochmals eine Zunahme um 3,6 % auf 2,3 Millionen Übernachtungen verzeichnen konnte, wurden für die Regionen „Wittgensteiner Land" (0,74 Millionen), „Westfälisches Ruhrgebiet" (2,0 Millionen) sowie „Eifel" (2,4 Millionen) Ergebnisse auf Vorjahresniveau ermittelt. Rückläufige Übernachtungszahlen ergaben sich für die Regionen „Niederrhein-Ruhrland" (−1,4 % auf 7,1 Millionen), „Sauerland" (−2,7 % auf 5,8 Millionen), „Siebengebirge" (−2,8 % auf 2,1 Millionen), „Teutoburger Wald" (−3,7 % auf 8,1 Millionen), „Bergisches Land" (−7,9 % auf 2,3 Millionen) und „Siegerland" (−10,6 % auf 0,34 Millionen).

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe am 30. Juni 1993

Knapp 240 000 Personen waren Mitte 1993 in den 15 300 Betrieben des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes beschäftigt. Damit ging die Zahl der Betriebe gegenüber dem Vorjahr nur leicht zurück (−100 Betriebe), und auch die Beschäftigtenabnahme hielt sich in Grenzen (−875 Personen). Zwar ergaben sich größere Arbeitsplatzverluste im Bereich des Tiefbaus und des Spezialbaus, diese wurden jedoch durch Zunahmen im Bereich des Hochbaus, des Stukkateurgewerbes und der Zimmereien und Dachdeckereien teilweise ausgeglichen.

Zur Zeit zeigen die Beschäftigtenzahlen im Bauhauptgewerbe wieder leicht nach oben: So lag die Zahl der tätigen Personen hier im Oktober um 1 300 höher als im Juni.

NRW-Fläche am 1. Januar 1993 nach Nutzungsarten

Über die Hälfte der Fläche Nordrhein-Westfalens, das bevölkerungsreichstes, aber mit 34 072 Quadratkilometern (nach Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg) nur viertgrößtes deutsches Bundesland ist, wird landwirtschaftlich genutzt. Eine Auswertung der Daten in den Katasterämtern NRWs nach den dort verzeichneten Nutzungsarten ergab zum Stand 1. 1. 1993 für die Landwirtschaftsfläche eine Größe von 17 905 km², 228 km² weniger als vier Jahre zuvor.

Zugenommen hat dagegen die Siedlungs- und Verkehrsfläche (+187 km² auf 6 677 km²), zu der die Gebäudefläche (einschl. der ihr zugeordneten Freifläche), die Betriebsfläche (ohne Abbauland), die Erholungsfläche, die Verkehrsfläche und die Friedhofsfläche gehören. Dabei wuchs die Gebäude- und Freifläche von 1989 bis 1993 um 111 km² auf 3 856 km², diese Zunahme übertrifft noch die Größe der Stadt Gelsenkirchen (105 km²). Die Verkehrsfläche nahm um 40 km² auf 2 194 km² zu.

Professor Dr. Wolfgang Gerß

Das Bruttoinlandsprodukt in den Regionen der Europäischen Union

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Daten von EUROSTAT – dem statistischen Amt der Europäischen Union (EU) – über die Regionen aller Mitgliedstaaten der EU für das Berichtsjahr 1991. Dieses Jahr hat dadurch besondere Bedeutung, daß im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erstmalig Daten für die ostdeutschen Bundesländer in den europaweiten Vergleich einbezogen werden können. Die Daten wurden von EUROSTAT vorab zur Verfügung gestellt; die Veröffentlichung erfolgt jeweils zwei Jahre nach Abschluß des Berichtsjahres in der Reihe „EUROSTAT Schnellberichte Regionen" und drei bis vier Jahre nach Abschluß des Berichtsjahres in der Reihe „EUROSTAT Regionen Statistisches Jahrbuch". Von den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird hier ausschließlich das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP) verwendet. Das BIP ist ein Maß für die innerhalb eines Gebietes erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung. Entsprechend der bei den Datenkonsumenten – und teilweise auch bei den Datenproduzenten – der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen üblichen Geflogenheit verwendet EUROSTAT den Quotienten „BIP je Einwohner", um den wirtschaftlichen Entwicklungsstand interregional zu vergleichen. Dem BIP liegt das sog. Inlandskonzept, d. h. das Arbeitsortprinzip, der Einwohnerzahl dagegen das Wohnortprinzip zugrunde. Die Komponenten des Zählers des Quotienten werden daher möglicherweise regional anders zugeordnet als die Komponenten des Nenners. Auf dieses Problem wird hier nicht näher eingegangen. Im übrigen enthält das BIP außer der in der Regel mit hinreichender Genauigkeit regional zu berechnenden Bruttowertschöpfung auch die kaum fundiert regionalisierbaren Positionen „nichtabziehbare Umsatzsteuer" und „Einfuhrabgaben". Auch dieses von EUROSTAT nicht angesprochene Problem wird hier nicht erörtert.

Die von den zentralen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten nach dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen"[1] ermittelten nationalen Werte des BIP in nationalen Währungseinheiten werden von EUROSTAT für internationale Vergleiche in „Europäische Währungseinheiten" (ECU) und in „Kaufkraftstandards" (KKS) umgerechnet. Der ECU-Bewertung liegen Wechselkurse, der KKS-Bewertung Einheiten gleicher Kaufkraft zugrunde. Die nationalen BIP-Werte je Mitgliedstaat werden anhand der neuesten Daten über die regionale Struktur der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten – abweichend davon für Portugal nach der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen – schätzungsweise auf die einzelnen Regionen der Mitgliedstaaten verteilt. Dieser Regionalschlüssel ist bei der Veröffentlichung in den Schnellberichten in der Regel für Frankreich, Italien und die Niederlande ein Jahr und für Belgien, Deutschland, Griechenland und Portugal zwei Jahre älter als das jeweils angegebene BIP-Berichtsjahr; nur für Spanien und das Vereinigte Königreich – für die verbleibenden Mitgliedstaaten Dänemark, Irland und Luxemburg entfällt im Rahmen dieser Abhandlung die Regionalisierung – beziehen sich die Regionalstruktur und das BIP im allgemeinen auf dasselbe Berichtsjahr. Diese von EUROSTAT gegebenen Hinweise zur Aktualität der Regionalstruktur[2] sind für Deutschland dahingehend zu ergänzen, daß nur die Daten für Gebietsteile von Bundesländern jeweils zwei Jahre „zu alt" sind, während die Daten für die Bundesländer selbst das Berichtsjahr des nationalen BIP betreffen. Das hier behandelte Jahr 1991 stellt allerdings in dem Sinne eine Besonderheit dar, daß der Regionalschlüssel für Deutschland zwar einerseits auch hier hinsichtlich seiner zeitlichen Vergleichbarkeit zum nationalen BIP in der beschriebenen Weise zweigeteilt ist, sich aber andererseits in den ostdeutschen Ländern auf die regionale Ebene „Bundesland insgesamt" beschränkt.

Die regionale Aufgliederung des Gesamtgebietes der Europäischen Union erfolgt nach der Systematik „NUTS" (nomenclature des unités territoriales statistiques)[3]. Dieses Verzeichnis territorialer Einheiten wurde vom statistischen Amt der EU zur europaweiten Präsentation regionalstatistischer Gemeinschaftsdaten aufgestellt. Darüber hinaus dient NUTS als Grundlage für die Bestimmung derjenigen Regionen, die als stagnierende bzw. schrumpfende Industriegebiete oder ländliche Gebiete in der Entwicklung zurückgeblieben sind und daher für die Wirtschaftsförderung der EU in Frage kommen. Die Aufstellung einer Gebietssystematik ist nach verschiedenen Grundsätzen möglich. Einerseits kann man die Gebietseinheiten nach vorgegebenen Bezirksgrenzen der öffentlichen Verwaltung bilden; andererseits kann man die Abgrenzung nach verschiedenen Zwecken der Datenanalyse ausrichten. Im zweiten Fall könnten entweder sich funktional ergänzende (komplementäre) oder strukturähnliche (homogene) Gebiete zu jeweils einer Region zusammengefaßt werden. Für wissenschaftliche Zwecke ist eine analytisch ausgerichtete Abgrenzung „nach Maß" in der Regel vorzuziehen, Restriktionen der Datenbeschaffung – insbesondere in der amtlichen Statistik – erzwingen jedoch häufig die Beschränkung auf Verwaltungsgrenzen. Die Verwendung von Verwaltungsbezirken als Regionen ist außer-

1) Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Zweite Auflage, Brüssel-Luxemburg 1985.

2) Vgl. EUROSTAT: Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Regionen der Gemeinschaft 1990. Schnellberichte Regionen 1993/1, S. 8. Luxemburg 1993.

3) Vgl. EUROSTAT. Regions-Nomenclature of territorial units for statistics (N U T S) Luxemburg 1990

dem dann sinnvoll, wenn den in der bzw. für die Region tätigen regionalpolitischen Institutionen das dazu notwendige Datenmaterial bereitgestellt werden soll. Da der letztgenannte Gesichtspunkt bei der Statistik der EU im Vordergrund steht, beruht NUTS grundsätzlich auf Gebietseinheiten mit Verwaltungsbezirkscharakter. Derartige Bezirke unterhalb der territorialen Ebene der Mitgliedstaaten sind in Deutschland die Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden, von denen allerdings nur die ersten drei Einheiten in NUTS enthalten sind. Dementsprechend verwendet NUTS grundsätzlich für jeden Mitgliedstaat gesondert eine sich über drei regionale Ebenen erstrekkende hierarchische Klassifikation.

Diese Ebenen werden als NUTS I, NUTS II und NUTS III bezeichnet. In Deutschland stehen mit den Bundesländern (NUTS I), Regierungsbezirken (NUTS II) und Kreisen (NUTS III) Verwaltungsbezirke direkt als statistische Gebietseinheiten zur Verfügung. In anderen Mitgliedstaaten gibt es oberhalb der Ebene der Gemeinden nur zwei Typen von innerstaatlichen Verwaltungsbezirken; d. h. daß hier für statistische Zwecke eine zusätzliche Ebene geschaffen werden muß. Diese zusätzliche Ebene entspricht einer unbedeutenden oder gar nicht vorhandenen Verwaltungsstruktur; ihre Konstruktion ist in den einzelnen Mitgliedstaaten verschieden. Entsprechend dem hierarchischen Gliederungsprinzip teilt NUTS die Fläche jedes Mitgliedstaates vollständig in eine Anzahl Regionen I, jede Region I vollständig in eine Anzahl Regionen II und jede Region II vollständig in eine Anzahl Regionen III auf. Von der streng hierarchischen Klassifikation gibt es nur in Belgien eine Ausnahme; hier gilt Brüssel als Region I und gleichzeitig als Teil einer Region II (Provinz Brabant). Die Drei-Ebenen-Gliederung wird vollständig für die Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Spanien und Vereinigtes Königreich angewendet. Dänemark und Irland werden nur einfach in Gebietsteile gegliedert, die als Regionen III gezählt werden; d. h. das gesamte Staatsgebiet gilt hier im europäischen Vergleich auch als Region, und zwar sowohl auf der Ebene I als auch auf der Ebene II. Bei Luxemburg wird auf eine Aufgliederung ganz verzichtet; dieser Mitgliedstaat gilt je nach der in Frage kommenden Ebene des Regionalvergleichs als Region I, II oder III.

Für den regionalen Vergleich wäre es wünschenswert, wenn die auf jeweils einer Ebene gebildeten Regionen nach den als relevant angesehenen Merkmalen über alle Mitgliedstaaten ungefähr dieselbe Größe hätten. Dieses Ziel wird bei weitem nicht erreicht. Jede Ebene enthält Regionen, die sich nach Flächengröße, Bevölkerung, Wirtschaftskraft und anderen Merkmalen zum Teil sehr stark voneinander unterscheiden. Von den Regionen der Ebene I hat Centro Espagnol (Spanien) mit 215 025 km² die größte Fläche[4]. Die flächenkleinste Region dieser Ebene ist Bruxelles (Belgien) mit 161 km². Auf der Ebene II weist Castilla-Len (Spanien) mit 94 193 km² die größte Fläche auf. Hier ist Ceuta y Melilla (Spanien) mit 31 km² am kleinsten. Nach der Bevölkerung (Jahresdurchschnitt1991) ist South-East (Vereinigtes Königreich) mit 17,504 Mill. die größte Region I. Als kleinste Region I gilt hier der EU-Mitgliedstaat Luxembourg (Grand-Duch) mit 0,387 Mill. Einwohnern. Die bevölkerungsreichste Region II ist Ile de France (Frankreich) mit 10,686 Mill.; dieses Gebiet ist gleichzeitig eine Region I. Von den Regionen II hat Guyane (Frankreich) mit 0,111 Mill. die kleinste Einwohnerzahl. Wenn man diesen und die anderen zur EU gehörenden überseeischen Teile Frankreichs ausschließt, ergibt sich als nach der Einwohnerzahl kleinste Region Valle d' Aosta (Italien) mit 0,116 Mill. Das BIP je Einwohner erreichte im Jahr 1991 unter allen europäischen Regionen I in Deutschland sowohl das Maximum (Hamburg 33 943 ECU) als auch das Minimum (Thüringen 4 867 ECU). Da die deutschen Stadtstaaten auch als Regionen II gelten, steht Hamburg auch auf dieser Ebene nach dem BIP je Einwohner an der Spitze. Der kleinste Wert des BIP je Einwohner ergibt sich auf der Ebene II für Alentejo (Portugal) mit 3 494 ECU. Auf die Sonderstellung Hamburgs wird in den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der EU ausdrücklich hingewiesen; danach werde wegen der großen Zahl von Einpendlern – also Personen, die im Umland wohnen, aber zum BIP des Stadtstaates beitragen – die in Form des BIP je Einwohner gemessene Wirtschaftskraft dieser Region tendenziell überzeichnet[5]. Bei den Regionen III – die hier nicht behandelt werden – stellt das statistische Amt der EU die Ungleichheit zwischen Deutschland einerseits und den meisten anderen Mitgliedstaaten andererseits besonders heraus. Die Anzahl der deutschen Regionen III beträgt ein Mehrfaches der entsprechenden Anzahl für jeden anderen großen Mitgliedstaat, obwohl diese zum Teil eine wesentlich größere Fläche haben als Deutschland.

Trotz des in den Größenunterschieden der Einheiten liegenden Mangels wird NUTS vielfältig angewendet, und zwar nicht nur als Bezugsrahmen für die Sammlung, Weiterentwicklung und Harmonisierung der europäischen Regionalstatistik, sondern auch für sozio-ökonomische Analysen der Regionen und für die Regionalpolitik der EU. Insbesondere das System der regionalen wirtschaftlichen Gesamtrechnungen der EU wur-

4) Vgl. EUROSTAT: Regionen - Statistisches Jahrbuch 1993, S. 2 - 10 Brüssel - Luxemburg 1993.

5) Vgl. EUROSTAT: Schnellberichte Regionen 1993/1, S. 8. Luxemburg 1993.

de auf der Basis von NUTS aufgestellt[6]. Den verschiedenen Typen von Regionen entsprechend liefert NUTS auch drei Analyseebenen. Die Regionen II gelten im allgemeinen als geeigneter Gebietsrahmen zur Analyse von Regionalproblemen aus nationaler Sicht und werden daher von den einzelnen Mitgliedstaaten oft für ihre Regionalpolitik verwendet. Die Regionen I bieten sich dagegen zur Analyse von typischen Regionalproblemen aus der Sicht der EU an. Mit NUTS I werden zum Beispiel die Auswirkungen der Zollunion und der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedstaaten auf Gebiete der höchsten Ebene unterhalb der nationalen Gebiete untersucht. Die Regionen III sind in der Regel zu klein für umfassende ökonomische Analysen; sie werden jedoch gelegentlich für punktuelle Diagnosen verwendet und können im übrigen dazu dienen, Datenlücken und damit die Notwendigkeit zum gezielten Ausbau der Regionalstatistik aufzuzeigen. Die bisher erwähnten Verwendungszwecke der drei Ebenen von NUTS gehen bereits auf die im Jahr 1961 von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel veranstaltete „Conference on Regional Economies" zurück. In den 80er Jahren wurden neue Ziele der Gemeinschaft festgelegt, vor allem die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Mitgliedstaaten durch den reformierten Strukturfonds. Für den Strukturfonds werden diejenigen Regionen, deren Entwicklung zurückbleibt, zunächst auf der Basis von NUTS II bestimmt. Die sich daraus ergebende Liste der zur Strukturförderung auszuwählenden bzw. nicht auszuwählenden Regionen deckt sich allerdings – mit wenigen Ausnahmen im Mittelmeergebiet – mit der Aufgliederung nach NUTS I. Für andere Ziele der Gemeinschaft werden die auszuwählenden Regionen nun auch auf der Basis von NUTS III bestimmt. Der Bericht über die soziale und wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Regionen der EU, den die Kommission aufgrund einer Richtlinie aus dem Jahr 1988 in dreijährigen Abständen vorzulegen hat, wird bisher hauptsächlich auf der Ebene NUTS II erstellt.

Die zwölf Mitgliedstaaten der EU haben zusammen eine Fläche von 2 361 020 km²; für das Jahr 1991 ergibt sich eine Bevölkerung von 344,7 Mill. und ein Bruttoinlandsprodukt von 5 172,4 Mrd. ECU bzw. 5 166,9 Mrd. KKS. Die Anteile der einzelnen Staaten – sortiert nach ihrer Größe – an der Fläche der EU betragen: Frankreich 23,0 %; Spanien 21,4 %; Deutschland 15,1 %; Italien 12,8 %; Vereinigtes Königreich 10,3 %; Griechenland 5,6 %; Portugal 3,9 %; Irland 2,9 %; Dänemark 1,8 %; Niederlande 1,7 %; Belgien 1,3 %; Luxemburg 0,1 %. Die Anteile an der Bevölkerung weichen zum Teil deutlich von den Flächenanteilen ab. Höhere Anteile an der Bevölkerung als an der Fläche haben die Staaten Belgien (2,9 %), Deutschland (23,2 %), Italien (16,8 %), Niederlande (4,4 %) und Vereinigtes Königreich (16,7 %). Für Dänemark (1,5 %), Griechenland (2,9 %), Spanien (11,3 %), Frankreich (16,4 %), Irland (1,0 %) und Portugal (2,7 %) ist der Bevölkerungsanteil geringer als der Flächenanteil; für Luxemburg sind beide Anteile gleich hoch. Nach dem Bruttoinlandsprodukt ergeben sich wiederum andere Anteile als nach der Bevölkerung. Die Staaten Belgien (3,1 %), Dänemark (2,0 %), Deutschland (26,5 %), Frankreich (18,8 %), Italien (18,0 %) und Niederlande (4,5 %) sind am gemeinschaftlichen BIP – bewertet in ECU – stärker beteiligt als an der Bevölkerung; bei den Staaten Griechenland (1,1 %), Spanien (8,2 %), Irland (0,7 %), Portugal (1,1 %) und Vereinigtes Königreich (15,8 %) ist es umgekehrt. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft der nationalen Währungen führt dazu, daß das in KKS bewertete von dem in ECU bewerteten BIP abweicht. Durch den Übergang von der ECU-Bewertung auf die KKS-Bewertung ergibt sich für die Staaten Griechenland (1,5 %), Spanien (9,0 %), Frankreich (18,9 %), Portugal (1,6 %) und Vereinigtes Königreich (16,4 %) eine mehr oder weniger starke Erhöhung, für die Staaten Dänemark (1,7 %), Deutschland (24,5 %) und Italien (17,8 %) dagegen eine Verminderung ihres Anteils am BIP der EU, während die Anteile für Belgien (3,1 %), Irland (0,7 %) und die Niederlande (4,5 %) von der Änderung der Bewertung unberührt bleiben. Für den Kleinstaat Luxemburg gilt generell, daß dessen Beträge so gering sind, daß sie bei den hier verglichenen vier Merkmalen nach Rundung auf eine Nachkommastelle einheitlich mit dem Anteilswert 0,1 % anzugeben sind. Aus den unterschiedlichen Anteilen der Mitgliedstaaten am BIP im Vergleich zur Bevölkerung folgen teilweise sehr große Unterschiede in den Pro-Kopf-Beträgen des BIP je Einwohner. Für die EU beträgt das BIP je Einwohner 15 005 ECU bzw. 14 989 KKS. Diese beiden Pro-Kopf-Größen korrelieren über die zwölf Staaten zwar stark, aber keineswegs perfekt; der Korrelationskoeffizient hat den Wert +0,96. Auffallende Verschiebungen in der Reihenfolge der Mitgliedstaaten nach dem BIP je Einwohner ergeben sich beim Übergang von der ECU- auf die KKS-Bewertung vor allem für Deutschland (in ECU Rang 3, in KKS Rang 6) sowie für Belgien, Dänemark und Frankreich mit Verschiebungen um jeweils zwei Rangplätze. Im folgenden wird das BIP je Einwohner für jede Region I dem jeweiligen nationalen Durch-

6) Vgl. EUROSTAT: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen; Regionale Anwendung. Unveröffentlichtes Dokument, Luxemburg 1972.

schnitt und dem EU-Durchschnitt gegenübergestellt. Dabei beschränkt sich die Darstellung auf die KKS-Bewertung, die für die hier im Vordergrund stehenden internationalen Vergleiche im allgemeinen der ECU-Bewertung vorzuziehen ist. Zur Kurzbeschreibung der Regionen wird meist auf die von EUROSTAT veröffentlichte umfassende Dokumentation zurückgegriffen[7]. Neben der vollständigen Erwähnung der Regionen I wird summarisch oder in beispielhaften Einzelfällen auch auf die Regionen II Bezug genommen. Die Namen der Regionen werden in der jeweiligen Landessprache – für Griechenland in der von EUROSTAT verwendeten lateinischen Schreibweise[8] – wiedergegeben. Alle Zahlenwerte bedeuten „BIP (in KKS) je Einwohner in Prozenten des Durchschnitts der EU".

Drei Staaten sind auf den Ebenen I und II nicht in Regionen aufgegliedert: Luxemburg (131), Dänemark (111), Irland (72). Zur Kurzcharakterisierung sind für Luxemburg die niedrige Arbeitslosenquote und der hohe Grad der Ausländerbeschäftigung, für Dänemark die hohe Erwerbsquote der Frauen und für Irland die große Bedeutung der Landwirtschaft zu erwähnen. Auch für Portugal (60) liegen auf der Ebene I keine Regionaldaten vor; EUROSTAT weist nur für die Region Continente (60), dagegen nicht für die beiden Inselregionen Açores und Madeira das BIP aus. Von den Regionen II, aus denen sich Continente zusammensetzt, liegt nur die Region Lisboa e Vale do Tejo (82) über dem nationalen Durchschnitt. Dementsprechend ist Portugal durch den starken Gegensatz zwischen dieser Hauptstadtregion – die als „unkontrolliert expandierendes Entscheidungszentrum" beschrieben wird – und den anderen Regionen gekennzeichnet.

Unter den Mitgliedstaaten, für die auf der Ebene I regionale BIP-Daten vorliegen, fällt Griechenland (49) durch die verhältnismäßig einheitlichen Beträge aller Regionen I auf. Diese liegen alle erheblich unter den EU-Durchschnitt: Voreia Ellada (46); Kentriki Ellada (48); Attiki (55); Nisia Aigaiou, Kriti (44). Die zu Voreia Ellada gehörenden Regionen II liegen alle unter dem nationalen Durchschnitt und unterscheiden sich nach dem BIP nur sehr wenig voneinander. Von den zu Kentriki Ellada gehörenden Regionen II überschreitet nur eine – Sterea Ellada (60) – den nationalen Durchschnitt, allerdings beträchtlich. Attiki mit der Landeshauptstadt ist nicht in Regionen II aufgegliedert. Unter den Regionen II von Nisia Aigaiou, Kriti befindet sich diejenige mit dem landesweit niedrigsten Pro-Kopf-Betrag (Voreio Aigaio, 36). Für alle Regionen mit Ausnahme von Attiki ist der hohe Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft typisch. Von diesem Bild hebt sich die Hauptstadtregion – „hier lebt halb Griechenland„ – scharf ab.

Auch Spanien (80) überschreitet in keiner Region I den EU-Durchschnitt, erreicht ihn lediglich in einem Fall: Noroeste (66), Noreste (92), Madrid (100), Centro (65), Este (92), Sur (64), Canarias (79). In Noroeste liegen alle Regionen II unter dem nationalen Durchschnitt. Dieser wird dagegen in Noreste von allen Regionen II übertroffen. Madrid ist nicht in Regionen II aufgegliedert. Centro hat nur unter dem Landesdurchschnitt liegende Regionen II, von denen eine – Extremadura, 52 – den geringsten Pro-Kopf-Wert innerhalb des Landes aufweist. In Este liegt keine Region II unter dem Landesdurchschnitt; eine von ihnen – Baleares, 106 – erreicht den spanischen Spitzenwert. Alle Regionen II in Sur bleiben hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Canarias ist nicht weiter aufgegliedert. Von den Merkmalen, die die spanischen Regionen kennzeichnen, treten besonders die Konzentration der Wirtschaftstätigkeit auf die Küste (Noroeste, Este, Sur), die gelegentlich unzulängliche Verkehrsinfrastruktur (Noroeste, Noreste), das starke Gewicht des Fremdenverkehrs (Canarias, Sur, Este, Noroeste) und die teilweise sehr hohe Arbeitslosigkeit (Sur, Centro) hervor. Zur Region Este gehören schnell wachsende hochindustrialisierte Gebiete (Cataluña). Madrid ist ein „dynamisches Zentrum".

Im Vereinigten Königreich (98) liegen mit einer – allerdings sehr deutlichen – Ausnahme alle Regionen I unter dem EU-Durchschnitt: North (86), Yorkshire and Humberside (88), East Midlands (94), East Anglia (99), South-East (117), South-West (94), West Midlands (89), North-West (90), Wales (83), Scotland (94), Northern Ireland (74). Die letztgenannte Region, die nicht weiter aufgegliedert wird, hat auch im Vergleich mit den Regionen II einen extrem niedrigen Wert. Einige Regionen II übertreffen nicht nur den nationalen, sondern auch den EU-Durchschnitt. An erster Stelle steht hier die zu South-East gehörende Region Greater London (148). Auch die zu Scotland gehörende Region Grampian (119) fällt aus dem Rahmen. Von den weiteren Regionen II mit Beträgen über dem EU-Durchschnitt gehören zwei zur Hauptstadtregion South-East und je eine zu North, East Midlands, South-West und North-West. Außer Northern Ireland wird auch East Anglia nicht weiter aufgegliedert. Die Regionen North und Northern Ireland leiden unter hoher Arbeitslosigkeit. Yorkshire and Humberside ist die Hauptregion des britischen Kohlenbergbaus. Für East Midlands wird auf eine „solide industrielle Basis", für West Midlands auf „Wachstum durch Diversifizierung" hingewiesen. East Anglia wird als wachstumsstark, Wales als ländlich-industriell gemischt bezeichnet. South-East wird von der Weltstadt London dominiert. South-West ist ein Fremdenverkehrszentrum. North-West hat Strukturprobleme durch alte Industrien. Scotland ist reich an natürlichen Ressourcen und außerdem die Region der briti-

7) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, EUROSTAT: Porträt der Regionen; Bände 1 (Deutschland, Benelux, Dänemark), 2 (Frankreich, Vereinigtes Königreich, Irland), 3 (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland). Brüssel - Luxemburg 1993.

8) Siehe Fußnote 3.

schen Erdölförderung. Die Sonderstellung der Region II Grampian ist auf den Ölboom zurückzuführen.

In Frankreich (115) liegen einige Regionen I unter, einige über dem EU-Durchschnitt: Ile de France (172), Bassin parisien (105), Nord-Pas-de-Calais (93), Est (106), Ouest (97), Sud-Ouest (101), Centre-Est (110), Méditerranée (98). Die zu einer Region I zusammengefaßten Dpartements d'outre-mer (45) fallen dabei aus dem Rahmen. Ile de France und Nord-Pas-de-Calais werden nicht in Regionen II aufgegliedert. Der Spitzenwert der Hauptstadtregion Ile de France wird auch von den Regionen II bei weitem nicht erreicht, die außerdem mit Ausnahme der zu Est gehörenden Region Alsace (117) und der zu Bassin parisien gehörenden Region Champagne-Ardenne (115) alle unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Von den europäischen Regionen II hat Corse (83) – Teil von Méditerranée –, von den Dpartements d'outre-mer hat Guadeloupe (38) den niedrigsten Pro-Kopf-Wert. Ile de France ist führend im Dienstleistungssektor. Auch in der Region Méditerranée ist der Dienstleistungssektor stark, allerdings vor allem beschränkt auf den Fremdenverkehr; gleichzeitig herrscht hier hohe Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist auch in der Agrarregion Sud-Ouest teilweise beträchtlich. Die ebenfalls agrarisch strukturierte Region Ouest hat zum Teil erhebliche Wanderungsverluste zu verzeichnen; dies gilt auch für Centre-Est. Im Bassin parisien hat die Landwirtschaft vor allem durch den Weinbau eine Spitzenposition. Nord-Pas-de-Calais überwindet allmählich die schwere industrielle Vergangenheit. Est ist eine widersprüchliche Region, für die einerseits der Niedergang alter Industrien (Lorraine), andererseits die landesweit niedrigste Arbeitslosenquote (Alsace) berichtet wird. In den außereuropäischen Dpartements d'outre-mer ist hohe Arbeitslosigkeit mit Bevölkerungsexplosion kombiniert.

Die Niederlande (104) bestehen aus den vier Regionen I Noord (106), Oost (91), West (111) und Zuid (100). Alle sind in Regionen II aufgegliedert. In West-Nederland liegen sämtliche Regionen II über dem nationalen Druckschnitt, in Oost-Nederland liegen alle Regionen sowohl unter dem nationalen als auch unter dem EU-Durchschnitt. Regionen II mit extremen Pro-Kopf-Werten sind Groningen (140, zu Noord) und Flevoland (81, zu Oost). Auf die Besonderheiten dieser beiden Regionen wird in den EUROSTAT-Veröffentlichungen[9] ausdrücklich hingewiesen. Das BIP von Groningen steht unter dem Einfluß der Erdgasförderung. Viele Einwohner Flevolands haben ihren Arbeitsplatz außerhalb der Region und tragen dort zum BIP bei. Für die Region I Noord ist der zügige Wandel der Wirtschaftsstruktur kennzeichnend. Zuid ist industrieorientiert und weist einen starken Beschäftigungsanstieg auf. West wird als zentral gelegener vitaler Motor der Volkswirtschaft bezeichnet. Oost ist ein ländliches Gebiet, das seinen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Landesdurchschnitt tendenziell aufholt.

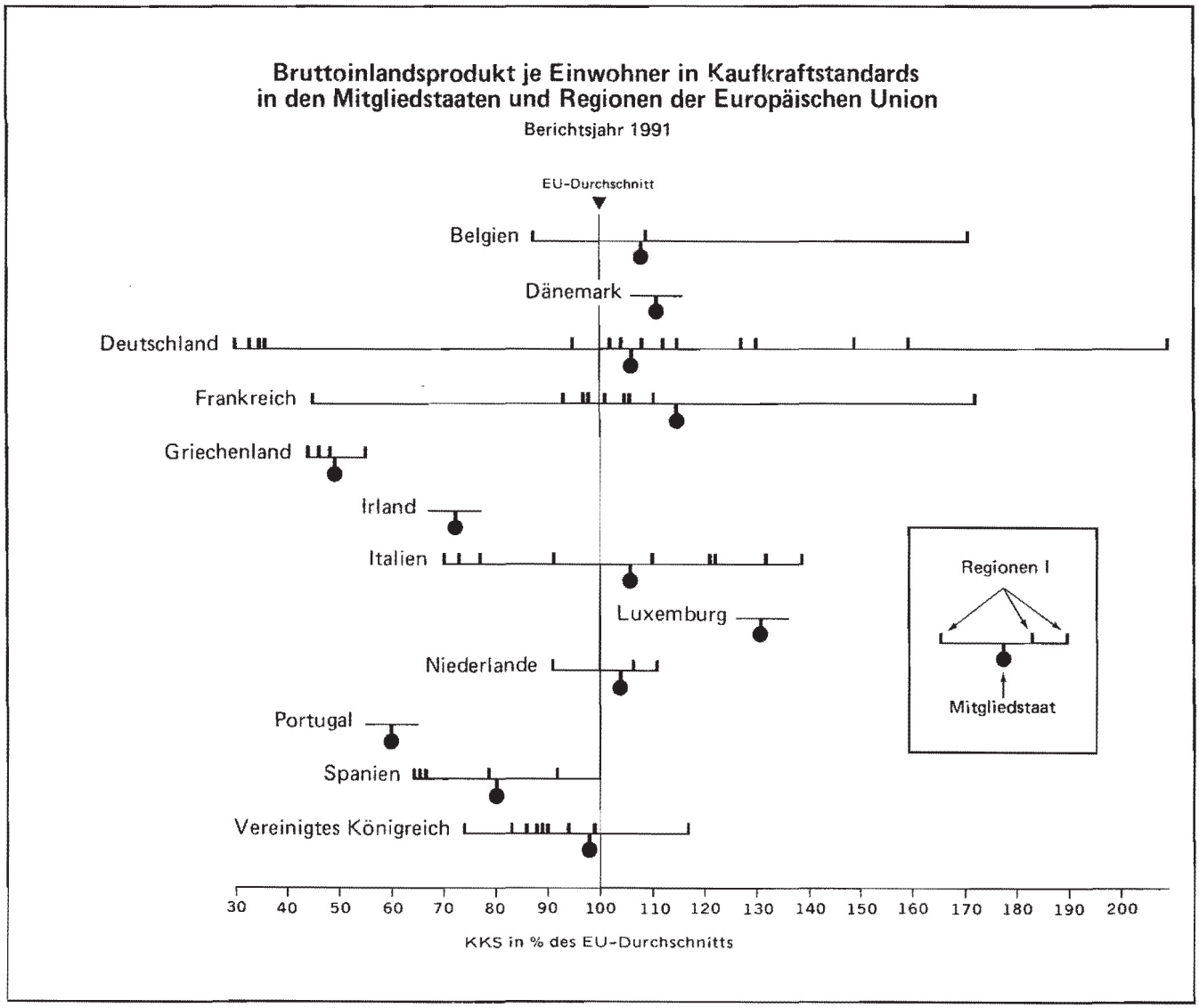
Belgien (108) setzt sich aus den drei Regionen I Vlaams Gewest (109), Rgion wallonne (87) und Bruxelles/Brussel (171) zusammen. Auf der Ebene II gibt es insgesamt neun Regionen. Deren Pro-Kopf-Werte streuen verhältnismäßig stark zwischen Antwerpen (130) und Hainaut (80). Fünf Regionen II liegen über dem EU-Durchschnitt, vier liegen darunter. Vlaams Gewest ist ein verstädtertes Gebiet mit einer auf den Außenhandel orientierten Wirtschaft. In der Rgion wallonne befindet sich die Wirtschaft im Strukturwandel. Für Bruxelles/Brussel wird die internationale Ausrichtung hervorgehoben.

Italien (106) weist ein krasses Gefälle von den nördlichen zu den südlichen Regionen auf. Über dem EU-Durchschnitt liegen die Regionen I Lombardia (139), Emilia-Romagna (132), Nord-Ovest (122), Nord-Est (122), Lazio (121) und Centro (110). Die anderen Regionen – Abruzzi-Molise (91), Sardegna (77), Campania (73), Sud (70), Sicilia (70) – liegen unter dem EU-Durchschnitt. Mehrere Regionen I (Lombardia, Emilia-Romagna, Lazio, Campania, Sicilia, Sardegna) sind nicht in Regionen II aufgeteilt. Alle zu Nord-Ovest und Nord-Est gehörenden Regionen II haben Pro-Kopf-Werte über dem nationalen und dem EU-Durchschnitt. Die zu Centro gehörenden Regionen II liegen ebenfalls über dem EU-Durchschnitt und mit einer Ausnahme auch über dem nationalen Durchschnitt. Abruzzi-Molise und Sud haben im nationalen und im EU-Vergleich nur erheblich unterdurchschnittliche Regionen II; der niedrigste Wert wird hier in der zu Sud gehörenden Region Calabria (59) erreicht. Das Nord-Süd-Gefälle drückt sich außer im BIP auch in anderen Merkmalen aus. Die Region I Nord-Ovest verfügt über eine dynamische Industrie. In Lombardia haben die Finanzdienstleistungen ein besonders großes Gewicht. Nord-Est ist durch Fremdenverkehr und eine hochproduktive Landwirtschaft gekennzeichnet. In Emilia-Romagna weitet sich der Dienstleistungssektor aus; dies gilt auch für die Region Centro, die zumindest in einem Teil (Toscana) als „wohlhabende Region" bezeichnet wird. Lazio wird von der Metropole Rom dominiert. In Campania – wie in den anderen Südregionen – herrscht chronische Arbeitslosigkeit. In Sardegna gibt es „ein Heer von Arbeitslosen". Zum Bild des Entwicklungsrückstands paßt die mangelhafte Infrastruktur (Sud) und der noch große Anteil der Landwirtschaft (Abruzzi-Molise). In Sicilia wird die Wirtschaft im wesentlichen vom Fremdenverkehr gestützt.

Die ersten BIP-Daten für das vereinigte Deutschland (106) machen ein extremes West-Ost-Gefälle sichtbar. Al-

9) Siehe Fußnote 5

le westdeutschen Regionen I – die Bundesländer Hamburg (209), Bremen (159), Hessen (149), Baden-Württemberg (130), Bayern (127), Nordrhein-Westfalen (115), Saarland (112), Niedersachsen (108), Rheinland-Pfalz (104) und Schleswig-Holstein (102) – liegen über dem EU-Durchschnitt, die ostdeutschen Regionen – Brandenburg (36), Sachsen-Anhalt (35), Sachsen (33), Mecklenburg-Vorpommern (33), Thüringen (30) – bleiben sehr weit dahinter zurück. Berlin (95) nimmt nach Zusammenführung des westlichen und des östlichen Stadtteils eine Mittelstellung ein. Regionen II (Regierungsbezirke) werden bisher nur für die westdeutschen Bundesländer – außer Stadtstaaten, Saarland und Schleswig-Holstein – ausgewiesen. Von den insgesamt 26 Regierungsbezirken haben nur Lüneburg (86, zu Niedersachsen), Weser-Ems (99, zu Niedersachsen), Münster (99, zu Nordrhein-Westfalen), Koblenz (96, zu Rheinland-Pfalz) und Trier (90, zu Rheinland-Pfalz) Pro-Kopf-Werte unter dem EU-Durchschnitt. Die Region II Darmstadt (173, zu Hessen) erreicht einen sehr hohen Wert, der aber nicht an die Spitzenstellung der Region I Hamburg heranreicht. Zur Charakterisierung der Regionen I wird im folgenden stichwortartig wiedergegeben, wie die Bundesländer für die erwähnte EUROSTAT-Veröffentli-



Absolute und relative Variationskoeffizienten des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner*) in Kaufkraftstandards

Betrachtetes Gesamtgebiet	Streuung über alle ...					
	Mitgliedstaaten		Regionen I[1)]		Regionen II[2)]	
	absolute	relative	absolute	relative	absolute	relative
	Variationskoeffizienten					
Europäische Union	**0,2445**	**0,0737**	**0,3644**	**0,0442**	**0,3193**	**0,0241**
Belgien	x	x	0,2884	0,2039	0,1515	0,0536
Deutschland	x	x	0,5211	0,1345	0,3561	0,0602
Frankreich	x	x	0,3064	0,1083	0,2913	0,0583
Griechenland	x	x	0,0856	0,0494	0,1318	0,0380
Italien	x	x	0,2491	0,0788	0,2454	0,0563
Niederlande	x	x	0,0722	0,0417	0,1510	0,0455
Portugal	x	x	x	x	0,3015	0,1507
Spanien	x	x	0,1741	0,0711	0,1881	0,0456
Vereinigtes Königreich	x	x	0,1099	0,0348	0,1483	0,0254

*) Berichtsjahr 1991 – 1) einschl. der nicht aufgeteilten Mitgliedstaaten – 2) einschl. der nicht aufgeteilten Regionen I bzw. Mitgliedstaaaten

chung[10)] ihre Wirtschaftsstruktur selbst dargestellt haben. Das Land Baden-Württemberg bezeichnet seine Wirtschaft als mittelständisch, exportorientiert und innovationsfreudig, Bayern als exportorientiert und mittelständisch mit Großbetrieben und Berlin als mittelständisch. Brandenburg betont die Orientierung auf die Marktwirtschaft. In Bremen dominieren Großbetriebe mit hoher Exportorientierung. Hamburg sieht den Strukturwandel erfolgreich gemeistert. In Hessen wird die Wirtschaftsstruktur als ausgewogen, in Nordrhein-Westfalen als vielfältig bezeichnet. In Rheinland-Pfalz sichert die Branchenvielfalt eine breite Produktpalette. Das Saarland wandelt sich von der Produktion zu Dienstleistung und Forschung. Die Wirtschaft Niedersachsens wird vom Kraftfahrzeug dominiert. In Schleswig-Holstein überwiegen Dienstleistungen. In Sachsen-Anhalt stehen Chemie und Maschinenbau im Vordergrund. In Mecklenburg-Vorpommern dominieren maritime Wirtschaftszweige und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Sachsen bezeichnet sich als zukunftsträchtig. In Thüringen sollen durch Strukturwandel Chancen für die Zukunft eröffnet werden.

10) Siehe Fußnote 7.

Das BIP (in KKS) je Einwohner wird in der Graphik auf Seite 84 für alle Mitgliedstaaten der EU und ihre Regionen I im Vergleich zum EU-Durchschnitt dargestellt, wodurch vor allem die Diskrepanz zwischen West- und Ostdeutschland eindrucksvoll unterstrichen wird. Die Streuung dieser Pro-Kopf-Werte wird zweckmäßig durch relative Variationskoeffizienten ausgedrückt. Diese sind definiert als Quotient aus dem jeweiligen absoluten Variationskoeffizienten und dessen theoretischem Maximum. Der absolute Variationskoeffizient ist dabei der Quotient aus der deskriptiven Standardabweichung und dem ungewogenen arithmetischen Mittel der Pro-Kopf-Werte aller in den Streuungsvergleich einbezogenen Gebiete. Das Maximum des absoluten Koeffizienten ist gleich der Quadratwurzel aus der um 1 verringerten Anzahl der jeweils einbezogenen Gebiete[11)]. Die obige Tabelle enthält die absoluten und die relativen Variationskoeffizienten über alle Mitgliedstaaten bzw. Regionen I (einschließlich der nicht aufgeteilten Mitgliedstaaten) bzw. Regionen II (einschließlich der nicht aufgeteilten Regionen I bzw. Mitgliedstaaten) für die EU insgesamt sowie die Koeffizienten über die Regionen I und die Regionen II für die einzelnen auf diesen Ebenen regionalisierten Mitgliedstaaten. Nach den absoluten Koeffizienten ist die Streuung auf beiden regionalen Ebenen in Deutschland größer als in jedem anderen Mitgliedstaat. Nach den relativen Koeffizienten wird Deutschland wegen seiner großen Anzahl von Regionen und den sich daraus ergebenden großen Maximalwerten auf der Ebene I von Belgien und auf der Ebene II von Portugal übertroffen. Mit Ausnahme der Niederlande sind die Beträge der relativen Koeffizienten in allen Mitgliedstaaten auf der Ebene II kleiner als auf der Ebene I. Die dadurch gemessene Unterschiedlichkeit der Pro-Kopf-Werte des BIP verliert also beim Übergang von der Ebene I auf die Ebene II in der Regel an Bedeutung. ■

11) Vgl. Wolfgang Gerß: Inter- und intraregionale Unterschiede der Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1990, S. 639 ff.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im IV. Quartal 1993

Die Auftragseingänge im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe erreichten im vierten Quartal 1993 in etwa das Vorjahresniveau. Das Auftragsvolumen entwickelte sich dabei im Hochbau (+3 %) und im Tiefbau (−6 %) gegenläufig.

Besonders stark stieg die Nachfrage im Wohnungsbau (+28 %). Im öffentlichen Hochbau ergab sich dagegen ein leichtes Minus (−1 %), während die Nachfrage im gewerblichen und industriellen Hochbau (−8 %) deutlich zurückging. Im Bereich des Tiefbaus zeigten sich größere Nachfrageausfälle sowohl im Straßenbau (−18 %) als auch im gewerblichen und industriellen Tiefbau (−14 %). Einige Großaufträge bewirkten demgegenüber im sonstigen öffentlichen Tiefbau ein Plus von 16 %.

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1993
(Bestell-Nr. Z 02 1 9300, 47,00 DM)

Als umfassende Querschnittsveröffentlichung vereinigt das Statistische Jahrbuch Ergebnisse aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik in sich. Jahr für Jahr bietet es eine Gesamtschau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation Nordrhein-Westfalens und zeigt zugleich Strukturen und Entwicklungstendenzen auf. Gegliedert in 22 Hauptabschnitte mit gut 420 Tabellen und rund 25 Grafiken, enthält es neben einer Fülle von Landesergebnissen auch einige Übersichten mit Resultaten für die Kreise und kreisfreien Städte NRWs, außerdem Vergleichsdaten für die Länder Deutschlands. Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und ein ausführliches Stichwortregister erschließen den Zugang zu diesem zuverlässigen Nachschlagewerk.

Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen 1993
(Bestell-Nr. Z 03 1 9300, 10,00 DM)

In ihrem 43. Jahrgang bieten die Kreisstandardzahlen wiederum ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik, übersichtlich zusammengestellt für die Ebene der kreisfreien Städte und Kreise des Landes.

Die Gemeinden NRWs 1993 - Informationen aus der amtlichen Statistik
(Bestell-Nr. der Buchversion: Z 04 1 9300, 15,00 DM)
(Bestell-Nr. der Diskettenversion: Z 04 8 9300, 33,00 DM)

Diese Querschnittsveröffentlichung enthält Zahlen aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik für jede der 23 kreisfreien Städte und 373 Gemeinden, außerdem Summen für die 31 Kreise, die fünf Regierungsbezirke und das Land NRW. Der Grundbestand an Merkmalen entspricht dem der Ausgabe 1992. Im Datenangebot weitestgehend mit der gedruckten Fassung inhaltsgleich, ist 1993 erstmals auch eine Diskettenversion erhältlich, ausgestattet mit der leistungsfähigen Recherchesoftware EASYSTAT, die auf komfortable Weise Datenextraktionen und Tabellenaufbereitungen ermöglicht.

Behördenverzeichnis Nordrhein-Westfalen 1994
(Bestell-Nr. Z 11 5 9400, 38,50 DM)

Die 13., völlig überarbeitete Auflage 1994 des Behördenverzeichnisses für das Land Nordrhein-Westfalen enthält – natürlich mit den neuen Postleitzahlen – die Anschriften

- der obersten Bundesorgane und ihrer Gliederungen sowie der diplomatischen Vertretungen in NRW;
- des Landtags, der Ministerien und der ihnen nachgeordneten Behörden in NRW;
- der Kommunen, kommunalen Einrichtungen und Verbände (z. B.: Landschaftsverbände, Kreisverwaltungen incl. Nebenstellen, Gesundheitsämter, Stadtsparkassen);
- der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie ausgewählter Verbände (z.B.: Religionsgemeinschaften, IHKs und Handwerkskammern, Sozialversicherungsträger, Wasserwirtschaftsverbände).

Ein umfassendes Suchregister erschließt dieses zuverlässige und zugleich handliche Nachschlagewerk.

CD Statistik '92
(Bestell-Nr. R 01 8 9201, 620,00 DM)

Daten und Informationen aus der amtlichen Statistik Nordrhein-Westfalens auf CD-ROM. Die CD enthält für die 396 Gemeinden Nordrhein-Westfalens insgesamt rd. 11,5 Millionen Datenwerte aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik.

Statistik regional - Ausgabe 1993 (Komplettpaket
für alle Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands)
(Bestell-Nr. R 15 8 9300, 420,00 DM)

Daten und Informationen der statistischen Ämter der Länder und des Bundes auf Disketten. Dieses Diskettenpaket bietet – ausgestattet mit der leistungsfähigen Recherchesoftware EASYSTAT – die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus dem breiten Angebot der amtlichen Statistik für Kreise bzw. kreisfreie Städte, Länder und den Bund am PC zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen.

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW),
Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf oder Mauerstr. 51, 40476 Düsseldorf.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unser Veröffentlichungsverzeichnis.

Aktuelle Ergebnisse

Ausländer in Nordrhein-Westfalen

1991 und 1992

Staatsangehörigkeit	31. 12. 1991		31. 12. 1992		Veränderung 31. 12. 1992 gegenüber 31. 12. 1991		unter 3		3 – 6	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ins										
Ausländer insgesamt	**1 679 767**	**100**	**1 812 264**	**100**	**+132 497**	**+ 7,9**	**77 283**	**100**	**84 697**	**100**
davon aus										
Griechenland	107 459	6,4	110 793	6,1	+ 3 334	+ 3,1	3 043	3,9	3 096	3,7
Italien	141 859	8,4	141 722	7,8	– 137	– 0,1	4 351	5,6	5 110	6,0
ehem. Jugoslawien	187 336	11,2	250 221	13,8	+ 62 885	+33,6	11 161	14,4	12 723	15,0
Marokko	42 048	2,5	44 226	2,4	+ 2 178	+ 5,2	2 086	2,7	2 852	3,4
Portugal	33 542	2,0	35 477	2,0	+ 1 935	+ 5,8	916	1,2	1 007	1,2
Spanien	46 868	2,8	45 946	2,5	– 922	– 2,0	646	0,8	806	1,0
Türkei	612 464	36,5	639 125	35,3	+ 26 661	+ 4,4	40 094	51,9	40 547	47,9
Tunesien	9 896	0,6	10 213	0,6	+ 317	+ 3,2	463	0,6	686	0,8
EG-Staaten (ohne Griechenland, Italien, Portugal und Spanien)	127 338	7,6	129 426	7,1	+ 2 088	+ 1,6	1 576	2,0	1 640	1,9
übrigen Staaten	370 957	22,1	405 115	22,4	+ 34 158	+ 9,2	12 947	16,8	16 230	19,2
Bevölkerung insgesamt	**17 509 866**	**100**	**17 679 166**	**100**	**+169 300**	**+ 1,0**	**604 312**	**3,4**	**595 948**	**3,4**
Ausländeranteil an der Bevölkerung	**x**	**9,6**	**x**	**10,3**	**x**	**x**	**x**	**12,8**	**x**	**14,2**
männ										
Ausländer zusammen	**938 343**	**100**	**1 014 229**	**100**	**+ 75 886**	**+ 8,1**	**40 244**	**100**	**44 253**	**100**
davon aus										
Griechenland	59 243	6,3	61 011	6,0	+ 1 768	+ 3,0	1 624	4,0	1 633	3,7
Italien	85 300	9,1	85 064	8,4	– 236	– 0,3	2 254	5,6	2 585	5,8
ehem. Jugoslawien	101 473	10,8	135 609	13,4	+ 34 136	+33,6	5 688	14,1	6 540	14,8
Marokko	25 280	2,7	26 696	2,6	+ 1 416	+ 5,6	1 085	2,7	1 478	3,3
Portugal	17 712	1,9	18 720	1,8	+ 1 008	+ 5,7	487	1,2	532	1,2
Spanien	25 699	2,7	25 110	2,5	– 589	– 2,3	340	0,8	405	0,9
Türkei	337 431	36,0	351 150	34,6	+ 13 719	+ 4,1	20 959	52,1	21 434	48,4
Tunesien	6 119	0,7	6 344	0,6	+ 225	+ 3,7	256	0,6	349	0,8
EG-Staaten (ohne Griechenland, Italien, Portugal und Spanien)	67 521	7,2	68 869	6,8	+ 1 348	+ 2,0	809	2,0	844	1,9
übrigen Staaten	212 565	22,7	235 656	23,2	+ 23 091	+10,9	6 742	16,8	8 453	19,1
Bevölkerung zusammen	**8 461 410**	**100**	**8 561 996**	**100**	**+100 586**	**+ 1,2**	**310 120**	**3,6**	**305 288**	**3,6**
Ausländeranteil an der Bevölkerung	**x**	**11,1**	**x**	**11,8**	**x**	**x**	**x**	**13,0**	**x**	**14,5**
weib										
Ausländer zusammen	**741 424**	**100**	**798 035**	**100**	**+ 56 611**	**+ 7,6**	**37 039**	**100**	**40 444**	**100**
davon aus										
Griechenland	48 216	6,5	49 782	6,2	+ 1 566	+ 3,2	1 419	3,8	1 463	3,6
Italien	56 559	7,6	56 658	7,1	+ 99	+ 0,2	2 097	5,7	2 525	6,2
ehem. Jugoslawien	85 863	11,6	114 612	14,4	+ 28 749	+33,5	5 473	14,8	6 183	15,3
Marokko	16 768	2,3	17 530	2,2	+ 762	+ 4,5	1 001	2,7	1 374	3,4
Portugal	15 830	2,1	16 757	2,1	+ 927	+ 5,9	429	1,2	475	1,2
Spanien	21 169	2,9	20 836	2,6	– 333	– 1,6	306	0,8	401	1,0
Türkei	275 033	37,1	287 975	36,1	+ 12 942	+ 4,7	19 135	51,7	19 113	47,3
Tunesien	3 777	0,5	3 869	0,5	+ 92	+ 2,4	207	0,6	337	0,8
EG-Staaten (ohne Griechenland, Italien, Portugal und Spanien)	59 817	8,1	60 557	7,6	+ 740	+ 1,2	767	2,1	796	2,0
übrigen Staaten	158 392	21,4	169 459	21,2	+ 11 067	+ 7,0	6 205	16,8	7 777	19,2
Bevölkerung zusammen	**9 048 456**	**100**	**9 117 170**	**100**	**+ 68 714**	**+ 0,8**	**294 192**	**3,2**	**290 660**	**3,2**
Ausländeranteil an der Bevölkerung	**x**	**8,2**	**x**	**8,8**	**x**	**x**	**x**	**12,6**	**x**	**13,9**

31. 12. 1992											
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren											
6 – 16		16 – 18		18 – 20		20 – 25		25 – 65		65 und mehr	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
gesamt											
259 530	**100**	**64 872**	**100**	**73 629**	**100**	**205 574**	**100**	**996 207**	**100**	**50 472**	**100**
12 642	4,9	3 994	6,2	4 642	6,3	12 731	6,2	68 266	6,9	2 379	4,7
16 910	6,5	3 956	6,1	4 784	6,5	14 536	7,1	87 495	8,8	4 580	9,1
41 853	16,1	10 182	15,7	11 043	15,0	27 833	13,5	131 565	13,2	3 861	7,6
10 017	3,9	2 126	3,3	2 057	2,8	4 982	2,4	19 615	2,0	491	1,0
3 513	1,4	1 226	1,9	1 386	1,9	4 449	2,2	22 501	2,3	479	0,9
3 867	1,5	1 381	2,1	1 618	2,2	4 774	2,3	31 028	3,1	1 826	3,6
114 263	44,0	31 314	48,3	34 244	46,5	83 950	40,8	291 467	29,3	3 246	6,4
2 164	0,8	334	0,5	210	0,3	542	0,3	5 767	0,6	47	0,1
5 266	2,0	1 156	1,8	2 277	3,1	11 578	5,6	88 670	8,9	17 263	34,2
49 035	18,9	9 203	14,2	11 368	15,4	40 199	19,6	249 833	25,1	16 300	32,3
1 786 703	**10,1**	**349 232**	**2,0**	**365 843**	**2,1**	**1 280 598**	**7,2**	**9 999 520**	**56,6**	**2 697 010**	**15,3**
x	**14,5**	**x**	**18,6**	**x**	**20,1**	**x**	**16,1**	**x**	**10,0**	**x**	**1,9**
lich											
138 501	**100**	**35 003**	**100**	**39 264**	**100**	**111 065**	**100**	**580 643**	**100**	**25 256**	**100**
6 647	4,8	2 082	5,9	2 282	5,8	6 630	6,0	38 773	6,7	1 340	5,3
8 456	6,1	2 041	5,8	2 519	6,4	8 042	7,2	56 403	9,7	2 764	10,9
21 641	15,6	5 420	15,5	6 024	15,3	15 846	14,3	72 503	12,5	1 947	7,7
5 315	3,8	1 207	3,4	1 114	2,8	3 202	2,9	12 862	2,2	433	1,7
1 757	1,3	650	1,9	730	1,9	2 257	2,0	12 052	2,1	255	1,0
2 019	1,5	685	2,0	814	2,1	2 448	2,2	17 373	3,0	1 026	4,1
62 887	45,4	17 099	48,9	18 023	45,9	43 583	39,2	165 627	28,5	1 538	6,1
1 125	0,8	185	0,5	125	0,3	359	0,3	3 912	0,7	33	0,1
2 718	2,0	583	1,7	1 136	2,9	5 705	5,1	49 216	8,5	7 858	31,1
25 936	18,7	5 051	14,4	6 497	16,5	22 993	20,7	151 922	26,2	8 062	31,9
917 046	**10,7**	**179 238**	**2,1**	**187 183**	**2,2**	**656 319**	**7,7**	**5 072 279**	**59,2**	**934 523**	**10,9**
x	**15,1**	**x**	**19,5**	**x**	**21,0**	**x**	**16,9**	**x**	**11,4**	**x**	**2,7**
lich											
121 029	**100**	**29 869**	**100**	**34 365**	**100**	**94 509**	**100**	**415 564**	**100**	**25 216**	**100**
5 995	5,0	1 912	6,4	2 360	6,9	6 101	6,5	29 493	7,1	1 039	4,1
8 454	7,0	1 915	6,4	2 265	6,6	6 494	6,9	31 092	7,5	1 816	7,2
20 212	16,7	4 762	15,9	5 019	14,6	11 987	12,7	59 062	14,2	1 914	7,6
4 702	3,9	919	3,1	943	2,7	1 780	1,9	6 753	1,6	58	0,2
1 756	1,5	576	1,9	656	1,9	2 192	2,3	10 449	2,5	224	0,9
1 848	1,5	696	2,3	804	2,3	2 326	2,5	13 655	3,3	800	3,2
51 376	42,4	14 215	47,6	16 221	47,2	40 367	42,7	125 840	30,3	1 708	6,8
1 039	0,9	149	0,5	85	0,2	183	0,2	1 855	0,4	14	0,1
2 548	2,1	573	1,9	1 141	3,3	5 873	6,2	39 454	9,5	9 405	37,3
23 099	19,1	4 152	13,9	4 871	14,2	17 206	18,2	97 911	23,6	8 238	32,7
869 657	**9,5**	**169 994**	**1,9**	**178 660**	**2,0**	**624 279**	**6,8**	**4 927 241**	**54,0**	**1 762 487**	**19,3**
x	**13,9**	**x**	**17,6**	**x**	**19,2**	**x**	**15,1**	**x**	**8,4**	**x**	**1,4**

Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen

Januar 1994 (Basis 1985 = 100)

Hauptgruppe / Gütergruppe / Gut	Wägungsanteil	Indexstand	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres	Indexstand			Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres		
				Haushaltstyp[1]			Haushaltstyp[1]		
	alle privaten Haushalte			1	2	3	1	2	3
	‰	Punkte	%	Punkte			%		
Gesamtpreisindex	**1 000**	**120,5**	**+ 3,3**	**119,9**	**120,0**	**121,7**	**+ 3,5**	**+ 3,3**	**+ 3,4**
ohne Heizöl und Kraftstoffe	952,49	122,0	+ 3,3	120,6	121,1	122,9	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,4
ohne Saisonwaren	977,15	121,0	+ 3,4	120,8	120,5	122,2	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,5
ohne Dienstleistungen und Reparaturen (jedoch mit Wohnungs- und Garagennutzung)	750,29	116,4	+ 2,6	117,6	117,1	117,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,6
nur Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Wohnungs- und Garagennutzung)	249,71	132,9	+ 5,4	129,7	131,6	134,0	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,4
nur Heizöl und Kraftstoffe	47,51	89,9	+ 3,8	88,8	97,6	95,3	+ 3,7	+ 5,3	+ 4,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	**229,89**	**113,5**	**+ 1,2**	**110,9**	**113,4**	**113,2**	**+ 1,0**	**+ 1,2**	**+ 1,3**
Nahrungsmittel zusammen	133,73	110,5	+ 0,7	110,0	110,9	110,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8
saisonabhängige Nahrungsmittel	15,59	93,0	− 0,9	93,4	92,3	91,5	− 0,7	− 0,4	− 1,0
Frischgemüse	5,89	84,7	− 8,2	84,6	84,1	84,6	− 8,2	− 9,1	− 8,1
Frischfisch	0,91	149,7	+ 2,9	146,1	146,4	146,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9
Frischobst	7,64	87,8	+ 3,8	87,8	88,6	87,9	+ 3,5	+ 5,4	+ 4,3
Kartoffeln	1,51	117,6	+ 1,7	117,6	117,6	117,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
sonstige Nahrungsmittel	117,78	112,8	+ 0,9	112,6	112,9	112,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Milch, Eier, Butter, Fette, Öle	24,57	108,1	+ 1,0	106,9	108,5	108,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9
Getränke, Tabakwaren	60,33	115,0	+ 0,8	110,2	116,0	114,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7
Verzehr in Gaststätten und Kantinen	43,94	122,6	+ 3,1	124,4	123,8	123,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1
Bekleidung, Schuhe	**69,47**	**120,1**	**+ 2,6**	**120,3**	**119,9**	**120,0**	**+ 2,6**	**+ 2,7**	**+ 2,7**
Bekleidung	49,50	120,8	+ 2,7	121,4	120,5	120,7	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8
Schuhe	11,73	120,2	+ 2,6	120,1	121,2	121,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6
Wohnungsmieten, Energie	**250,29**	**118,2**	**+ 3,6**	**121,8**	**120,6**	**120,3**	**+ 3,9**	**+ 3,9**	**+ 3,9**
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	177,77	129,6	+ 4,5	133,3	131,3	130,2	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,6
Energie	72,52	90,3	+ 0,7	93,5	91,5	89,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9
feste Brennstoffe (z. B. Kohle)	3,48	110,7	+ 0,6	110,0	109,3	106,7	+ 0,3	+ 0,1	− 0,1
Heizöl	16,24	56,2	− 5,7	56,2	56,2	56,2	− 5,7	− 5,7	− 5,7
Gas	11,90	82,9	+ 2,9	82,5	81,7	80,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,2
Umlage für Heizung, Warmwasser und Fernwärme	13,78	80,5	+ 1,6	80,2	80,3	80,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6
Elektrizität	27,12	116,2	+ 1,6	116,5	116,6	116,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	**72,21**	**117,4**	**+ 2,8**	**119,8**	**116,4**	**116,6**	**+ 3,2**	**+ 2,6**	**+ 2,7**
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	**40,99**	**121,7**	**+ 5,5**	**139,3**	**127,9**	**115,9**	**+14,2**	**+10,1**	**+ 2,5**
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**144,03**	**123,2**	**+ 3,5**	**120,0**	**122,2**	**124,1**	**+ 4,3**	**+ 4,0**	**+ 3,8**
Kfz-Reparaturen	10,46	138,7	+ 4,9	138,3	138,0	138,1	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0
Pkw	50,38	131,8	+ 1,9	133,8	131,8	131,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,9
Kraftstoffe (Benzin, Diesel)	31,27	107,4	+ 6,8	109,9	109,8	109,9	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,1
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	**83,71**	**117,0**	**+ 1,7**	**122,2**	**117,5**	**117,5**	**+ 1,4**	**+ 2,3**	**+ 1,7**
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	**109,41**	**141,2**	**+ 7,5**	**139,1**	**138,5**	**143,7**	**+ 5,7**	**+ 6,4**	**+ 7,4**
Dienstleistungen der Versicherungen	63,15	151,1	+10,4	145,2	147,0	154,4	+10,1	+10,8	+10,7

1) Haushaltstyp 1: Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfempfängern mit geringem Einkommen
Haushaltstyp 2: Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen
Haushaltstyp 3: Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Gemeindefinanzen in Nordrhein-Westfalen

Ausgaben, Einnahmen und Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Ausgaben / Einnahmen / Schulden	2. Vierteljahr 1993	3. Vierteljahr 1993		Veränderung 3. Vierteljahr 1993 gegenüber 3. Vierteljahr 1992
	1 000 DM		%	
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen	19 170 462	19 234 872	80,9	+ 7,1
darunter				
Personalausgaben	4 616 203	4 878 443	20,5	– 1,7
Sachaufwand	2 605 336	2 765 478	11,6	+ 5,2
Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	4 067 473	4 026 116	16,9	+ 8,4
Zinsausgaben	981 561	771 760	3,2	+ 9,3
Gewerbesteuerumlage	271 269	239 924	1,0	– 49,4
Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen	4 285 966	4 547 366	19,1	+ 13,8
darunter				
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	193 746	256 833	1,1	+ 35,6
Erwerb von Vermögen	654 203	682 901	2,9	+ 5,3
Baumaßnahmen zusammen	2 103 187	2 345 508	9,9	– 0,5
darunter für				
Schulen	220 601	314 098	1,3	+ 13,7
Straßen	476 569	545 586	2,3	+ 2,6
Abwasserbeseitigung	565 297	561 029	2,4	– 19,9
Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	956 111	926 032	3,9	+ 44,7
darunter				
ordentliche Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	486 023	342 827	1,4	+ 13,0
außerordentliche Tilgung von Krediten, Umschuldungen am Kreditmarkt	406 584	562 741	2,4	+ 79,2
Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes insgesamt	**23 456 428**	**23 782 238**	**100**	**+ 8,4**
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zusammen	19 651 472	20 100 250	82,3	+ 5,9
darunter				
Steuern zusammen	6 264 782	6 371 878	26,1	– 7,2
darunter				
Grundsteuer A	14 279	19 612	0,1	+ 13,9
Grundsteuer B	703 524	873 421	3,6	+ 7,6
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	2 784 719	2 902 414	11,9	– 17,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2 678 782	2 496 702	10,2	+ 2,8
allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	3 257 260	3 277 617	13,4	+ 18,4
Zuweisungen vom Land	2 846 881	2 567 763	10,5	+ 4,3
Gebühren, sonstige Entgelte, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Ersatz von sozialen Leistungen	4 352 376	4 702 105	19,3	+ 7,2
Einnahmen des Vermögenshaushaltes zusammen	3 580 951	4 314 009	17,7	+ 46,9
darunter				
Entnahmen aus Rücklagen	72 580	146 480	0,6	+ 488,7
Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	304 812	476 450	2,0	+ 37,8
Beiträge und ähnliche Entgelte	157 256	182 767	0,7	+ 1,3
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zusammen	855 375	1 031 887	4,2	+ 13,7
vom Land	782 566	930 414	3,8	+ 13,2
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	1 831 780	2 350 538	9,6	+ 77,9
Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes insgesamt	**23 232 423**	**24 414 259**	**100**	**+ 11,4**
darunter				
Zuführung vom Vermögenshaushalt	50 734	179 429	0,7	+1 465,3
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	324 555	80 389	0,3	– 28,8
innere Verrechnungen	127 224	161 459	0,7	+ 5,2
Schulden zusammen	48 917 697	50 348 204	100	+ 7,6
Kreditmarktmittel	47 318 917	48 713 372	96,8	+ 7,9
Schuldenaufnahme zusammen	1 809 399	2 350 336	100	+ 78,8
Kreditmarktmittel	1 776 974	2 297 576	97,8	+ 77,1

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen

Betriebe, Beschäftigte, Löhne und Gehälter sowie Umsatz im Dezember 1993*)

Systematik-Nr.	Wirtschaftszweig Hauptgruppe		Betriebe	Beschäftigte insgesamt	Beschäftigte darunter Arbeiter	Bruttolöhne	Bruttogehälter	Gesamtumsatz insgesamt	Gesamtumsatz darunter Auslandsumsatz
			Anzahl			1 000 DM			
21	Bergbau	B	80	106 266	82 997	426 061	180 325	2 137 928	43 771
22	Mineralölverarbeitung	G	18	6 504	3 579	19 927	23 980	2 000 581	10 782
24	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	G	1	.	.	.	.	.	.
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	G	673	31 328	21 600	104 946	67 281	655 539	78 667
27	Eisenschaffende Industrie	G	113	93 007	66 585	323 532	203 077	1 674 878	665 327
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	G	97	27 095	19 438	95 170	55 596	678 595	254 103
29	Gießerei	G	196	30 090	23 479	106 164	48 598	341 012	81 092
3011	Stabziehereien, Kaltwalzwerke	G	63	10 525	7 160	30 882	25 452	231 710	75 261
3015	Drahtziehereien (einschl. Herstellung von Drahterzeugnissen)	G	90	11 406	8 379	33 552	19 293	186 427	42 679
3021	Herstellung von Gesenk- und leichten Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen	I	168	22 130	17 058	73 849	36 686	299 142	64 415
3025	Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	I	464	32 528	24 372	101 868	53 627	393 078	85 221
3030	Mechanik	G	61	.	.	.	.	.	.
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	I	556	66 374	45 773	223 652	148 322	1 934 261	423 657
32	Maschinenbau	I	1 678	250 326	147 497	678 585	749 929	5 880 711	2 871 563
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	I	498	110 445	84 367	384 366	217 799	2 474 980	1 012 578
34	Schiffbau	I	14	900	698	2 717	1 577	11 643	3 957
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	I	8	1 097	344	1 239	6 134	19 757	7 105
36	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	I	950	180 788	113 006	450 411	461 469	3 515 129	780 415
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	I	191	13 229	8 269	27 805	29 040	175 686	47 684
38	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	I	1 032	122 956	87 970	342 447	230 440	2 042 411	520 561
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	V	56	5 168	3 612	14 215	9 027	72 076	16 273
40	Chemische Industrie	G	432	176 347	86 997	394 777	733 676	4 926 063	1 999 467
50	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	I	27	8 487	1 999	8 576	42 131	255 447	45 643
51	Feinkeramik	V	21	3 022	1 988	8 673	6 933	37 754	6 223
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	V	73	18 762	14 162	66 846	30 950	305 212	70 251
53	Holzbearbeitung	G	196	11 409	8 549	37 950	18 430	248 192	22 632
54	Holzverarbeitung	V	633	66 564	51 032	239 919	98 638	1 343 311	118 817
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	G	40	11 320	8 436	41 920	21 613	318 972	134 291
56	Papier- und Pappeverarbeitung	V	242	31 840	23 310	88 761	58 304	697 968	174 704
57	Druckerei, Vervielfältigung	V	480	38 965	26 912	132 089	81 332	694 168	36 406
58	Herstellung von Kunststoffwaren	V	697	74 327	52 523	209 793	147 374	1 261 352	264 816
59	Gummiverarbeitung	G	58	14 290	10 451	44 148	28 724	177 308	47 941
61	Ledererzeugung	V	7	654	535	1 971	630	16 382	2 425
62	Lederverarbeitung	V	60	5 068	3 539	10 113	8 082	83 695	22 591
63	Textilgewerbe	V	372	47 471	32 628	114 600	81 414	776 881	239 950
64	Bekleidungsgewerbe	V	381	32 512	21 296	55 102	71 416	540 673	122 019
65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)	V	3	150	127	416	98	1 908	–
68	Ernährungsgewerbe	N	850	112 670	71 846	262 976	217 859	4 346 491	343 663
69	Tabakverarbeitung	N	8	1 264	600	1 530	4 547	24 355	1 076
	Bergbau	**B**	**80**	**106 266**	**82 997**	**426 061**	**180 325**	**2 137 928**	**43 771**
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	**2 038**	**425 411**	**266 251**	**1 239 135**	**1 248 756**	**11 480 845**	**3 428 026**
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	**I**	**5 586**	**809 260**	**531 353**	**2 295 515**	**1 977 154**	**17 002 245**	**5 862 799**
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	**V**	**3 025**	**324 503**	**231 664**	**942 498**	**594 198**	**5 831 380**	**1 074 475**
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	**N**	**858**	**113 934**	**72 446**	**264 506**	**222 406**	**4 370 846**	**344 739**
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe		**11 587**	**1 779 374**	**1 184 711**	**5 167 715**	**4 222 839**	**40 823 244**	**10 753 810**

*) Betriebsergebnisse

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen

Energieverbrauch im IV. Quartal 1993

Energie insgesamt in SKE[1]	Verbrauch an: Kohle in SKE	Heizöl: extra leicht und leicht	Heizöl: mittelschwer, schwer und extra schwer	Orts-, Kokerei- und Ferngas	Erdgas	Strom	Systematik-Nr.
t				1 000 Nm³		1 000 kWh	
2 115 657	2 230 638	13 371	3 368	108 008	2 219	2 670 715	21
499 688	–	54 288	235 750	5 132	27 437	570 818	22
.	–	.	–	–	.	.	24
577 243	303 003	13 847	21 840	4 860	120 822	593 576	25
3 020 581	1 886 749	1 893	161 181	288 107	327 977	2 429 830	27
391 960	49 629	5 423	3 457	370	82 146	1 874 416	28
111 520	22 225	3 119	170	1 772	37 431	305 605	29
32 855	–	1 163	60	1 863	14 183	96 528	3011
31 676	49	576	4	2 611	14 207	86 162	3015
45 050	–	2 252	431	4 032	17 040	129 052	3021
75 626	1	3 078	448	4 009	35 205	190 650	3025
.	–	.	14	7	.	.	3030
58 146	164	3 514	73	922	35 526	73 433	31
189 139	4 487	17 753	2 268	2 723	79 355	465 920	32
149 559	13 913	6 375	2 768	1 423	55 536	439 968	33
587	6	90	6	170	65	1 303	34
524	–	189	–	–	23	1 788	35
115 824	383	9 037	2 739	1 818	42 850	374 982	36
4 612	–	749	50	136	1 206	14 946	37
129 030	32	13 062	1 007	8 494	45 806	352 985	38
2 954	6	288	7	51	1 025	9 979	39
2 400 692	494 040	136 908	234 756	25 277	868 539	4 304 279	40
5 778	–	62	–	69	3 265	18 241	50
20 998	–	407	22	1 425	13 893	16 830	51
200 397	–	586	27 931	24 701	79 279	292 766	52
25 532	1 224	1 896	2 083	–	2 207	140 207	53
36 227	–	6 150	1 580	–	3 357	175 360	54
370 718	113 767	2 374	24 183	–	128 065	764 365	55
75 416	15	5 531	4 348	2 636	27 231	206 890	56
35 548	–	1 336	66	502	12 753	143 087	57
106 695	10 122	6 643	983	309	23 110	479 717	58
25 754	2 038	1 413	280	256	10 347	74 969	59
.	–	.	–	–	911	2 708	61
1 419	–	347	–	1	234	5 116	62
167 135	3 928	7 242	6 282	2 243	84 627	336 386	63
13 408	111	2 320	756	550	3 419	33 839	64
.	–	.	–	–	–	111	65
478 241	107 028	31 505	71 827	6 572	125 164	697 614	68
568	–	80	–	–	236	1 366	69
2 115 657	**2 230 638**	**13 371**	**3 368**	**108 008**	**2 219**	**2 670 715**	**B**
7 490 008	**2 872 724**	**223 038**	**683 778**	**330 255**	**1 633 568**	**11 251 406**	**G**
773 875	**18 986**	**56 161**	**9 790**	**23 796**	**315 877**	**2 063 268**	**I**
662 164	**14 182**	**31 211**	**41 975**	**32 418**	**249 839**	**1 702 789**	**V**
478 809	**107 028**	**31 585**	**71 827**	**6 572**	**125 400**	**698 980**	**N**
11 520 511	**5 243 558**	**355 366**	**810 738**	**501 049**	**2 326 903**	**18 387 158**	

1) ohne die zur Stromeigenerzeugung verbrauchte Energie aus Kohle, Heizöl und Gas, da bereits in deren Verbrauchswerten enthalten

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Nordrhein-Westfalen

November 1993

Straßenart Ortslage	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte			Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat			
		Getötete	Schwer-	Leicht-	Unfälle mit Personenschaden	Getötete	Schwer-	Leicht-
			verletze				verletzte	
	Anzahl				%			
Autobahnen	426	7	153	507	− 4,7	x	+ 8,5	− 5,4
Bundesstraßen	1 243	42	380	1 277	−13,7	− 4,5	−14,6	−13,5
innerorts	825	13	200	835	−13,4	−31,6	−14,5	−12,0
außerorts	418	29	180	442	−14,3	+16,0	−14,7	−16,3
Landesstraßen	1 756	41	590	1 714	−15,6	−19,6	− 8,1	−17,7
innerorts	1 162	22	317	1 104	−14,2	–	− 4,2	−18,2
außerorts	594	19	273	610	−18,2	−34,5	−12,2	−16,8
Kreisstraßen	638	20	208	573	− 8,3	+33,3	−11,5	− 9,5
innerorts	415	3	108	376	−11,7	x	−20,6	−12,4
außerorts	223	17	100	197	− 1,3	x	+ 1,0	− 3,4
Andere Straßen	1 934	22	503	1 720	−14,1	+ 4,8	−17,0	−15,4
innerorts	1 795	17	430	1 607	−14,2	–	−19,5	−15,1
außerorts	139	5	73	113	−13,1	x	+ 1,4	−19,3
Insgesamt	**5 997**	**132**	**1 834**	**5 791**	**−13,3**	**− 5,0**	**−11,4**	**−14,3**
innerorts	**4 197**	**55**	**1 055**	**3 922**	**−13,8**	**−14,1**	**−14,6**	**−15,1**
außerorts	**1 800**	**77**	**779**	**1 869**	**−12,1**	**+ 2,7**	**− 6,6**	**−12,7**

Tagesdatum	Unfälle mit Personenschaden				Verunglückte			Unfälle mit schwerem Sachschaden[1]	Unfälle mit Personen und schwerem Sachschaden[1]
	insgesamt	davon mit Getöteten	davon mit Schwer-	davon mit Leicht-	Getötete	Schwer-	Leicht-		
			verletzten			verletzte			
1. 11. Montag	85	7	25	53	7	31	77	58	143
2. 11. Dienstag	210	3	44	163	3	47	210	87	297
3. 11. Mittwoch	211	3	50	158	3	65	192	77	288
4. 11. Donnerstag	236	5	54	177	5	64	232	89	325
5. 11. Freitag	249	2	68	179	2	71	234	110	359
6. 11. Samstag	201	5	48	148	5	58	221	115	316
7. 11. Sonntag	180	3	69	108	5	86	186	122	302
8. 11. Montag	316	6	83	227	6	92	311	116	432
9. 11. Dienstag	195	4	53	138	5	61	175	81	276
10. 11. Mittwoch	302	10	81	211	10	92	267	145	447
11. 11. Donnerstag	294	8	59	227	8	61	272	102	396
12. 11. Freitag	275	7	74	194	7	88	263	117	392
13. 11. Samstag	147	3	43	101	4	50	145	88	235
14. 11. Sonntag	159	3	39	117	3	45	189	95	254
15. 11. Montag	222	4	52	166	4	65	212	97	319
16. 11. Dienstag	242	8	52	182	8	62	227	89	331
17. 11. Mittwoch	98	4	28	66	4	38	105	57	155
18. 11. Donnerstag	204	3	44	157	3	51	198	78	282
19. 11. Freitag	231	4	64	163	5	75	219	93	324
20. 11. Samstag	188	4	51	133	4	61	201	137	325
21. 11. Sonntag	80	3	25	52	3	34	75	53	133
22. 11. Montag	163	3	41	119	3	48	160	79	242
23. 11. Dienstag	188	1	42	145	1	45	180	119	307
24. 11. Mittwoch	163	3	45	115	3	47	152	87	250
25. 11. Donnerstag	262	3	71	188	3	80	240	114	376
26. 11. Freitag	268	2	81	185	2	102	251	165	433
27. 11. Samstag	158	6	40	112	6	49	157	86	244
28. 11. Sonntag	112	4	40	68	4	53	114	70	182
29. 11. Montag	200	3	63	134	3	69	172	84	284
30. 11. Dienstag	158	3	42	113	3	44	154	74	232
Zusammen	5 997	127	1 571	4 299	132	1 834	5 791	2 884	8 881

1) von 4 000 und mehr DM bei einem der Geschädigten

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung			
1	* Bevölkerung am Monatsende	Anzahl	17 423 241	17 590 082
2	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	1 664 415	1 803 208
	Bevölkerungsbewegung			
	Natürliche Bevölkerungsbewegung			
3	* Eheschließungen[2]	Anzahl	9 274	9 242
4	* Lebendgeborene[3]	Anzahl	16 536	16 408
5	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 331	2 574
6	* Gestorbene[4] (ohne Totgeborene)	Anzahl	16 067	15 734
7	* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	125	114
8	* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (−)	Anzahl	+469	+674
	Wanderungen			
9	* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	33 571	35 492
10	* darunter aus dem Ausland[5]	Anzahl	18 342	22 055
11	* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	20 688	22 058
12	* darunter in das Ausland	Anzahl	9 455	10 491
13	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (−)	Anzahl	+12 883	+13 434
14	* Innerhalb des Landes Umgezogene[6]	Anzahl	38 827	40 879
			1991	1992
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Arbeitsmarkt			
15	* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer[7]	1 000	6 046	6 099
16	* Frauen	1 000	2 381	2 436
17	* Ausländer	1 000	489	522
18	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	593	625
19	* darunter Frauen	1 000	552	581
	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung			
20	* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 000	215	207
21	* darunter Frauen	1 000	17	17
22	* Verarbeitendes Gewerbe[8]	1 000	2 302	2 256
23	* darunter Frauen	1 000	561	548
24	* Baugewerbe	1 000	361	368
25	* darunter Frauen	1 000	34	36
26	* Handel	1 000	885	906
27	* darunter Frauen	1 000	473	485
28	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	288	293
29	* darunter Frauen	1 000	80	83

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der
7) ohne Landwirtschaft – 8) einschl. ohne Angabe des Wirtschaftszweigs

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
17 585 376	17 604 101	17 621 527	17 713 658	17 722 438	17 730 172	17 736 586	1
.	.	.	1 892 643	1 899 718	1 904 970	1 908 167	2
11 917	11 926	10 948	12 458	11 416	10 799	11 397	3
16 280	17 603	17 246	15 091	17 086	16 964	17 463	4
2 691	2 803	2 700	2 423	2 823	2 722	2 769	5
14 687	15 176	14 956	14 979	15 577	14 804	14 828	6
99	96	109	88	112	112	98	7
+1 593	+2 427	+2 290	+112	+1 509	+2 160	+2 635	8
36 064	39 825	39 284	25 817	29 918	31 748	29 843	9
23 232	24 938	23 696	16 700	19 726	19 506	17 020	10
20 197	23 738	23 580	19 629	22 647	26 174	26 064	11
9 200	11 385	10 664	10 316	12 030	13 519	13 465	12
+15 867	+16 087	+15 704	+6 188	+7 271	+5 574	+3 779	13
39 463	44 002	41 835	36 728	39 888	45 315	43 306	14

1991		1992				1993	
30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	
6 108	6 078	6 086	6 080	6 136	6 092	6 040	15
2 408	2 409	2 423	2 421	2 452	2 448	2 438	16
504	489	501	513	531	544	546	17
595	606	616	622	625	637	641	18
554	564	573	578	581	593	595	19
216	212	211	207	207	204	201	20
17	17	17	17	17	17	17	21
2 319	2 295	2 282	2 266	2 267	2 208	2 162	22
566	558	555	551	550	534	523	23
371	362	363	367	377	365	364	24
35	35	35	36	37	36	36	25
894	899	903	901	913	908	905	26
477	482	484	482	488	487	484	27
293	292	292	293	296	292	289	28
81	81	82	82	84	83	82	29

Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 5) einschl. ungeklärt und ohne Angabe – 6) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene –

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Noch: **Arbeitsmarkt**			
	Noch: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung			
1	* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 000	221	226
2	* darunter Frauen	1 000	114	118
3	* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	1 000	1 266	1 319
4	* darunter Frauen	1 000	818	855
5	* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1 000	156	162
6	* darunter Frauen	1 000	106	110
7	* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 000	349	350
8	* darunter Frauen	1 000	178	181
			1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
9	* Arbeitslose[2]	1 000	584	709
10	* darunter Frauen	1 000	261	301
	Arbeitslosenquote[2]			
11	* Insgesamt	%	8,0	9,7
12	* Frauen	%	8,9	10,0
13	* Männer	%	7,4	9,4
14	* Ausländer	%	15,1	18,5
15	* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	6,9	8,4
16	* Offene Stellen[2]	1 000	67	52
17	* Kurzarbeiter[2][3]	1 000	74	182
			1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Tierische Produktion			
18	* Schlachtmengen[4] darunter	1 000 t	112	111
19	* Rinder	1 000 t	26	23
20	* Kälber	1 000 t	2	2
21	* Schweine	1 000 t	84	86
22	* Konsumeier[5]	1 000	95 856	90 643
23	* Geflügelfleisch[6]	1 000 kg	4 274	3 350
24	* Milcherzeugung (an Molkereien geliefert)	1 000 t	212	216

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Landesarbeitsamt
Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeier. – 6) aus Schlachtungen

1991		1992				1993	Lfd. Nr.
30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	
224	224	224	223	229	229	227	1
116	116	116	116	120	120	119	2
1 283	1 285	1 302	1 313	1 334	1 327	1 332	3
830	833	844	848	865	864	868	4
157	159	160	161	162	165	166	5
106	107	108	109	110	112	113	6
351	349	350	349	350	350	349	7
180	179	180	180	181	182	182	8

1992		1993				1994	
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
603	633	680	732	743	764	813	9
268	274	289	311	312	315	331	10
8,3	8,7	9,3	10,0	10,1	10,4	11,1	11
9,1	9,3	9,6	10,3	10,4	10,5	11,0	12
7,7	8,3	9,0	9,8	10,0	10,4	11,2	13
16,5	17,3	17,2	19,6	20,2	20,9	22,0	14
7,2	7,4	8,3	8,4	8,6	8,7	9,1	15
58	53	54	45	43	42	47	16
138	233	206	161	151	138	134	17

1992			1993				
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
122	117	110	112	116	114	108	18
28	26	25	24	22	24	22	19
2	2	2	2	2	2	2	20
91	89	82	86	92	88	84	21
98 854	93 195	93 176	91 473r	92 279r	90 483r	94 324	22
4 645	4 144	4 606	3 271	3 358	3 329	3 484	23
203	190	203	207	204	190	202	24

Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf – 3) Monatsmitte – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 5) erzeugte inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[2]			
1	* Beschäftigte[3]	1 000	1 983	1 843
2	* darunter Arbeiter[4]	1 000	1 355	1 238
3	* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	180 564	160 138
4	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	5 430	5 027
5	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	4 014	3 975
6	* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	43 324	40 283
7	* darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	11 180	10 272
8	* Index des Auftragseingangs (real)	1985 = 100	114,2	106,0
9	* Inland	1985 = 100	122,4	111,7
10	* Ausland	1985 = 100	98,0	95,1
11	* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	102,2	97,6
12	* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122,3	110,0
13	* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	124,5	119,0
14	* Index der Nettoproduktion[5]	1985 = 100	111,9	105,6
15	* Bergbau	1985 = 100	77,4	68,5
16	* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	105,4	102,3
17	* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	119,3	109,2
18	* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	119,5	114,6
19	* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128,8	129,6
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Öffentliche Energieversorgung			
20	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 860	11 806
21	* Stromverbrauch[6]	Mill. kWh	10 784	10 500
			1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Bauwirtschaft und Bautätigkeit			
	Bauhauptgewerbe[7]			
22	* Beschäftigte[3]	Anzahl	240 849	239 110
23	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 574	24 505
	darunter für den			
24	* Wohnungsbau	1 000	8 484	8 666
25	* gewerblichen und industriellen Bau[8]	1 000	9 795	9 138
26	* öffentlichen und Verkehrsbau	1 000	7 167	6 588

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im einschl. Verlusten – 7) nach der Totalerhebung hochgerechnet – 8) ohne landwirtschaftlichen Bau

1992			1993				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
1 962	1 949	1 927	1 824	1 805	1 794	1 779	1
1 336	1 323	1 305	1 222	1 207	1 197	1 185	2
185 317	176 916	159 640	163 263	159 957	158 706	147 459	3
5 720	6 511	5 402	4 956	5 195	6 056	5 168	4
3 876	5 249	4 191	3 732	3 776	5 084	4 223	5
44 979	43 008	41 649	43 191	41 364	41 000	40 823	6
11 324	11 056	10 954	11 036	10 264	10 374	10 754	7
109,9	104,6	101,2	109,2	105,8	104,9	101,4	8
120,1	111,6	105,9	118,0	111,4	111,5	102,9	9
90,0	91,0	91,9	91,9	95,0	92,1	98,6	10
100,6	93,0	89,8	98,5	97,2	96,9	93,5	11
112,9	111,9	113,3	110,8	108,9	110,2	111,7	12
125,0	115,2	100,5	133,2	121,0	112,3	97,6	13
111,2	116,6	112,6	108,4	108,1	113,3	96,7	14
78,2	78,4	66,1	66,9	67,0	68,6	64,1	15
104,6	106,3	85,5	103,7	104,8	107,3	89,0	16
116,7	126,0	108,4	112,9	110,3	117,7	105,5	17
123,3	128,8	101,4	120,9	121,2	126,1	97,4	18
129,2	135,8	123,5	132,6	135,2	145,7	126,5	19

1992			1993				
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
11 027	12 713	12 575	9 596	10 320	11 770	12 926	20
9 858	11 198	11 267	9 312	10 570	10 825	11 690	21

1992			1993				
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
241 152	239 609	238 264	241 891	241 032	237 275	235 256	22
28 274	25 271	20 810	27 914	26 964	23 345	18 645	23
9 398	8 415	7 022	10 097	9 605	8 245	6 663	24
10 730	9 559	8 007	10 129	9 741	8 661	7 179	25
8 015	7 150	5 653	7 594	7 362	6 348	4 752	26

allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) einschl. der tätigen Inhaber – 4) einschl. der gewerblich Auszubildenden – 5) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt – 6)

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: **Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**[2]			
	Noch: Bauhauptgewerbe[3]			
1	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	762,8	765,3
2	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	218,0	232,3
3	* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	3 162,5	3 099,9
4	* Index des Auftragseingangs[2]	1985 = 100	142,4	138,5
5	Hochbau zusammen	1985 = 100	158,2	151,7
6	* Wohnungsbau	1985 = 100	136,1	155,4
7	Tiefbau zusammen	1985 = 100	123,2	122,3
8	Straßenbau	1985 = 100	129,4	107,3
	Ausbaugewerbe			
9	* Beschäftigte	Anzahl	53 338	54 854
10	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 220	6 281
11	* Ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. DM	657,0	651,4
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 776	3 147
13	* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 327	2 568
14	* umbauter Raum	1 000 m³	3 339	3 866
15	* Wohnfläche	1 000 m²	579	680
16	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 230 027	1 484 651
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	401	362
18	* umbauter Raum	1 000 m³	3 065	2 809
19	* Nutzfläche	1 000 m²	484	461
20	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	678 137	702 746
21	* Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	7 280	8 428
22	* Wohnräume insgesamt	Anzahl	30 881	35 545
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Innerdeutscher Warenverkehr			
	Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins			
23	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	186 919	201 020
24	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	944 214	1 342 595

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im

1992			1993				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
807,0	1 111,9	753,2	777,8	789,1	1 121,7	713,3	1
212,2	326,3	227,3	220,7	225,8	349,4	236,5	2
3 455,8	3 347,5	4 431,0	3 477,3	3 380,2	3 454,5	3 923,8	3
145,2	118,5	176,8	142,5	148,8	128,6	162,6	4
148,4	134,9	213,2	152,7	169,7	153,0	190,0	5
153,2	120,2	154,7	162,6	151,8	179,8	214,7	6
141,2	98,4	132,4	130,1	123,2	98,8	129,2	7
168,2	108,1	118,0	117,9	117,5	106,4	100,2	8
55 024	55 155	54 287	55 757	56 846	56 565	55 767	9
6 654	6 406	6 075	6 619	6 586	6 613	6 184	10
715,6	777,7	1 189,7	771,7	677,1	783,8	1 030,8	11
2 810	3 071	3 359	3 425	3 717	2 950	3 812	12
2 372	2 506	2 704	2 768	3 005	2 413	3 026	13
3 383	3 817	4 197	4 275	4 609	3 573	4 864	14
600	668	733	758	813	629	871	15
1 273 594	1 428 960	1 578 818	1 666 228	1 779 459	1 391 468	1 926 622	16
424	500	464	419	402	308	468	17
3 687	4 265	4 075	3 371	3 364	2 636	4 980	18
551	674	591	541	495	418	845	19
783 451	1 029 238	826 389	898 205	725 109	671 628	1 483 691	20
7 537	8 321	9 524	9 372	10 150	7 880	11 092	21
32 192	35 438	38 312	39 746	41 819	33 085	45 430	22

1992			1993				
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
200 215	224 264	342 919	168 155	143 508	187 165	268 645	23
1 599 253	1 329 828	1 572 930	1 354 543	1 120 120	1 180 896	1 748 211	24

allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) nach Totalerhebung hochgerechnet

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Außenhandel			
	Ausfuhr[2] (Spezialhandel)			
1	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 853,2	12 937,8
	davon			
2	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	458,9	473,3
3	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	12 394,3	12 464,4
	davon			
4	* Rohstoffe	Mill. DM	182,4	166,9
5	* Halbwaren	Mill. DM	859,6	830,2
6	* Fertigwaren	Mill. DM	11 352,4	11 467,4
	davon			
7	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	3 209,1	3 114,3
8	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 143,2	8 353,1
	Ausfuhr in die/nach			
9	* EU-Länder	Mill. DM	7 572,1	7 558,3
	darunter			
10	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 538,8	1 566,9
11	Niederlande	Mill. DM	1 505,0	1 488,9
12	Frankreich	Mill. DM	1 383,6	1 401,5
13	Großbritannien	Mill. DM	1 085,9	1 047,1
14	Italien	Mill. DM	1 040,1	1 032,2
15	Spanien	Mill. DM	500,9	504,3
16	Vereinigten Staaten von Amerika	Mill. DM	767,0	812,9
17	Österreich	Mill. DM	628,2	645,6
18	Schweiz	Mill. DM	580,8	555,2
19	Schweden	Mill. DM	293,1	290,3
	Einfuhr[2] (Generalhandel)			
20	* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	15 357,0	14 984,8
	davon			
21	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 695,6	1 786,1
22	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	13 661,3	13 198,7
	davon			
23	* Rohstoffe	Mill. DM	853,0	801,3
24	* Halbwaren	Mill. DM	1 921,1	1 737,0
25	* Fertigwaren	Mill. DM	10 887,3	10 660,5
	davon			
26	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	2 487,3	2 446,1
27	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 400,0	8 214,4
28	* Einfuhr aus EU-Ländern	Mill. DM	9 228,2	8 994,2

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Wegen der unterschiedlichen

1991	1992				1993		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
11 712,9	13 095,6	12 398,9	12 572,1	12 521,0	10 365,2	11 092,7	1
454,1	460,4	371,9	459,8	460,5	353,6	322,0	2
11 258,8	12 635,2	12 027,0	12 112,3	12 060,4	10 011,5	10 770,7	3
162,8	168,8	149,1	180,5	173,8	103,3	99,9	4
800,8	905,2	865,4	796,0	717,8	544,6	697,2	5
10 295,2	11 561,3	11 012,4	11 135,8	11 168,9	9 363,6	9 973,6	6
2 740,1	3 231,7	3 073,8	3 034,8	2 797,6	2 161,1	2 785,2	7
7 555,1	8 329,5	7 938,6	8 101,0	8 371,2	7 202,5	7 188,4	8
6 658,2	7 945,2	7 496,6	7 293,7	6 567,3	5 134,1	5 546,3	9
1 394,5	1 687,1	1 598,4	1 590,8	1 386,3	836,9	849,0	10
1 301,5	1 466,1	1 444,7	1 513,9	1 390,5	924,6	1 156,6	11
1 227,2	1 554,5	1 357,3	1 362,3	1 282,0	1 076,4	1 172,0	12
883,7	1 057,0	1 033,3	935,2	788,9	717,2	801,1	13
899,1	1 129,9	1 047,8	895,4	837,5	833,1	828,3	14
479,7	552,2	534,5	467,4	400,5	354,7	341,2	15
719,9	842,4	732,6	840,8	945,3	899,2	739,7	16
564,2	611,6	588,5	679,1	593,0	628,1	627,6	17
461,0	523,4	518,8	526,6	478,0	606,4	535,9	18
257,1	270,7	283,1	291,0	253,4	268,0	258,3	19
14 456,7	15 080,5	15 047,6	14 705,2	15 362,8	10 851,8	11 520,2	20
1 846,5	1 725,4	1 698,9	1 728,1	2 047,5	1 053,8	1 383,5	21
12 610,2	13 355,1	13 348,8	12 977,1	13 315,2	9 797,9	10 136,7	22
739,1	815,6	779,9	806,0	699,9	703,4	677,9	23
1 921,0	1 977,9	1 793,5	1 739,1	1 688,7	1 479,4	1 609,7	24
9 950,1	10 561,6	10 775,4	10 432,0	10 926,7	7 615,1	7 849,1	25
2 052,3	2 425,0	2 484,1	2 345,6	2 246,1	1 549,2	1 720,5	26
7 897,9	8 136,7	8 291,3	8 086,4	8 680,5	6 065,8	6 128,6	27
9 172,9	9 070,4	9 224,6	8 884,4	9 300,3	5 893,1	6 218,6	28

Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Einzelhandel			
1	* Beschäftigte	1986 = 100	104,6	103,9
2	* Umsatz (nominal)	1986 = 100	133,0	129,1
	davon des Einzelhandels mit			
3	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986 = 100	113,2	111,3
4	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986 = 100	125,7	128,5
5	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgeräte)	1986 = 100	162,8	168,4
6	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	1986 = 100	117,3	113,0
7	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986 = 100	167,9	176,4
8	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	1986 = 100	149,7	140,4
9	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	148,0	145,8
10	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	1986 = 100	173,6	154,3
11	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986 = 100	124,1	121,5
12	* Umsatz (real)	1986 = 100	119,7	114,0
	davon des Einzelhandels mit			
13	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986 = 100	104,0	100,9
14	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986 = 100	113,7	113,2
15	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgeräte)	1986 = 100	141,4	142,0
16	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	1986 = 100	122,5	117,7
17	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986 = 100	152,0	158,3
18	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	1986 = 100	139,0	131,5
19	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	128,4	125,2
20	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	1986 = 100	112,8	123,1
21	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986 = 100	114,0	109,5
	Gastgewerbe			
22	* Beschäftigte	1986 = 100	90,8	90,3
23	* Umsatz (nominal)	1986 = 100	123,8	122,8
24	* Umsatz (real)	1986 = 100	104,4	98,9
	Fremdenverkehr			
25	* Gästeankünfte	1 000	989	964
26	* darunter von Auslandsgästen	1 000	167	158
27	* Gästeübernachtungen	1 000	3 019	2 943
28	* darunter von Auslandsgästen	1 000	413	398

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht.

1992			1993				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
105,0	105,3	106,3	104,2	104,4	105,0	104,8	1
138,6	138,7	175,0	124,7	130,4	137,7	163,7	2
116,3	113,4	136,0	105,7	111,8	114,6	133,7	3
156,7	143,0	176,7	138,9	146,0	149,7	168,4	4
180,8	194,4	225,9	163,0	177,8	196,4	213,7	5
119,6	141,8	217,8	106,6	111,8	142,5	192,2	6
171,0	183,3	288,5	177,0	174,2	190,2	300,1	7
154,9	148,2	188,9	136,2	142,0	145,0	170,0	8
148,7	149,8	154,2	144,5	150,3	149,9	154,5	9
164,2	158,2	187,6	145,7	147,5	143,8	151,0	10
125,4	135,1	186,4	112,8	117,8	134,3	180,0	11
124,4	124,4	157,2	110,3	115,0	121,7	145,1	12
107,2	104,6	125,1	96,1	101,7	104,1	121,5	13
140,6	128,2	158,2	121,9	127,9	131,0	147,3	14
156,2	167,2	193,7	136,8	149,0	164,2	178,4	15
125,0	148,4	228,3	110,5	116,2	148,8	201,3	16
154,2	164,8	260,7	160,3	157,4	168,2	268,7	17
143,3	137,0	174,5	127,7	133,2	135,8	158,8	18
129,6	129,3	133,8	125,7	129,7	128,7	135,6	19
136,2	131,1	155,3	115,7	117,0	114,2	119,8	20
114,7	122,2	167,9	102,9	106,1	120,5	160,2	21
89,9	90,3	89,3	91,2	91,7	89,9	88,2	22
137,8	129,3	131,3	127,2	131,6	122,7	122,8	23
114,5	107,1	109,0	101,7	105,0	98,1	98,1	24
1 239	1 015	752	1 175	1 165	958	734	25
195	152	109	205	181	135	106	26
3 664	2 822	2 297	3 523	3 439	2 570	2 185	27
481	386	266	524	465	320	257	28

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Verkehr			
	Binnenschiffahrt			
1	* Güterempfang	1 000 t	5 952	5 821
2	* Güterversand	1 000 t	4 336	4 240
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Kraftfahrzeuge			
3	* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge[2]	Anzahl	79 888	73 709
	darunter			
4	* Personenkraftwagen einschließlich Kombinationskraftwagen	Anzahl	71 800	65 470
5	* Lastkraftwagen	Anzahl	3 849	3 438
6	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	Anzahl	2 865	3 518
	Straßenverkehrsunfälle			
7	* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	6 509	6 735
8	* Getötete Personen	Anzahl	118	115
9	* Verletzte Personen	Anzahl	8 312	8 571
			1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Insolvenzen			
10	* Insolvenzen[3] insgesamt	Anzahl	337	425
11	* Unternehmen	Anzahl	255	326
	davon in der Wirtschaftsabteilung			
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	46	62
13	Baugewerbe	Anzahl	52	65
14	Handel	Anzahl	66	84
15	Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	Anzahl	71	84
16	übrige Wirtschaftsabteilungen	Anzahl	20	31
17	* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	83	99
18	* Beantragte Konkurse	Anzahl	337	424
19	* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	232	293

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt,

1991			1992				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
5 879	5 984	5 319	5 655	5 780	5 782	4 945	1
4 672	4 673	3 647	4 413	4 419	4 656	3 747	2

1992			1993				
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
60 059	66 536	62 034	47 898	58 767	57 204	52 131	3
54 093	60 838	57 358	41 129	52 397	52 040	47 560	4
3 105	3 393	3 085	2 369	2 900	2 746	2 565	5
1 931	1 315	853	3 608	2 487	1 618	1 206	6
7 042	7 090	6 917	6 421	7 405	6 814	5 997	7
110	114	139	123	108	117	132	8
8 919	9 146	8 830	8 245	9 463	8 864	7 625	9

1992			1993				
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
365	304	332	482	395	452	535	10
276	228	281	373	312	362	420	11
48	41	63	80	61	73	95	12
62	45	51	59	49	65	74	13
68	56	77	98	86	85	109	14
82	68	74	104	92	102	104	15
16	18	16	32	24	37	38	16
89	76	51	109	83	90	115	17
365	304	330	482	393	452	533	18
251	209	194	326	265	282	359	19

Flensburg – 3) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
1	* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	113,9	118,3
2	* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1985 = 100	113,9	117,9
3	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1985 = 100	114,7	119,4
4	Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1985 = 100	113,8	117,9
			1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt	
5	* Preisindex für Wohngebäude, Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	128,7	135,1
	davon			
6	Rohbauarbeiten	1985 = 100	127,7	133,9
7	Ausbauarbeiten	1985 = 100	130,0	137,0
8	Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	122,8	125,9
			1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Löhne und Gehälter			
	Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
9	* männliche Arbeiter	DM	4 100	4 164
10	* weibliche Arbeiter	DM	2 843	2 939
	Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
11	* männliche Arbeiter	DM	23,67	24,72
12	* weibliche Arbeiter	DM	17,27	18,18

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der

1992		1993				1994	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
115,4	115,5	116,6	119,0	119,3	119,5	120,5	1
115,1	115,3	116,2	118,6	118,9	118,9	120,0	2
116,4	116,6	117,7	120,1	120,4	120,6	121,7	3
114,8	115,1	115,9	118,4	118,7	118,8	119,9	4

1992			1993				
Mai	August	November	Februar	Mai	August	November	
128,3	130,0	130,4	132,9	135,2	136,0	136,1	5
127,3	129,2	129,4	131,8	134,2	134,8	134,7	6
129,8	131,2	131,8	134,8	136,9	137,8	138,3	7
122,3	124,0	124,1	125,5	126,2	126,1	125,8	8

1992			1993				
April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	
4 034	4 163	4 155	4 049	4 132	4 192	4 210	9
2 779	2 878	2 889	2 846	2 911	2 964	2 974	10
23,24	23,97	24,04	24,01	24,73	24,85	24,91	11
16,88	17,52	17,56	17,56	18,13	18,31	18,36	12

Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Noch: **Löhne und Gehälter**			
	Bruttostundenverdienste der Angestellten in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
	* kaufmännische Angestellte			
1	* männlich	DM	5 850	6 062
2	* weiblich	DM	4 053	4 229
	* technische Angestellte			
3	* männlich	DM	6 143	6 303
4	* weiblich	DM	4 189	4 384
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
5	* männlich	DM	4 899	5 163
6	* weiblich	DM	3 437	3 627

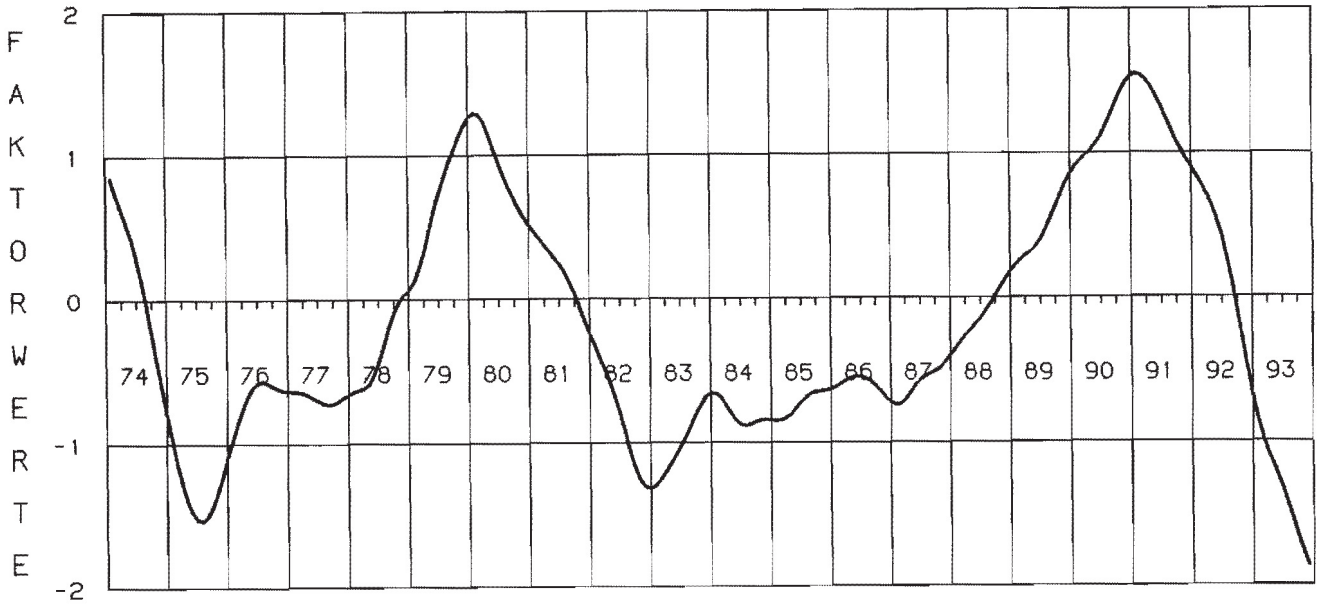
1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der

1992			1993				Lfd. Nr.
April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	
5 744	5 914	5 935	5 959	6 040	6 070	6 113	1
3 964	4 101	4 126	4 134	4 206	4 247	4 268	2
6 026	6 217	6 243	6 183	6 295	6 332	6 335	3
4 079	4 231	4 276	4 291	4 344	4 411	4 427	4
4 843	4 940	4 976	5 091	5 139	5 164	5 210	5
3 401	3 463	3 496	3 561	3 597	3 624	3 675	6

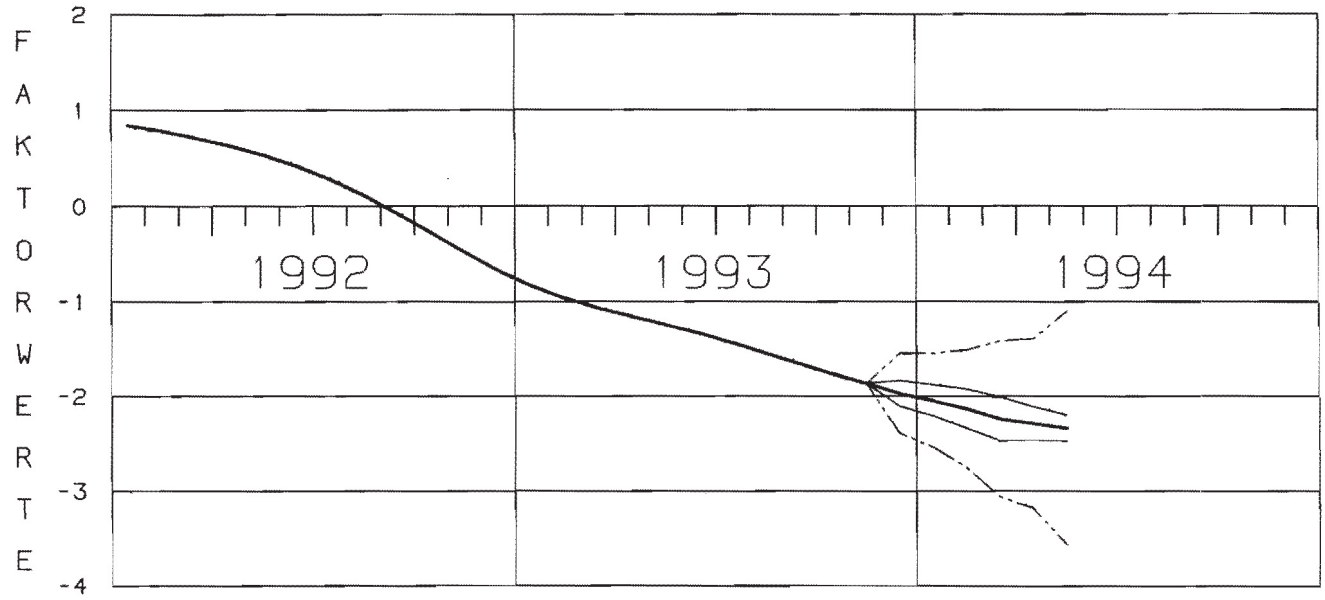
Beschäftigten gewichteter Druchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG [1]

BIS NOVEMBER 1993 REALISIERTE WERTE [2]



AB DEZEMBER 1993 BIS MAI 1994 PROGNOSTIZIERTE WERTE [3]



——— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

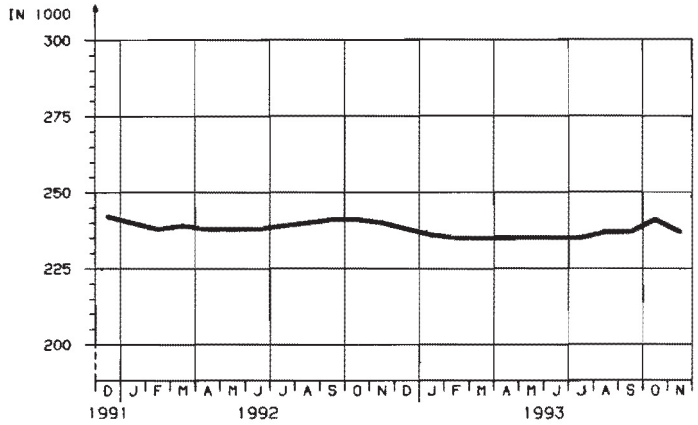
—·—·— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) LETZTE UMSTELLUNG DES INDIKATORMODELLS AUF NEUE REIHEN IM HEFT 1/93.
2) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -
3) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

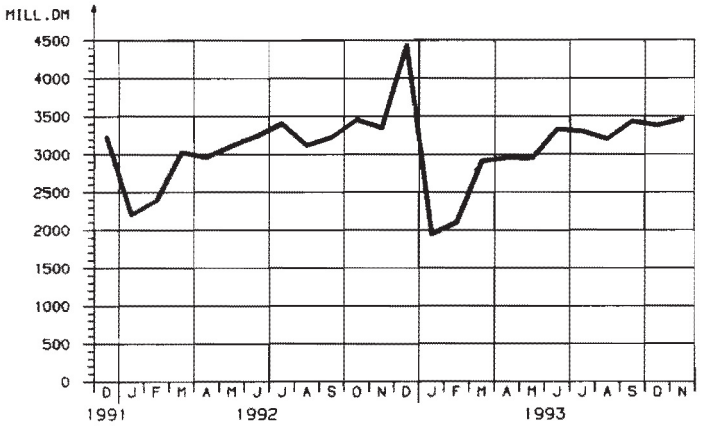
BAUHAUPTGEWERBE
DEZEMBER 1991 BIS NOVEMBER 1993

(NACH DER TOTALERHEBUNG HOCHGERECHNET)

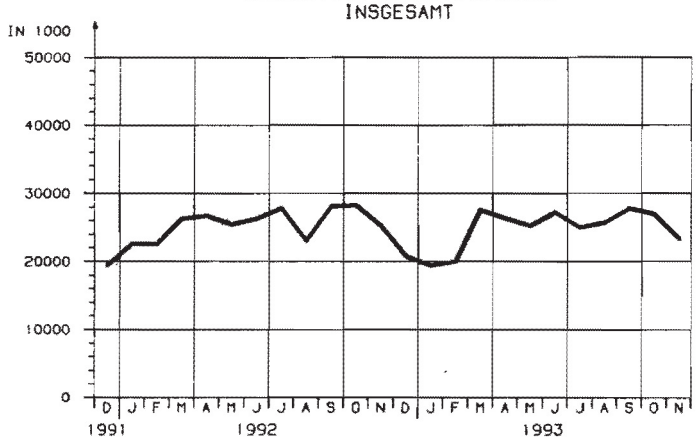
BESCHÄFTIGTE



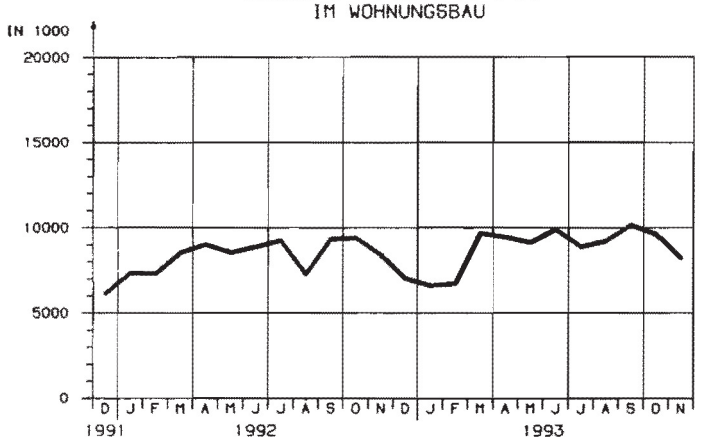
BAUGEWERBLICHER UMSATZ



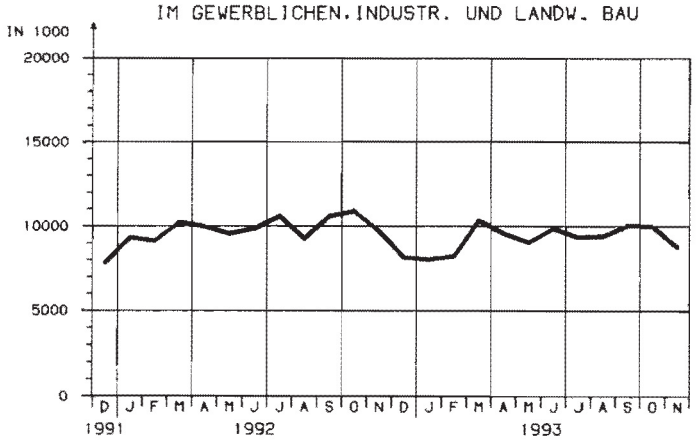
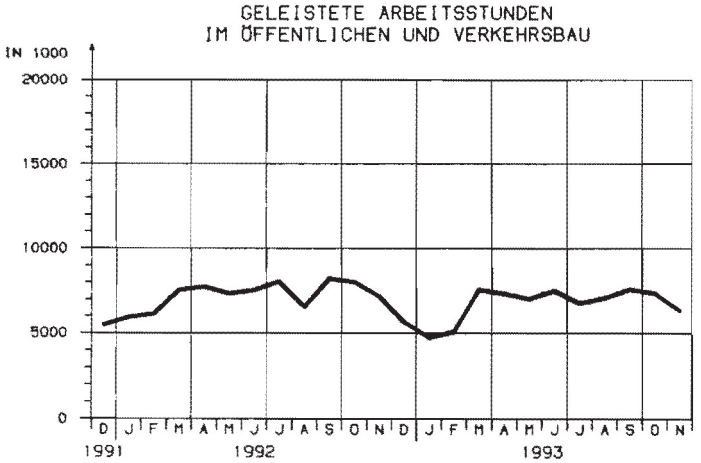
GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
INSGESAMT



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM WOHNUNGSBAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM GEWERBLICHEN, INDUSTR. UND LANDW. BAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU